

DIE POLITISCHE ARBEIT DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN 2017-2019

**BERICHT ZUM ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAG
AM 30. UND 31. MÄRZ 2019 IN NORDERSTEDT**



SPD

**SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

SPD



Einfach schöner arbeiten!

- Ob** - Vorbereitung der nächsten Wahlen oder
- Beratung des bevorstehenden Haushaltes,
- ob** - Konstituierung der neu gewählten Fraktion oder
- Zukunftsworkshop des Ortsvereins:

Bei uns tagt Ihr entspannt und umsorgt!

Ob Ein- oder Mehrtagesveranstaltung,
wir richten Eure Tagung nach Euren Wünschen aus!

*Ruft uns an oder schreibt uns,
wir freuen uns auf Euch!*

Demokratie
braucht
Bildung!

Und beachtet auch unser Seminarprogramm im Internet!



Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.

Bad Malente-Gremsmühlen

BERICHT GESCHÄFTSFÜHRENDER LANDESVORSTAND	4
BERICHTE DER BEISITZER*INNEN IM SPD-LANDESVORSTAND	7
BERICHT DES SCHATZMEISTERS	13
BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION	15
BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION	16
DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES	17
BERICHT DES LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS	19
POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2017-2019	23
LANDESPARTEITAGE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN	25
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE	
AFA	28
AFB	39
AG 60plus	30
AG MIGRATION UND VIELFALT	31
AGS	32
ASF	33
ASG	34
SPDqueer	35
AK DIGITALES	36
AK SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	37
EUROPAFORUM	38
UMWELTFORUM	39
SGK	40
<i>(Die Berichte der ASJ, AG Selbst Aktiv und der Jusos lagen zu Redaktionsschluss nicht vor bzw. werden auf dem Landesparteitag vorgelegt)</i>	
DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION	41
DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN	52
EINZELBERICHTE DER SECHS BUNDESTAGSABGEORDNETEN	54
DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	60

HERAUSGEBER DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 2017-2019:

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Verantwortlich: Götz Borchert

Redaktion und Gestaltung: Nina Thielscher

Texte (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Götz Borchert, Nina Thielscher

Fotos (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): SPD Landesverband Schleswig-Holstein

Druck: SCHOTTdruck, Bunsenstraße 8, 24145 Kiel

„Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will.“

Willy Brandt

Politischer Bericht für die Jahre 2017-2019 des Landesvorsitzenden Ralf Stegner und der stellvertretenden Landesvorsitzenden Bettina Hagedorn und Christiane Küchenhof

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

zugegeben: diese zwei Jahre unseres Landesvorstands sind – gerade bezogen auf Wahlergebnisse und die landesweite Entwicklung unserer SPD - anders verlaufen, als wir es erwartet hatten. Es gab Höhen und Tiefen und wir haben mit viel Herzblut für unsere Partei gekämpft. Unsere Nord-SPD ist trotz aller Widrigkeiten eine starke und stolze Partei. Wir sind zwar ein kleiner Landesverband mit kleinem Landesvorstand und einem kleinen Team an hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, unserem klaren inhaltlichen Kompass, unserer Dickköpfigkeit oder auch unserem bundesweiten Einmischen tut das aber keinen Abbruch. Und das ist auch gut so. Denn in einer Zeit, in der extreme gesellschaftliche Fliehkräfte wirken und einzelne gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, wird eine starke SPD gebraucht. Wir setzen uns für das ein, was uns in unserer Gesellschaft verbindet und nicht das, was uns trennt. Unseren Abgeordneten, den vielen Mandatsträger*innen in der Partei und den Aktiven in den Ortsvereinen ein herzliches Dankeschön für die vielen Stunden Arbeit, die ihr Tag für Tag für unsere Partei erübrigt.

DREI SCHWIERIGE WAHLEN

Das Ergebnis der Landtagswahl und damit das Ende der Küstenkoalition mit Grünen und SSW hat uns alle sehr enttäuscht. Sei es das Kita-Geld, das Tariftreue- und Vergabegesetz, die beispiellose Minderheitenpolitik oder die humane Flüchtlingspolitik – die SPD-geführte Küstenkoalition hat gute Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein gemacht. Dennoch gab es auch Fehler – nicht zuletzt handwerkliche Fehler in der Endphase des Wahlkampfes.

Die Jamaika-Koalition versucht seitdem die inhaltlichen Unterschiede mit Geld zu überdecken. Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Jamaika-Koalition funktioniert ganz ausgezeichnet,

während immer offensichtlicher wird, dass die übertriebenen Versprechungen von Daniel Günther nicht zu halten sind. Sei es die Windenergie, die Straßenausbaubeiträge oder gar der Bau der A20 – Daniel Günther und seine Regierung scheitern an ihren eigenen Ansprüchen. Langsam wird deutlich, dass er die Wählerinnen und Wähler im Wahlkampf mit unhaltbaren Versprechen gelockt hat. Wir sind stetig dabei, auf diese Missstände aufmerksam zu machen und unsere Alternativen zu präsentieren!

Auf Bundesebene sah die Situation Anfang 2017 kurz so aus, als könnte die SPD die Herzen im Sturm erobern. Ein seit langem ungewohntes Gefühl, das uns alle beflügelt hat. Auslöser war die Nominierung von Martin Schulz zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Ende Januar 2017. Im März kürte ihn der Bundesparteitag mit 100 Prozent zum neuen SPD-Chef. Einen derartigen emotionalen Höhenflug haben wenige in unserer Partei zuvor erlebt. Eintritte, in die Höhe schießende Umfrageergebnisse – unser Potenzial wurde deutlich.

Leider hielt diese Euphorie, der sogenannte Schulz-Hype, nur wenige Wochen an. Schnell waren wir wieder bei den schmählichen 20 Prozent in den Umfragen, in die wir schon zu Sigmar Gabriels Zeiten geraten waren. Kaum überraschend, dass die SPD bei der Bundestagswahl am 27. September 2017 das historisch schlechteste Ergebnis einfuhr. Die SPD Schleswig-Holstein lag rund 2 % über dem Bundesdurchschnitt – aber das ist bei der allgemeinen Situation der SPD nur wenig ermunternd.

Obwohl fast alle in Deutschland mit einer Jamaika-Regierung auch auf Bundesebene rechneten und sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident in Berlin als vermeintlicher Fachmann anpries, verließ die FDP der Mut, und sie brachte die Verhandlungen nach Wochen der Balkon-Po-

sen doch noch zum Scheitern. Ihr erinnert euch alle an die internen Diskussionen über Sondierungsgespräche, denen sich die SPD scheinbar nicht verwehren konnte. Der öffentliche, auch internationale Druck, endlich eine Bundesregierung zu bilden, war überall zu spüren.

Als Landesvorstand haben wir uns für ein besonders offenes Format von Mitgliederversammlungen zum Mitgliederentscheid über eine Regierungsbeteiligung mit der Union entschlossen. Es war ja ganz offensichtlich, wie gespalten unser Landesverband in dieser Frage war. Also haben wir auf mehreren Veranstaltungen über die Vorzüge und Nachteile des Koalitionsvertrages und einer weiteren Großen Koalition diskutiert. Diese Veranstaltungen haben gezeigt, dass wir in unserer Nord-SPD fair miteinander umgehen, auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind. Das ist eine gute Basis für die Zukunft. Diese Art des Diskurses sollten wir uns auch in schwierigen Zeiten bewahren.



Mitgliederversammlung in Neumünster zur GroKo

Das Ergebnis ist bekannt: Etwa Zweidrittel der Mitglieder haben sich für eine weitere Große Koalition entschieden – wenn auch viele mit Faust in der Tasche oder mit einem Kreuz bei „Ja – aber“. Wir wollen Verantwortung übernehmen, aber zugleich unser programmatisches Profil jenseits dessen, was mit der Union möglich ist, schärfen.

Gute Begleiterscheinung dieser eineinhalb Jahre intensiver SPD-Debatten: Viele Menschen sind in die SPD eingetreten. Manche wegen internationaler Entwicklungen, wie dem Brexit oder dem damals noch neuen US-Präsidenten Donald Trump, andere wegen der aufmunternden Stimmung rund um Martin Schulz, wieder andere wa-



ren begeistert von der innerparteilichen Demokratie, die die SPD mit ihrem Mitgliederentscheid zur GroKo ein weiteres Mal unter Beweis stellte.

Anfang 2018 stand dann die wichtigste Wahl an für alle, die ehrenamtlich Politik machen – die Kommunalwahl. Innerhalb eines Jahres sind unsere vielen engagierten Männer und Frauen zum dritten Mal rausgegangen, um für ihre Ideen für ein besseres Leben vor Ort zu werben. Viele von euch waren von Landtags- und Bundestagswahl erschöpft und der Gegenwind nahm weiter zu. Dennoch waren wir im ganzen Land präsent! Da habt ihr richtig was geleistet! Vielen Dank an jede*n Einzelne*n von euch!

Während dieser Monate diskutierte unsere Partei darüber, wie wir es wieder schaffen, die Menschen für unsere Politik zu gewinnen und verlorenes Vertrauen aus der Agenda-Zeit zurückzuerlangen. Aber auch die teils bröckelnden Strukturen und die zeitliche Überforderung mancher Ehrenamtlicher, die immer mehr Parteiarbeit erledigten, waren Anlass zur Diskussion. Die Jusos machten den ersten Aufschlag und stellten im Sommer 2017 einen Antrag auf dem Landesparteirat, der den Landesvorstand dazu aufforderte, einen innerparteilichen Reformprozess anzuschließen. Diesem Wunsch sind wir gefolgt.

Mehr als ein Jahr haben drei Kommissionen zur inhaltlichen Profilierung, zur Organisationsentwicklung und zur Talentförderungen Ideen entwickelt, die am 14. Januar 2019 dem Landesparteirat und dann der gesamten Partei zur Diskussion vorgelegt wurden. Einige Sofortmaßnahmen haben wir im Landesvorstand bereits umgesetzt. So gibt es seit gut einem Jahr eine Arbeitsgruppe zusammen mit den Gewerkschaften, die sich mit der Zukunft des

Sozialstaats und guter Arbeit befasst. Außerdem waren wir als Landesvorstand in den Regionen mit örtlichen Themen präsent und haben eine Reihe mit jungen Mitgliedern – „Partei, Pizza, Politik“ – neu aufgelegt und intensiviert. Über unsere vielfältigen Fortbildungsangebote werden alle Mitglieder in einem Newsletter informiert. Das sind nur einige der Punkte, die wir zügig nach den Beschlüssen unseres Landesparteitags umgesetzt haben.

Inhaltlich hat sich der Landesvorstand bei dem einen oder anderen Thema Input von außen geholt. Beim Thema bezahlbarer Wohnraum haben wir Vertreter*innen von Mieterbund und Sozialverband zu uns eingeladen, um uns über das Thema auszutauschen. Die steigenden Mieten, auslaufende Sozialbindungen und Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen machen die Wohnungspolitik zu einem der drängendsten sozialen Themen.

Deshalb haben wir die Initiative beider Verbände für mehr bezahlbaren Wohnraum auch öffentlich unterstützt: die Landtagsfraktion hat das Thema auf die Tagesordnung der Landtagsitzung gezogen und damit für eine Debatte gesorgt. Der Landesvorstand hat sich außerdem dazu entschieden, den Appell „Familien gehören zusammen“ des Flüchtlingsrats zu unterstützen, der sich für eine humane Regelung des Familiennachzugs nach Deutschland einsetzt. Migration, eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik und ein starkes soziales und solidarisches Europa werden uns auch bis zum 26. Mai dieses Jahres bewegen. Bei der Europawahl wird es darum gehen, unsere Werte und die Europäische Union insgesamt zu verteidigen. Darauf bereiten wir uns derzeit auf allen Ebenen vor.



Delara Burkhardt und Enrico Kreft sind zwei unserer engagierten Kämpfer für die Europäische Idee! Mit den Schwerpunktthemen Migration und Frieden sowie Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden wir in den kommenden Wochen bis zur Wahl mit den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinerern über Europa sprechen. Bei dieser Wahl wird es mehr denn je darum gehen, die Demokratie in Europa zu bewahren. Beim Kampf gegen rechts ist mit uns Genossinnen und Genossen immer zu rechnen!

Den Wahlkampf in den nächsten Wochen werden nun andere für unseren Landesverband planen und mit vielen Aktionen für unsere Partei werben. Wir drei sagen an dieser Stelle Tschüss und verabschieden uns nach langjähriger Verantwortung aus der ersten Reihe der Landespartei. Es war uns eine Ehre und ein Vergnügen, so lange für und mit euch zu arbeiten.

Dem neuen Landesvorstand wünschen wir viel Erfolg und von Herzen alles Gute.

**Euer Geschäftsführender Landesvorstand:
Bettina Hagedorn, Christiane Küchenhof und
Ralf Stegner**



Ralf Stegner und Torsten Albig beim Familienfest (Arche Warde, Landtagswahl 2017)



Martin Schulz auf der Großkundgebung in Kiel (Bundestagswahl 2017)

BERICHTE DER BEISITZER/INNEN IM SPD-LANDESVORSTAND

ENRICO KREFT



Seit Januar 2017 gehöre ich dem Landesvorstand an. Es waren zwei sehr ereignisreiche Jahre. Die verlorene Landtagswahl im Mai 2017 und die daraus resultierende Selbstbeschäftigung beanspruchte viel Zeit der Vorstandsarbeit. Ebenso intensiv beschäftigten wir uns mit der Niederlage bei der Bundestagswahl 2017. Der aus diesen Niederlagen erwachsene Reformprozess prägte einen großen Teil meiner Arbeit.

Für den Landesvorstand arbeitete ich in der Kommission I "Programm und Profil" mit und habe zusammen mit Nina Scheer einen Fahrplan für ein Grundwerte-Papier erarbeitet. Die Kommunalwahl 2018 wurde durch uns auch begleitet.

Inhaltlich bin ich für die Themen Europa und Digitalisierung zuständig. Wir haben im Landesverband zwei Foren, die diese Themen kontinuierlich unterfüttern.

Für den Landesverband nehme ich regelmäßig an den Sitzungen der europapolitischen Kommission des Parteivorstands teil.

Nach dem unsere Europaabgeordnete Ulrike Rodust erklärte, nicht wieder zu kandidieren, haben wir zu einem Vorwahlkampf aufgerufen. Die fünf Kandidierenden haben die Kreisverbände bereist und in unterschiedlichen Formaten sich und ihre Ideen zu Europa präsentiert.

Zur Arbeit als Beisitzer gehörten neben der Teilnahme an den Gremienterminen auch Grußworte bei Partejubiläen (z.B. 150 Jahre SPD Flensburg) zu überbringen, an „Landesvorstand

vor Ort“-Terminen teilzunehmen, als Referent bei innerparteilichen Fortbildungsangeboten vor Ort zu sein, Genossinnen und Genossen für ihre langjährige Parteimitgliedschaft zu ehren oder an Gesprächen mit dem Sozialverband teilzunehmen, um gemeinsame Initiativen wie das Volksbegehren zum sozialen Wohnen auf den Weg zu bringen.

SERPIL MIDYATLI



NEUES MITEINANDER UND ZUSAMMENHALT

Im Landesvorstand 2017-2019 war ich für die Themen Integration, Migration, Familien- und Genderpolitik verantwortlich. Naturgemäß prägten die Wahlkämpfe stark unsere Arbeit. Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahl, auf der Straße einerseits, Umgang mit den Ergebnissen andererseits. Ich habe viele außerhalb der SPD getroffen, die sich eine starke Sozialdemokratie wünschen, deren Vertrauen in das Spitzenpersonal leider zunehmend erodiert. Unsere Mitglieder in den Ortsvereinen haben immer mehr das Gefühl sie müssten es ausbaden. Ich bin überzeugt davon, dass wir neue Stärke finden, wenn wir aufhören unsere Prinzipien zugunsten eines Kompromisses zu opfern und gleichzeitig aber echten Zusammenhalt sowie echtes Miteinander in der Partei organisieren. Überall wo ich konnte, habe ich für diesen Zusammenhalt geworben. Innerhalb und außerhalb der Partei.

Daher habe ich in den vergangenen Jahren einen

Schwerpunkt gelegt z.B. bei Partizipationsprojekten der AWO. Als Mentorin habe ich jungen Menschen mit Migrationsgeschichte in ihren Familien geholfen. Es ging um Fragen praktischer Politik aber auch um das Nachdenken über das eigene Leben und größere gesellschaftliche Zusammenhänge. Als Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes weiß ich, wie wichtig kulturelle Vielfalt im Miteinander ist. Daher war mir auch wichtig, überall ein Verständnis dafür zu schaffen, dass das Ergebnis von Vielfalt nicht viele getrennte Subkulturen bedeuten darf. Sondern Menschen so leben können wie sie es selbstbestimmt wollen aber anderen jederzeit mit offenen Armen begegnen. Daher freue ich mich auch über die gute Zusammenarbeit mit unserer AG „Migration und Vielfalt“, der AG SPDqueer aber auch dem vertrauensvollen Verhältnis zu Organisationen außerhalb der SPD wie z.B. zu HAKI e.V. und der „Geschäftsstelle Echte Vielfalt“. Ich freue mich sehr, regelmäßig zu hören, dass deren Queer Refugee Migrants Network jungen queeren Geflüchteten die Chance auf Schutzraum, Freundschaften, Outing und erwachsen werden gibt.

Ein weiteres wichtiges Projekt war für mich genau hinzuschauen wie wir Frauen in unserer Gesellschaft leben. Die Stärkung von Einrichtungen, die Schutz vor Gewalt bieten, wird für mich dauerhaft ein Thema sein, dem wir uns gemeinsam annehmen müssen. Frauenhäuser in unserem Land sind für die Betroffenen ein besonders wichtiger Zufluchtsort. Ich habe viele Frauenhäuser und Frauenfacheinrichtungen besucht, um mit den engagierten Kräften vor Ort zu besprechen, wie wir deren Arbeit stärken können. Dass sexualisierte Gewalt gegen Frauen ein großes gesellschaftliches Thema ist, konnten wir eindrucksvoll an der #metoo-Bewegung im vergangenen Jahr sehen. „Nein heißt Nein“ ist ein wichtiger Meilenstein im Sexualstrafrecht. Wir dürfen aber nicht locker lassen! Die Thematisierung und Enttabuisierung sind wichtige Schritte. Ich wünsche mir aber echte Einsicht von allen Seiten.

Wir erkennen aber auch, dass die gleichberechtigte Teilhabe in der Wirtschaft aber auch in der Politik noch immer eine große Herausforderung ist. 50% der Gesellschaft sind Frauen. 50% der gesellschaftlichen Führungsverantwortung erscheint logisch, ist aber nicht überall zu beobach-

ten. Daher freue ich mich sehr, dass ich anlässlich des internationalen Frauentages mit der AsF eine Veranstaltung zu einem Parité-Gesetz durchführen konnte. Nachdem die SPD vor 100 Jahren das Frauenwahlrecht durchgesetzt hat, wird es Zeit dass wir Strukturen schaffen, die die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen, auch in den Parlamenten, sicherstellt. Wir sollten den Konkurrenzkampf der Geschlechter überwinden und gleichzeitig die Demokratie stärken. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Weg möglich ist und langfristig zu größerem gesellschaftlichen Frieden führt. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir auch alle jene Männer überzeugen, die heute noch skeptisch sind. Maßstab sind für mich dabei immer unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Insofern habe ich auch ein Projekt der Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein unterstützt, das zum Ziel hatte Kandidatinnen bei der Kommunalwahl zu fördern und zu unterstützen.

Apropos Frauenwahlrecht: Zusammen mit der AsF haben wir gefeiert und mit einer Kampagne darauf aufmerksam gemacht, wem wir den gesellschaftlichen Fortschritt zu verdanken haben: „100 Jahre Frauenwahlrecht – Gern geschehen, Deine SPD!“.



Copyright: Christiane Buhl

BIRTE PAULS



DÄNEMARK – MINDERHEITEN – PFLEGE

Natürlich war die Arbeit der letzten zwei Jahre hauptsächlich von den Wahlkämpfen zum Landtag, dem Bundestag und der Kommunalwahl geprägt. Ein paar Punkte möchte ich jedoch gerne herausstellen:

DÄNEMARK

Es ist schon erstaunlich, dass Schwesterparteien in Nachbarländern so unterschiedliche Haltungen zu ähnlichen Sachverhalten haben können. Während wir uns in Schleswig-Holstein und auch auf Bundesebene immer für ein freies, solidarisches und offenes Europa einsetzen, gehen die dänischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen anderen Weg.

Sie haben ein 10 Punkte-Papier auf den Weg gebracht, das unter dem Motto steht: „Gerecht und Realistisch, eine Ausländerpolitik für Dänemarks Zusammenhalt“.

Sie setzen dabei auf starke Begrenzung von Zuwanderung aus Afrika und dem Mittleren Osten, ausdrücklich nicht aus westlichen Ländern. Asylverfahren sollen bereits möglichst außerhalb der Landesgrenzen geklärt werden. Ist dies nicht möglich, bleiben die Asylbewerber bis zu Entscheidung in Lagern innerhalb Dänemarks.

Es gibt einen Zehnjahresplan um den Anteil von Einwandern aus den oben genannten Regionen auf maximal 30% des gesamten Einwanderns zu begrenzen. Zudem muss jeder Asylbewerber, der Sozialleistungen bezieht, 37 Stunden in der Woche im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes arbeiten. Diese Regelungen gelten auch für die Frauen. Die Kinder müssen ab dem 1. Lebensjahr in eine Kita. Das Ziel dieses Planes ist es, Parallelgesellschaften zu verhindern und Integration zu stärken.

Die eingeführten Grenzkontrollen bleiben solange bestehen, bis die Aufnahmezentren installiert sind und funktionieren. Außenpolitisch fordert der Plan eine Änderung des Schengener Abkommens. Zukünftig soll jedes EU-Land alleine bestimmen können, ob und wie lange es Grenzkontrollen gibt.

Unsere dänischen Genossinnen und Genossen setzen auf einen verstärkten europäischen Einsatz für Afrika und wollen Flüchtlingsursachen bekämpfen. Dafür wollen sie sich an die Spitze der Entwicklungshilfe setzen, auch finanziell.

Das waren nur einige Punkte aus dem Programm, mit dem die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den diesjährigen Wahlkampf gehen. Die Wahl muss bis zum 17. Juni 2019 stattfinden. Laut einer Umfrage aus dem Januar 2019 konnten die „Socialdemokraterne“ ihren Vorsprung wieder ausbauen und liegt aktuell bei 27,9 % als stärkste Partei vorne. Es ist also ein Gewinn abzusehen und 2015 verlorenen Mehrheiten könnten zurück gewonnen werden. Bei unseren grenzüberschreitenden Treffen haben immer wieder, die seit knapp drei Jahren bestehenden und permanent durchgeführten Grenzkontrollen zu Diskussionen geführt. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Grenzland, die die Vorteile einer offenen Grenze im Alltag zu schätzen wissen, lehnen die Kontrollen genauso ab, wie die deutsche und dänische Minderheit. Auf Landesebene in Dänemark unterstützen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Grenzkontrollen.

Knapp 14000 Menschen pendeln gegenwärtig auf dem deutsch-dänischen Arbeitsmarkt. Trotz aller Bemühungen, gibt es immer noch Lücken bei der Koordinierung der Sozialversicherungssysteme. Auch dieses Thema wurde im Rahmen der Treffen immer wieder angesprochen. Die Fehmarnbelt-Region wird künftig durch die feste Fehmarnbelt-Querung zunehmend in den Fokus von Arbeitnehmer*Innen und der Wirtschaft rücken. Auch da gilt es, eine gute, nachhaltige Nachbarschaft zu pflegen und einen funktionierenden Gesprächsfaden aufzubauen sowie zu erhalten.

MINDERHEITEN

Die Minderheiten fungieren im Grenzland als wahrliche Brückenbauer. Insgesamt können wir feststellen, dass wir während der Küstenkoalition tiefe Pflöcke in der Minderheitenpolitik gesetzt haben. Die jetzige Landesregierung hat keine eigenen Akzente, sondern arbeitet, wie in vielen anderen Bereichen, unsere Vorgaben ab. Respekt, Toleranz und Gleichstellung bestimmen den offenen, gegenseitigen, freundschaftlichen Dialog und die wertschätzende Zusammenarbeit mit Dänen, Deutschen, Friesen sowie Sinti und Roma.

GESUNDHEIT/ PFLEGE

Die Pflegeberufekammer hat ihre Arbeit aufgenommen und im April 2018 ihre Gremien gewählt. Es scheint so, als wenn die anderen Akteure im Gesundheitswesen sich erst noch daran gewöhnen müssen, dass die Pflege jetzt eine eigene Stimme hat.

Ein gutes Beispiel für eine konstruktive aber auch durchsetzungsstarke Oppositionsarbeit ist die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfachberufen. Während der Küstenkoalition haben wir das Schulgeld in der Altenpflegeausbildung abgeschafft. In unserem Wahlprogramm haben wir den nächsten Schritt, also die Schulgeldfreiheit in allen Gesundheitsberufen, angekündigt. Wir haben das Thema zusammen mit der ASG bewegt, uns eng mit den Vertreterinnen und Vertretern der therapeutischen Berufsgruppen ausgetauscht, Anträge im Landtag gestellt, Anhörungen und Demonstrationen organisiert sowie begleitet. Die Jamaika-Koalition hatte es noch bis November 2018 abgelehnt sich finanziell zu beteiligen und die Verantwortung immer Richtung Bund geschoben. Erst nachdem der Protest zu laut wurde haben sie nachträglich Mittel in den Haushalt für die Schulgeldfreiheit eingestellt.

DANKE

Nach 14 Jahren Arbeit im Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein möchte ich mich ganz herzlich für euer Vertrauen bedanken. So ein Ehrenamt bedeutet viel Arbeit, aber ich habe es auch immer als große Ehre empfunden, mich in den Landesvorstand einbringen zu dürfen. Herzlichen Dank an alle ehemaligen und aktuellen Genossinnen und Genossen aus dem LV, es hat mir trotz oder vielleicht gerade wegen der vielen Diskussionen immer Spaß gemacht.

Danke auch an unsere Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbände, mit denen ich zusammengearbeitet habe.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei Christian Kröning, seinem Nachfolger Götz Borchert und dem gesamten Team der Landesgeschäftsstelle, sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesverbandes. Vielen Dank für die gute Zuarbeit, Zusammenarbeit, Gespräche, Geduld. Ihr leistet wirklich gute Arbeit! Also, herzlichen Dank und wie gesagt, es war mir eine Ehre!

DR. NINA SCHEER



Foto: Bernd Marzi

Die Arbeit im SPD-Landesvorstand hat mir auch in der zweiten Amtszeit große Freude bereitet. Im Zuge des Landtagswahlkampfes 2017 konzipierte und organisierte ich mit meinem politischen Schwerpunkt auf Energie- und Umweltthemen – gemeinsam mit MdL Thomas Hölck – die Veranstaltungsreihe „Energiewende vor Ort – Herausforderungen und Chancen“. Jeweils mit der örtlichen SPD und den örtlichen Mandatsträger*Innen veranstaltete der SPD-Landesverband in Schleswig (27.02.), Kiel (14.03.), Ahrensböök (16.03.) und Itzehoe (04.04.) unter Einbeziehung von Stadtwerkevertreter*Innen und weiteren Expert*Innen Diskussionsabende.

Der von mir verfasste Initiativantrag „Kohleausstieg mit Energiewende beschleunigen“ wurde mit Unterstützung des SPD-Landesvorstandes und den erforderlichen Unterschriften auf dem Bundesparteitag vom 7. bis 9. Dezember 2017 debattiert und zur weiteren Befassung an den Parteivorstand überwiesen. Neben einem Konjunkturprogramm für die Kohlereviere enthielt er Forderungen nach der Beseitigung der Ausbau-Mengenbeschränkungen für Erneuerbare Energien, nach einer Bepreisung von Schadstoffen sowie nach einer

Minderung von 90 Mio. Tonnen CO2 bis 2020 bei der Braunkohleverstromung. Ressourcenschutz und Energiewende sind Fragen sozialdemokratischer Grundwerte und zugleich friedenspolitische Aufgaben. Die Auswirkungen der konventionellen Energiewirtschaft auf unsere Gesundheit, Umwelt und unser Klima verlangen nach einem schnellstmöglichen Umstieg auf Erneuerbare Energien – auch für den Mobilitäts- und Wärmesektor.

In einem weiteren Schritt unterstützte der Landesvorstand den von mir (als Bundestagsabgeordnete) initiierten „Sozialdemokratischen Energiewende-Appell“, vgl. www.energie-wende-appell.de. Im Zuge des Erneuerungsprozesses erarbeitete ich organisationspolitische Vorschläge, u.a. für einen Verhaltens-Codex, um hiermit Maßgaben für ein solidarisches parteiinternes Miteinander zu formulieren.

Über mein Bundestagsmandat, aber auch meine vorherige berufliche energie- und umweltpolitische Tätigkeit bin ich gut vernetzt und nutze dies gerne, um unsere schleswig-holsteinischen Positionen sowohl innerparteilich als auch über die Partei hinaus zu stärken.

Im November 2017 wurde ich zur SPD-Kreisvorsitzenden des Kreises Herzogtum Lauenburg gewählt. Zudem bin ich seit einigen Jahren bereits Mitglied der SPD-Grundwertekommission beim Parteivorstand. Zur Vermeidung von Ämterhäufungen habe ich mich entschieden nicht erneut für den Landesvorstand zu kandidieren.



Veranstaltung „Energiewende vor Ort“, Ahrensböök

ALEXANDER WAGNER



Seit dem Landesparteitag im April 2013 in Büdelsdorf gehöre ich dem SPD-Landesvorstand als Beisitzer an. Zum Parteitag im März 2019 werde ich nun nach sechs Jahren nicht erneut kandidieren.

Die letzte Amtszeit des Landesvorstands war wesentlich durch die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen geprägt. Zudem war die Zeit nach den Wahlen durch die Diskussionen über den zukünftigen Weg der Partei bestimmt. Dies hat leider wenig Raum gegeben, sich mit der „klassischen Parteiarbeit“ zu beschäftigen. Dennoch war es mir als Mitgliederbeauftragter des Landesverbands immer wichtig, insbesondere unseren neuen Mitgliedern ein gutes Ankommen zu bereiten, z.B. bei der Begleitung von Veranstaltungen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden, oder auch bei Landesparteitagen und anderen Veranstaltungen des Landesverbands. Gerne habe ich auch die Neumitgliederseminare als Gast besucht. Die Neumitglieder-Führungen am Rande der Landesparteitage haben sich bewährt. Nicht gelungen ist mangels zeitlicher Ressourcen die nachhaltige Vernetzung der Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände.

Die besonderen Lagen der SPD im Januar 2017 mit dem Führungswechsel in der Bundes-SPD, nach der Bundestagswahl mit der Erklärung, sich nicht an der Regierungsbildung zu beteiligen, und im Frühjahr 2018 mit dem Mitgliedervotum zur Großen Koalition haben viele neue Mitglieder in die SPD gebracht. Für mich war es auch Beweis dafür, dass die SPD auch in politisch schwierigen Situationen in der Lage ist, mit der richtigen Adressierung, inhaltlichen Schwerpunkten und Wahrhaftigkeit zu überzeugen.

Diese Ereignisse, die viele neue Genossinnen und Genossen zu uns gebracht haben, täuschen aber nicht darüber hinweg, dass die Mitgliederzahl seit Jahren konsequent abnehmend ist. All die Fragen,

die damit verbunden sind – demografische Struktur, Geschlechterverhältnis, Mitgliederschwäche in ländlichen Regionen und bestimmten Landesteilen etc. – müssen auch im Zuge der Erneuerungsbemühungen zur Sprache kommen (bzw. sind es auch in einigen Teilen bereits).

Mit dem Erneuerungsprozess auf Landesebene und der damit verbundenen Arbeit der Kommissionen sind wir sicher einen großen Schritt vorangekommen, zumindest insofern die Partei auch bereit ist, die wesentlichen Vorschläge der Kommissionen umzusetzen und mit Leben zu füllen. Ich wünsche dem neuen Landesvorstand den Mut und die Kraft, den Vorschlägen mit Wohlwollen und Tatendrang zu begegnen, statt, wie es zurzeit leider auch diskutiert wird, mit Argwohn und Ablehnung von Veränderung. Das Verständnis des Erneuerungsprozesses als bedrohendes „Aufräumen“ von Strukturen und Funktionen, dabei insbesondere die Umdeutung der notwendigen Verjüngung und Frauenförderung (wir sind im Durchschnitt über 60 Jahre alt und zu zwei Dritteln männlich!) zum Angriff auf die Älteren in der Partei, erschreckt mich dabei sehr. Es geht nicht um den oder die einzelne, sondern darum, unserer Grundidee davon, wie die Gesellschaft aussehen soll, als linke, kapitalismuskritische und dem Frieden verpflichtete Volkspartei auf Basis unserer Grundwerte zur Wirksamkeit zu verhelfen.

Abschließend danke ich allen, die mich in den Jahren der Landesvorstandsarbeit unterstützt haben. Dank der vielen Begegnungen mit tollen Genossinnen und Genossen in all den Jahren in ganz Schleswig-Holstein bin ich zuversichtlich, dass die SPD wieder an Zuspruch gewinnen wird, so unsere

Partei grundsätzliche Veränderungen zulässt und sich nicht im Klein-Klein verliert. Auch der Landesvorstand in neuer Besetzung hat großes Potential, die Nord-SPD besser aufzustellen als wir es in den vergangenen Jahren vermocht haben.

BEISITZER-RÜCKTRITTE

Mitte 2017 trat **DR. FRANK NÄGELE** wegen Umzugs in ein anderes Bundesland von seinem Posten als Beisitzer im Landesvorstand, den er seit Januar 2017 inne hatte, zurück.

Im Herbst 2018 trat **DIRK DIEDRICH**, Beisitzer im SPD Landesvorstand seit 2015, aus persönlichen Gründen zurück.

Die SPD Schleswig-Holstein dankt beiden für ihre Mitarbeit im Landesvorstand.

SOZ.IS

Mit **soz.is** kannst Du einfach moderne **SPD-Webseiten erstellen**. Der Landesverband Schleswig-Holstein und über 70 weitere Gliederungen und Personen sind bereits dabei!

Bestelle jetzt auf:
WWW.SOZ.IS



GUTE FINANZEN - GUTE ORGANISATION - STARKE SPD

Von Stefan Bolln, Landesschatzmeister

Einen Rechenschaftsbericht über die letzten zwei Jahre abzugeben, in der wir die Bundestags- und die Landtagswahl verloren haben, sowie die Kommunalwahl aufgrund des Trends hätten besser abschneiden können, fällt mir persönlich schwer.

Ich wünsche mir für die politische Zukunft wieder mehr Mut und strategische Planung der Realität entsprechend. Seit der verlorenen Landtagswahl habe ich das Gefühl, dass wir nur reagieren oder bei politischen Themen schon mit Kompromissen beginnen. Das müssen wir wieder ändern.

Dass nun ein Umbruch im Landesvorstand ansteht, sehe ich als große Chance. Einen Neustart möchte ich gerne begleiten.

Die Grundlagen dafür sind gelegt: Die Mitgliedsbeiträge und Mitgliedszahlen sind relativ konstant. Sicherlich hat der „Schulzzug“ eine Eintrittswelle ausgelöst und vor Wahlen treten auch immer vermehrt Mitglieder ein.



Die Mitgliedsbeitragsanteile 2017 beim Landesverband betragen 1.262.203,20€ und im Jahr 2018 1.304.277, 91€.

Der Vermögenstand des Landesverbands betrug bedauerlicherweise minus 1.390.938,07€ zum 31.12.2018.

MITGLIEDERBESTAND STICHTAG: 31.01.2019

KREISVERBAND	Mitglieder	männl./männl. %	weibl./weibl. %
Kiel	1.612	1.073 / 66,56	539/ 33,44
Neumünster	369	250/ 67,75	119/ 32,25
Plön	1.221	753/ 61,67	468/ 38,33
Rendsb.-Eckernförde	2.059	1.305/ 63,38	754/ 36,62
Flensburg	319	210/ 65,83	109/ 34,17
Nordfriesland	1.074	708/ 65,92	366/ 34,08
Schleswig-Flensburg	1.291	846/ 65,53	445/ 34,47
Dithmarschen	848	550/ 64,86	298/ 35,14
Pinneberg	1.676	1.052/ 62,77	624/ 37,23
Segeberg	1.248	825/ 66,11	423/ 33,89
Steinburg	787	499/ 63,41	288/ 36,59
Lübeck	1.080	701/ 64,91	379/ 35,09
Lauenburg	1.108	747/ 67,42	361/ 32,58
Ostholstein	1.287	815/ 63,33	472/ 36,67
Stormarn	1.245	790/ 63,45	455/ 36,55
SPD SH GESAMT	17.224	11.124/ 64,58	6.100/35,42

Die Tabelle s.u. zeigt die Vermögensstände Ende 2017. Dabei erkennt man, dass die SPD Schleswig-Holstein (Ortsvereine, Kreisverbände und Landesverband zusammen) einen Vermögensstand von 980.000 € hatten. Aufgrund der noch nicht fertigen Rechenschaft zum Zeitpunkt der Berichterstellung ist das Ergebnis Ende 2018 noch nicht bekannt. Deswegen reicht die Tabelle bis zum Jahr 2017.

Für den Landesverbandshaushalt gibt es ein ungeschriebenes Gesetz: Die Mitgliedsbeiträge müssen für die Entlohnung unserer Mitarbeiter*innen reichen. Mit der Gesamtlohnsumme von knapp 1,2 Mio. € halten wir dies auch immer ein. Die staatlichen Mittel in Höhe von 670.000 € sollten für politische Arbeit genutzt werden. Der Abschluss 2017 betrug minus 879.825,13€ und der Abschluss 2018 betrug 369.413,53€. Man erkennt, dass nicht der laufende Geschäftsbetrieb das finanzielle Minus ausmachen.

Deswegen ist für mich auch klar, dass unsere Mitarbeiter*innen vernünftig verdienen dürfen. Mit plus 85 € ist die Lohnerhöhung bis zu 3,4 auch vernünftig. Die letzten Tarifgespräche mit ver.di gingen schnell und waren einvernehmlich. Zusätzlich haben wir für kurzfristige Aushilfen einen Mindestlohn von 12,00€ vereinbart. An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und auch ihre Geduld mit uns danken. Die SPD ist ein guter,

aber wahrlich kein einfacher Arbeitgeber. Selbst der Geschäftsführerwechsel von Christian Kröning zu Götz Bochert hat keine „Delle“ verursacht. Dem alten Geschäftsführer haben wir viel zu verdanken und mit unserem neuen Geschäftsführer haben wir eine Mammutaufgabe: Die SPD wieder fit zu machen.

Vieles was die Reform-Kommissionen an Ideen haben, sollten unsere Mitarbeiter*innen begleiten. Da ihre Arbeitsplätze schon heute ausgelastet sind, müssen wir Wege finden, Zeit und Raum für neues zu schaffen.

Da die Tilgung des Schuldenstands von über 300 Tsd. € pro Jahr die gesamten Überschüsse aufzehrt, verhandeln wir jetzt seit zwei Jahren über eine Entschuldung durch den PV. Besser wäre es, wenn wir das Geld für Wahlkämpfe selbst wieder ansparen könnte.

Dem neuen Landesvorstand werden wir einen Entwurf für einen Schuldenschnitt vorlegen. Dieser wird zwar nicht ad hoc umsetzbar sein, aber unmöglich ist dieser nicht mehr. Die Eckpunkte sind in Arbeit.

In den letzten Geschäftsberichten habe ich immer über Schulungen und Kooperation mit Netzwerkpartner*innen geschrieben. Dieses ist eine fortwährende Arbeit und ich möchte mich nicht wiederholen. Was mich aber immer noch ärgert

Tabelle: Übersicht Reinvermögen des SPD Landesverbandes Schleswig-Holstein 1989-2017

Jahre	LV	KV	OV	Jahre	LV	KV	OV
1989	1.048.148 €			LTW 2005	-1.533.590 €	482.213 €	1.555.288 €
1990	820.112 €			2006	-1.241.924 €	572.001 €	1.752.352 €
1991	439.711 €			2007	-637.844 €	648.857 €	1.757.816 €
1992	-196.336 €	557.308 €	1.374.353 €	2008	-271.003 €	451.933 €	1.148.883 €
1993	-83.341 €	673.371 €	1.677.549 €	LTW 2009	-1.047.993 €	276.061 €	1.225.789 €
1994	-70.558 €	422.327 €	1.180.573 €	2010	-817.621 €	427.368 €	1.428.737 €
1995	115.552 €	533.789 €	1.487.859 €	2011	-887.578 €	570.750 €	1.650.903 €
1996	-269.962 €	360.972 €	1.585.516 €	LTW 2012	-1.245.952 €	574.812 €	1.717.292 €
1997	-295.527 €	542.992 €	1.883.599 €	KW, BTW 2013	-1.119.397 €	379.130 €	1.180.285 €
1998	-111.973 €	397.274 €	1.269.026 €	2014	-739.012 €	565.369 €	1.449.347 €
1999	-741.885 €	597.189 €	1.572.223 €	2015	-477.993 €	785.614 €	1.655.456 €
2000	-1.238.860 €	659.567 €	1.637.668 €	2016	-867.275 €	939.605 €	1.894.906 €
2001	-1.085.473 €	877.888 €	1.862.636 €	LTW, BTW 2017	-1.738.847 €	773.318 €	1.946.290 €
2002	-936.000 €	857.000 €	1.899.000 €	KW 2018			
2003	-728.000 €	511.000 €	1.411.000 €				
2004	-1.575.000 €	703.000 €	1.610.000 €				

ist, dass die meisten Mitglieder keinen satzungsgemäßen Beitrag zahlen.

MdEP Ulrike Rodust, unsere Bundestags- sowie die Landtagsabgeordneten sind vorbildlich und haben die letzte Erhöhung ihrer Sonderbeiträge einvernehmlich angenommen. Das würde ich mir auch von allen Mitgliedern wünschen. Der Mindestbeitrag und die dann folgenden Beiträge sind so schwer nicht zu verstehen.

Leider haben die Schatzmeister*innen nicht überall das höchste Gewicht: Wir würden es ändern und wie bei den Gewerkschaften für eine klare Beitragsumsetzung plädieren. Dafür bräuchte es nur ein wenig Mut.

DURCHSCHNITTSBEITRÄGE/ MONAT

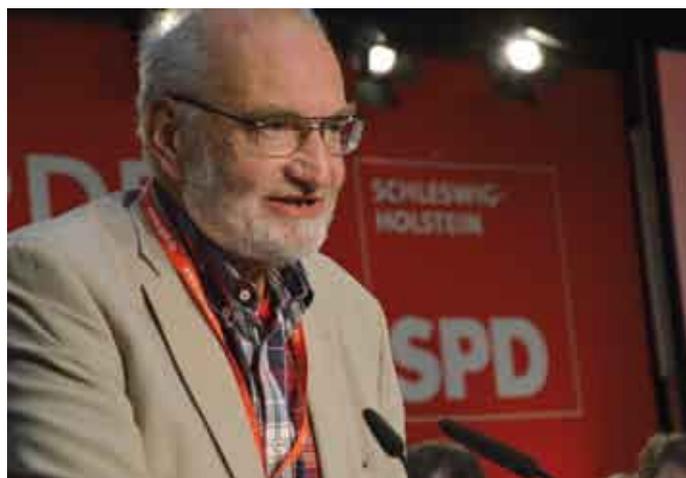
KREISVERBAND	Beitrag
Kreisverband Kiel	11,45€
Kreisverband Neumünster	9,36€
Kreisverband Plön	8,22€
Kreisverband RD-ECK	10,41€
Kreisverband Flensburg	12,67€
Kreisverband Nordfriesland	8,89€
Kreisverband Schl.-Flensburg	8,90€
Kreisverband Dithmarschen	7,63€
Kreisverband Pinneberg	10,99€
Kreisverband Segeberg	9,52€
Kreisverband Steinburg	9,00€
Kreisverband Lübeck	11,22€
Kreisverband Lauenburg	9,98€
Kreisverband Ostholstein	8,61€
Kreisverband Stormarn	11,10€
Durchschnitt SPD SH gesamt	9,89€

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION

Von Hermann Greve, stv. Vorsitzender

Zunächst ist leider mitzuteilen, dass wir erschüttert und sehr betroffen waren als uns berichtet wurde, dass unsere Genossin Renate Pfau am 13. Februar 2018 plötzlich und unerwartet verstorben ist. Renate hat viele Jahre in der Revisionskommission mitgearbeitet und dabei viele ihrer Erfahrungen als frühere Schatzmeisterin aus ihrem Ortsverein in Kiel vehement und sehr nachdrücklich eingebracht. Sie war uns eine liebe und wertvolle Kollegin! Renate, wir vermissen Dich und gedenken Deiner.

In den zwei Jahren der Amtsperiode haben die Mitglieder der Revisionskommission die jeweiligen Quartalsabschlüsse eingehend geprüft und die Einnahmen und Ausgaben mit den Ansätzen des Wirtschaftsplans und der Finanzplanung abgeglichen. Dazu wurden die zu einzelnen Konten abgeforderten Belege auch im Hinblick auf die Notwendigkeit und Höhe der Zahlungen sowie allgemein die Wirtschaftlichkeit der Kassengeschäfte des Landesverbands überprüft. Einen Schwerpunkt legten wir dabei in dieser Amtsperiode auf die Ausgaben im Zusammenhang mit der Landtagswahl und auch der Kommunalwahl auch deswegen, weil es dazu vereinzelt im Nachhinein an deren Angemessenheit auf Parteiver-



Hermann Greve, Revisor

anstaltungen pauschale Kritik gegeben hatte. Diese ist jedoch aufgrund der von uns gewonnenen Überzeugung und dem soweit als möglichen Nachvollzug der wahlkampfbegleitenden Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen nicht berechtigt.

Nach Vorprüfungen haben wir die vom Schatzmeister aufgestellten Jahresabschlüsse für 2016 und 2017 verantwortlich mitgezeichnet. Über den vorläufigen Jahresabschluss 2018 ist mündlich zu berichten, da wir darüber erst in einer Sitzung nach Redaktionsschluss dieses Berichts befinden können.

Summa summarum stellen wir fest, dass im Berichtszeitraum gem. § 6 Abs. 1 und 2 der Finanzordnung

- die Bestimmungen der Finanzordnung eingehalten worden sind,
- soweit wir geprüft haben, die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen,
- entsprechend die Ausgaben angemessen und in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsplan waren,
- alle Konten und Kassen im Rechenschaftsbericht einbezogen und die Beiträge satzungsgemäß erhoben worden sind.

Hiermit stellen wir den Antrag auf Entlastung des Vorstands in Sachen der Finanzangelegenheiten.

Die Mitglieder der Revisionskommission bedanken sich bei Charlotte Sprengel als der für die Finanzen zuständigen Assistentin der Geschäftsführung ganz ausdrücklich für ihre nimmermüde Zuarbeit sowie ihr Engagement in Sachen Ausgabenvermeidung und Sparsamkeit!

BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Von Andreas Beran, stv. Vorsitzender

Die Landesschiedskommission hat im Berichtszeitraum drei Parteiordnungsverfahren zum Abschluss gebracht. Betroffen waren insgesamt neun Mitglieder, von denen zwei aus eigener Initiative vor dem Abschluss des Verfahrens ausgetreten sind, einer hat sein Parteibuch behalten können und die anderen haben ihre Parteizugehörigkeit verloren. Alle drei Verfahren lagen auch der Bundesschiedskommission vor, in einem Fall musste die Landesschiedskommission erneut verhandeln.

Es gab zwei Ansätze für weitere Verfahren, die aber aus formalen Gründen, zum Beispiel wegen fehlender Begründung der Berufung, nicht weiter verfolgt wurden.

Die Landesschiedskommission hat sich im Berichtszeitraum ca. 10 Mal zur Beratung getroffen. Dabei gab es ein Treffen mit der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission, Hannelore Kohl, am 19. März 2018. Dieses Treffen diente

dem Informationsaustausch bzw. als Fortbildung.

Die Landesschiedskommission tagt laut Satzung in der Zusammensetzung Vorsitz und stellvertretende Vorsitzende. Wenn davon eine Person verhindert ist, stellvertretend ein weiteres Mitglied. Die Verfahrensbeteiligten werden zu den Verhandlungen beigelegt.

Im Berichtszeitraum gehörten der Landesschiedskommission an:

Vorsitz:	Christian Feist
Stellvertretung:	-Andreas Beran -Gisela Teuchert-Benker
Weitere Mitglieder:	-Hatice Kara -Eckart Kuhlwein -Peter Gottschalk -Thorsten Pfau

VERANSTALTUNGSTECHNIK AUS AHRENSBURG

SCHNELL UND PROFESSIONELL IN NORDDEUTSCHLAND



BIETET

- ✓ FIRMENEVENTS
- ✓ KONFERENZTECHNIK
- ✓ FESTINSTALLATION
- ✓ BESCHALLUNG
- ✓ TECHNIK VERMIETUNG

Telefon: 04102-47590
www.sound-light-service.de

An der Strusbek 50 · 22926 Ahrensburg



BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES

Von Olaf Schulze, Vorsitzender des Landesparteirats

Auf der konstituierenden Sitzung am 8.5.2017 wurden Sönke Rix zum Vorsitzenden und die Stormarner Kreisvorsitzende Susanne Danhier zur stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Ende 2017 gab Sönke Rix den Vorsitz nach sieben Jahren ab; Olaf Schulze wurde am 20.12.2017 zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seit der konstituierenden Sitzung tagte der Landesparteirat zehn Mal.

Der Landesparteirat erwies sich auch in den vergangenen zwei Jahren als wichtiges Gremium für die Diskussion, Meinungsbildung und Abstimmung zwischen der Landesebene (Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesregierung), den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften der Partei. Als Plattform für den Informationsaustausch, die Koordinierung und die Beschlussfassung ist der Landesparteirat eine wichtige Klammer des Zusammenhalts in der SPD Schleswig-Holstein.

Der Landesparteirat hat 2017 geholfen die Landtags- und Bundestagswahlen zu organisieren, die Wahlergebnisse analysiert und wir haben die Landesparteitage inhaltlich mit vorbereitet.

Einen breiten Raum nahmen die Analyse und die Konsequenzen aus den verlorenen Wahlen ein. Daraus folgte auf dem außerordentlichen Parteitag am 11.11.2017 ein Beschluss zum Reformprozess der Partei. Auf dieser Grundlage wurden Anfang 2018 durch den Landesparteirat drei Kommissionen eingesetzt. Der Landesparteirat beteiligte sich an den Reformdiskussionen im Rahmen eines PerspektivCamps am 30. Juni 2018; die Kommissionen gaben am 25.8.2018 ge-



genüber dem Parteirat einen Zwischenbericht ab. Am 14.1.2019 wurden die Ergebnisse präsentiert und offiziell der Partei übergeben.

Der Parteirat möchte sich nochmal bei allen Beteiligten der Kommissionen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesverbandes für das große Engagement und die intensive Arbeit bedanken. Nur so konnte sichergestellt werden, dass die Ergebnisse auf dem ordentlichen Parteitag im März 2019 vorgestellt und diskutiert werden können.

Der Landesparteirat besteht aus 41 stimmberechtigten Mitgliedern aus Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften und sieben Mitgliedern mit beratender Stimme.

Der Landesparteirat ist das höchste Beratungsgremium der Landespartei zwischen den Parteitagen. Er hat sich als Bindeglied zwischen der Kommunalpolitik, den Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und der Landesebene der Partei bewährt. Kritisch, kompetent und konstruktiv, so wird der Parteirat auch künftig eine selbstbewusste Rolle in der Landespartei spielen.

MORS HOCH FÜR DEMOKRATIE!

*Von Götz Borchert,
Landesgeschäftsführer*

„Die Griechen haben die Demokratie nicht erfunden, sondern etwas viel Wichtigeres getan: Sie haben sie gelebt und irgendwann ein Wort gefunden, um sie zu beschreiben. Man muss die Demokratie hüten wie seinen Augapfel.“
(Peter Ustinov)

I. ZUR ARBEIT UND ENTWICKLUNG DER PARTEIORGANISATION

Mit dem 01. Oktober 2017 habe ich das Amt des Landesgeschäftsführers angetreten. In den Monaten zuvor hatte die Partei zwei schwere Wahlniederlagen erlebt:

- Bei der **Landtagswahl** im Mai 2017 war die SPD mit 27,3 Prozent deutlich hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Die erfolgreiche Küstenkoalition wurde durch eine Landesregierung von CDU, Grünen und FDP abgelöst.
- Der Ausgang der **Bundestagswahl** im September 2017 war mit 20,5 Prozent mehr als enttäuschend. Zumal Umfragen in den Frühjahrsmonaten sowie zahlreiche Neumitglieder nach der Nominierung von Martin Schulz ein anderes Potenzial zeigten. In Schleswig-Holstein blieb die SPD mit 23,3 Prozent über dem Bundestrend.

Nach Scheitern der Jamaika-Gespräche auf Bundesebene stellte sich in Deutschland die Frage nach möglichen Regierungskonstellationen und somit auch einer Großen Koalition. Hierüber wurden in der SPD einmal mehr die Mitglieder befragt. Zu diesem **Mitgliedervotum** gab es in Schleswig-Holstein zahlreiche Diskussionsangebote, u.a. Mitgliederkonferenzen, bei denen das Pro und Contra zum Koalitionsvertrag mit der Union diskutiert wurde. Zum Jahreswechsel 2018/19 konnte im Laufe dieser Debatte eine hohe Zahl von Neumitgliedern dank intensiver Arbeit der ehrenamtlichen Ortsvereinsvorstände sowie der Mitarbeiterinnen im MAVIS-Zentrum



in die SPD aufgenommen werden. Leider blieben auch zahlreiche Austritte nach dem Votum für die Große Koalition sowie im Laufe der folgenden Monate (u.a. Personalie Maaßen) nicht aus.

Die **Mitgliederzahlen** des Landesverbandes sind im Berichtszeitraum insgesamt leicht gesunken und betragen Ende Januar 2019 im Landesverband 17.224 Mitglieder. Mit etwas über 35% waren Frauen dabei unterrepräsentiert. Für die Zukunft wird auch entscheidend sein, ob es uns – angesichts eines Altersdurchschnitts unserer Mitglieder von über 60 Jahren – künftig wieder besser gelingt, auch junge Menschen für ein politisches Engagement in der SPD zu begeistern (Grafik Mitgliederzahlen siehe Seite 13).

Zugleich gibt es Fragen an die Kampagnenfähigkeit unserer **Organisationsstrukturen**. 451 Ortsvereine bilden die Basis der SPD in Schleswig-Holstein. 15 Kreisverbände und 11 Landesarbeitsgemeinschaften, mehrere Foren und Arbeitskreise engagieren sich in unserem Land. Aber uns erreichen auch Hinweise auf Überforderung. Rein rechnerisch liegt die durchschnittliche Mitgliederzahl unserer Ortsvereine bei 38 Mitgliedern. Tatsächlich sind es aber 299 Ortsvereine, die weniger als diese Zahl beheimaten. Ganze 62 Ortsvereine haben 10 oder weniger Mitglieder. Die steigenden Anforderungen an das Ehrenamt in der Kommunalpolitik und

MITGLIEDER JE ORTSVEREIN	1-20	21-50	51-100	101-200	201-300	301-400
ANZAHL DER ORTSVEREINE	187	152	85	23	2	2

in Wahlkämpfen lassen viele Genossinnen und Genossen ratlos zurück.

Jenseits tagesaktueller Fragestellungen war es deshalb mein erklärtes Ziel, mir einen genauen Überblick über die Stärken und Schwächen unserer Landes-Partei zu verschaffen und mich zugleich als Gesprächspartner anzubieten. Zahlreiche Antrittsbesuche in unserer Partei bei Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften, ehemaligen Landes- und Fraktionsvorsitzenden, Ministerpräsident*innen sowie bei Landesgeschäftsführer*innen anderer Parteien, Vereinen und Verbänden und manch kluge*m Ratgeber*in haben mich auf viele Themen aufmerksam gemacht und den Blick geschärft. Ich danke allen für die offenen Arme, mit denen ich empfangen wurde und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Unsere Zusammenarbeit, wichtige Kooperationen und bewährte Konzepte müssen wir fortsetzen. Ich denke innerhalb unserer hauptamtlichen Organisation an den regelmäßigen Austausch der Kolleginnen und Kollegen untereinander, aber auch mit dem politischen Ehrenamt. Sie sind der Grundstein für gute Arbeit im SPD-Landesverband, die nur als Team funktionieren kann. Ich denke aber auch an die Vereinbarung zwischen der SPD und dem Landesverband der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK). Die erfolgreichen Direktwahlen sind nur ein gutes Beispiel, warum es lohnt, sich noch intensiver abzustimmen und Initiativen zu entwickeln, um unsere kommunale Basis zu stärken und die Debatte über politische

Fragen innerhalb der Partei umfassender zu klären. Eine vergleichbare Vereinbarung haben wir im Jahr 2018 mit dem „Kulturforum Schleswig-Holstein e.V.“ geschlossen. Die Vernetzung kommunalpolitischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Kulturschaffender im Land muss wieder viel stärker in unseren Fokus rücken. Auch weil sie uns Inspiration geben kann und zugleich eine gute Tradition der Nord-SPD darstellt.

Die SPD darf sich nicht selbst genug sein. Wir müssen wieder intensiver mit anderen in Kontakt treten und das Gespräch suchen, Verbündete erkennen, Zusammenarbeit leben, aber auch einmal das Streitgespräch in Wertschätzung für andere Meinungen suchen und uns einmischen. Die SPD muss die DENKFABRIK für Schleswig-Holstein sein. Ein Ort, wo über die Zukunft des Landes und unser Zusammenleben nachgedacht wird.

II. PERSPEKTIVEN: UNSERE PARTEIREFORM IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Früher und konkreter als andernorts haben wir im Landesverband Schleswig-Holstein Themen benannt, offene Fragen identifiziert und uns Arbeitsstrukturen für eine Parteireform gegeben. Bei der Erstellung der Zeitpläne haben wir großen Wert darauf gelegt, dass diese mit den Planungen auf Bundesebene vereinbar sind und unsere Gliederungen auf Orts- und Kreisebene gleichzeitig genügend Gelegenheit für Beratun-



gen und Diskussionen haben.

Mit unserem außerordentlichen Landesparteitag im November 2017 in Neumünster haben wir konkrete Maßnahmen ergriffen. Dazu gehörten **drei Kommissionen**, die wir gebeten haben, uns für den ordentlichen Landesparteitag im März 2019 konkrete Vorschläge für die Parteireform vorzulegen:

- Wie schärfen wir unser Profil als Schleswig-Holstein-Partei? Welche Antworten auf die Fragen unserer Zeit muss die SPD geben? (Kommission „Programm und Profil“)
- Wie können wir unsere politische Zusammenarbeit offener gestalten und viele Menschen einbeziehen? (Kommission „Parteiorganisation und -prozesse“)
- Was braucht es an Personalentwicklung, um auch in Zukunft als Partei auf allen Ebenen aktiv zu sein, Talente zu erkennen und zu fördern? (Kommission „Mitgliederentwicklung und Talentförderung“)

Unbestreitbar ist eine Parteireform aber kein abgeschlossenes Projekt, sondern vielmehr eine dauerhafte Aufgabe. Die Schärfung unseres programmatischen Profils und die Attraktivität unseres Parteilebens werden eine ständige Aufgabe bleiben. Einer unserer wichtigsten Grundsätze für diesen Prozess lautet: **„Dieser Beschluss richtet sich an die gesamte Partei und fordert zum Mitmachen auf.“**

Deshalb haben wir auf vielfältige Möglichkeiten zur Beteiligung geachtet:

- Bereits zum Jahreswechsel 2017/18 hatten wir hierfür **alle Mitglieder** postalisch oder per Mail angeschrieben. Viele haben sich zurückgemeldet, manche mit konkreten Ideen.
- Fast ein Jahr lang haben die Mitglieder der **Kommissionen** mit interessierten Gästen beraten.
- Bei unserem **PerspektivCamp** am 30. Juni 2018 in Neumünster haben wir mit vielen Interessierten über konkrete Ideen diskutiert.
- Bei weiteren Gelegenheiten haben wir **Zwischenergebnisse** der Kommissionen parteiöffentlich rückgekoppelt, so bei der Sitzung des Landesparteirates am 25. August oder auch bei dem außerordentlichen Landesparteitag am 03. November 2018.
- Am 14. Januar 2019 haben die Kommissionen bei einer Sitzung des **Landesparteirates** ihre Ergebnisse präsentiert und offiziell der Partei zur

weiteren Beratung übergeben.

Ergänzend zu vielen Aktivitäten der Gliederungen hat der Landesverband in Abstimmung mit den Kreisverbänden zu vier öffentlichen Regionalkonferenzen in Form von **Debatten-Cafés** eingeladen, um so eine breite Diskussion auf allen Ebenen in unserem Landesverband anzuregen.

Der Landesvorstand hat darüber hinaus die Umsetzung konkreter **Sofortmaßnahmen** beraten und mit der Umsetzung begonnen. Als ein konkretes Beispiel soll hier die Schulung für **neue Ortsvereinsvorsitzende** genannt werden, die wir im Dezember 2018 erstmals durchgeführt haben. Das Amt der/des Ortsvereinsvorsitzenden hat große Bedeutung für unsere innerparteiliche Demokratie. Wir wollen Menschen, die neu in diesem Amt sind, deshalb stärken und einen Ideenaustausch ermöglichen.

III. SOZIAL. GERECHT. VOR ORT. DIE KOMMUNALWAHL 2018

Mit 400 Listen, in allen 11 Kreisen sowie den vier kreisfreien Städten ist die SPD zur Kommunalwahl 2018 angetreten. Der Landesverband hat den Wahlkampf vor Ort organisatorisch unterstützt, landesweit relevante Themen kommuniziert und einen Rahmen für die Gliederungen geschaffen. Eine Runde der Kreisvorsitzenden mit dem Landesvorstand hatte sich zuvor darauf verständigt, keine landesweit einheitliche Werbelinie zu entwickeln, sondern die Möglichkeit zu nutzen, auf regionale Themen und Stärken zu setzen.

Die **hauptamtliche Organisation** wurde durch zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreisgeschäftsstellen gestärkt. Zusätzlich zum ehrenamtlich betriebenen **spd-net-sh-System** für Homepages wurde rechtzeitig zur Kommunalwahl auch die Möglichkeit eröffnet, eine Homepage im kommerziell betriebenen **soz.is-System** zu buchen. Beide Systeme sollen sicherstellen, dass auch in Zukunft ein Austausch unter den SPD-Websites im Land im Sinne eines gemeinsamen Kalenders und Artikeldienstes stattfindet.

Die **Schulungsangebote** wurden im Vorfeld der Kommunalwahl noch einmal deutlich erhöht. Dazu gehörten auch Argumentationstrainings.

Auf bewährte Art konnte über das **Gestaltungsportal des SPD-Shops** ein zentrales Kampagnen-Design genutzt werden, um Flyer, Plakate sowie weitere Werbematerialien zu erstellen und auf Wunsch auch zentral produzieren zu lassen. Weitere Aktionen, wie die viel nachgefragte Osteraktion, ergänzten dieses Angebot.

Auch auf **zentralen Veranstaltungen** des Landesverbandes, wie dem Neujahrsempfang und dem Arbeitnehmer*innen-Empfang in Kooperation mit der Landtagsfraktion sowie dem Politischen Aschermittwoch in Kooperation mit der AfA, war die Kommunalwahl selbstverständlich Thema.

In großer Breite hat der Landesverband online die **Vielfalt unserer Kommunalpolitikerinnen** und -politiker deutlich gemacht, bebildert und unsere landesweiten Themen in den Mittelpunkt gestellt. Hierzu wurden u.a. Gastbeiträge für örtliche Homepages, Zeitungen etc. angeboten. Sie waren aber auch Thema bei der jährlichen Schleswig-Holstein-Konferenz und wurden bei einem erstmals durchgeführten **BarCamp** durch weitere Themen der Kommunalpolitik ergänzt.

Programmatisch setzten die Gliederungen unterschiedliche Themenschwerpunkte. Überregional fand eine Verständigung der Partei bei ihrem außerordentlichen Landesparteitag am 11. November 2017 in Neumünster statt. Dazu gehörten die **beitragsfreie Kita, bezahlbares Wohnen und die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**. Hinzu kam die Planung von Windenergieflächen als vielerorts wichtiges Thema.

Wir haben alle miteinander im Frühjahr 2018 einen starken **Kommunalwahlkampf** absolviert, mit landesweit 23,3 Prozent aber einen deutlichen Verlust erlitten (minus 6,5 Prozentpunkte gegenüber 2013). Hierüber konnten auch unterschiedliche Erfolge an vielen Orten des Landes nicht hinwegtäuschen. Immerhin: Im Vergleich zum Landesergebnis der Bundestagswahl blieb der Wert konstant, während die Umfragewerte der Partei bundesweit im selben Zeitraum weiter sanken. Erste Analysen ergaben aber einen großen Strauß an Gründen sowohl für örtliche Siege als auch Niederlagen.

IV. MIT LEIDENSCHAFT UND MUT FÜR EIN GEEINTES UND SOLIDARISCHES EUROPA

In einem transparenten Verfahren bewarben sich zur Sommerpause zwei Sozialdemokratinnen und drei Sozialdemokraten für die Kandidatur zur Europawahl. Unsere Abgeordnete Ulrike Rodust verkündete zugleich, dass sie nicht noch einmal kandidieren wolle.

Delara Burkhardt, Enrico Kreft, Marc Timmer, Karin Thissen und Niklas Willma tourten durch das Land und warben für ihre Ideen einer künftigen Europapolitik. Sie erwarben sich in jedem Fall den Respekt zahlreicher Genossinnen und Genossen im Land und wir verdanken ihnen lebendige politische Diskussionen. Die **Landesdelegiertenkonferenz am 3. November 2018** in Kiel entschied in zwei spannenden Wahlgängen schließlich, dass der Landesverband mit Enrico Kreft als Spitzenkandidaten in den Wahlkampf ziehen wolle. Bei der Europadelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Bundesliste wurde unser Spitzenkandidat Enrico auf einen enttäuschenden Platz 30 gewählt – auch eine Kandidatur auf Platz 20 blieb erfolglos. Immerhin: Letztlich sieht die **Bundesliste** Mitglieder des Landesverbandes auf Platz 5 (Delara Burkhardt und Ersatz Cornelia Östreich), Platz 30 (Enrico Kreft und Ersatz Marc Timmer), Platz 52 (Niklas Willma und Ersatz René Hendricks) sowie Platz 59 (Lisa Kühn und Ersatz Silke Schielberg) vor.

Die SPD wird in Schleswig-Holstein mit Enrico und Delara an der Spitze in den Wahlkampf ziehen.



Im Januar 2019 fand ein **Workshop** des Landesverbandes unter Beteiligung der acht Kandidierenden, Europabeauftragten der 15 Kreisverbände und der 11 Arbeitsgemeinschaften sowie der Europaabgeordneten Ulrike Rodust und des EuropaForums statt. Neben den Fragen des

technischen Wahlkampfes sind viele Termine und inhaltliche Akzente Thema gewesen. Dabei ist uns immer wieder auch der Bezug zu Schleswig-Holstein wichtig. Die beiden Kandidierenden und die Europaabgeordnete ermöglichen uns eine **breite Aufstellung mit unterschiedlichen Schwerpunkten**. Zum Redaktionsschluss dieses Rechenschaftsberichts sind die Vorbereitungen der heißen Wahlkampfphase weit fortgeschritten.

Bereits der außerordentliche Landesparteitag im November 2018 hatte Grundsteine für den programmatischen Wahlkampf gelegt. Die **Verinigten Staaten von Europa** bleiben für die SPD Schleswig-Holstein unsere Vision eines Europas für morgen. Zu unseren zentralen Zielen gehören soziale Sicherungssysteme, gute Arbeitsbedingungen, humanitäre Asylpolitik, die öffentliche Daseinsvorsorge und eine europaweite Energiepolitik, die den Klimaschutz ernst nimmt. Enrico und Delara werden eigene konkrete Akzente in den Themenbereichen **Nachhaltigkeit und Digitalisierung sowie Friedenspolitik und Migration** setzen. Mit **konkreten Maßnahmen und Ideen für eine Vorbildregion im Ostseeraum** wollen wir Wählerinnen und Wähler überzeugen.

Aber es geht bei der Europawahl am 26. Mai um noch mehr: Wir müssen dem Rechtspopulismus entschieden die Stirn bieten. Unter dem Motto **„Mors Hoch!“** haben wir bereits im Vorfeld des Wahlkampfes mit einer Musterrede, Postkarten, einer Weihnachtsaktion und Gastbeiträgen online auf die große Bedeutung der Europawahl für ein demokratisches geeintes und solidarisches Europa aufmerksam gemacht. Nur die Sozialdemokratie kann auf (weltweite) nationale Egoismen eine verbindende und solidarische Antwort für Europa geben.

BarCamp zur Kommunalwahl



V. DANKSAGUNG

In einem Zeitraum von 20 Jahren hat **Christian Kröning** an dieser Stelle als Landesgeschäftsführer Rechenschaft abgelegt. An dieser Stelle möchte ich ihm nochmals für seine langjährige Arbeit für unsere SPD, aber auch persönlich für manch guten Ratschlag danken.

Darüber hinaus möchte ich mich herzlich für die **gute Zusammenarbeit** in den vergangenen eineinhalb Jahren bedanken. Dieser Dank gilt insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen in den Kreisgeschäftsstellen und in der Landesgeschäftsstelle, den Mitgliedern des Landesvorstandes, den Vorständen der Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften, vielen Mitgliedern in den Ortsvereinen sowie unseren Abgeordneten im Landtag, Bundestag und Europäisches Parlament. Gesprächspartner*innen und Ratgeber*innen an anderer Stelle, in Vereinen und Verbänden, der SGK oder auch dem Kulturforum waren für mich und meine Arbeit eine wichtige Bereicherung.

Plakat-Aktion der Kieler SPD zur Kommunakwahl



POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2017-2019

Von Hermann Bock, Bildungs- und Projektmanagement

„Der Sinn des Lebens liegt im Miteinander.“
(Regine Hildebrandt)

In der SPD Schleswig-Holstein gibt es eine 30-jährige Tradition fest verankerter politischer Bildungsarbeit. Unser Ziel ist dabei seit jeher Orte und Räume des Lernens, des politischen Diskurses und der persönlichen Entwicklung zu schaffen.

Während der Kampagnen zur Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahl haben wir Kandidat*innen- und Argumentationstrainings in Malente, Kiel und Neumünster durchgeführt. In Wahlkampfeschulungen wurden neue Wahlkampfmethoden eingeführt. Mit großer Freude haben insbesondere die Jusos mit „wandernden Kartons“ und weiteren Canvassing-Aktionen neue Instrumente kennengelernt. Kern war dabei möglichst zum Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern anzuregen. So haben wir mit Tür-zu-Tür-Trainings in Norderstedt, Plön, Malente oder Kiel auch ganz praktisch geholfen unsere Botschaften in unseren Hochburgen zu platzieren.

Mit neuen Trainerinnen und Trainern konnten wir auch Schulungen für die politische Arbeit in sozialen Medien und im World-Wide-Web anbieten. Dabei sind für uns zwei Module entscheidend: Strategische Kommunikation im Internet einerseits, d.h. Zusammenspiel von Website, Facebook, Twitter, E-Mail und Instagram. Andererseits aber auch Workshops zum praktischen Handwerk in politischer Foto- und Videokommunikation.

Mit Einführung des SOZ.IS-Redaktionssystems wurden für Administratoren vier Schulungen durchgeführt.

Besonders wichtig sind uns landesweite Seminare zur Bindung und Begrüßung von neuen Mitgliedern. So stellen wir sicher, dass jedes Neumitglied mindestens einmal angeschrieben wird, um mehr zu erfahren über: Das politische Programm, die Geschichte, Aufbau und Strukturen, aktuelle politische Debatten, Arbeitsgemeinschaften sowie Foren und die Möglichkeit sich selbst ganz konkret mit den eigenen Ideen in der SPD einbringen zu können. In Verbindung mit den Neumitgliederkonventen und den Einführungsworkshops bei Landesparteitagen konnten wir im Schnitt alle 3-4 Monate neuen Mitgliedern ein konkretes landesweites Angebot unterbreiten. Unser landesweites Angebot ergänzt das stark ausgebauten Angebot in den Kreisverbänden und Ortsvereinen. Durch Online-Befragung und Befragung während unserer Seminare wissen wir, dass sich unsere Bemühungen auszahlen. Unsere neuen Mitglieder fühlen sich abgeholt und gut informiert.

Ein Klassiker ist unsere Seminarreihe „Einführung in die Kommunalpolitik“, vielen als Kommunalakademie SH bekannt. In drei aufeinander aufbauenden Wochenenden erhalten unsere Kommunalos einerseits fachlichen Input über „Gemeindeordnung und Kommunalverfassung“, „Planen und Bauen“ und „kommunale Finanzen/Haushalt“. Andererseits wird dies durch wichtige Softskill-Module in „Freier Rede und Rhetorik“, „Kooperation und Verhandlungen“, „Work-Life-Balance“ sowie „Zeit- und Selbstmanagement“ ergänzt. Diese Wochenenden dienen nicht



zuletzt der Vernetzung und des Blickes über den eigenen kommunalen Rathausturm hinaus.

Bedingt durch die Kommunalwahl haben wir unser jährliches Angebot in 2018 sogar mit zwei parallel laufenden Ausbildungsjahrgängen durchgeführt. Sodass wir im Berichtszeitraum 68 neue Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ausgebildet haben. Für jene im Juso-Alter haben wir in 2017 ein gesondertes Angebot unterbreitet und dort 14 Mitglieder geschult. Ein großer Dank gilt der SGK-SH, die unser Einführungsangebot durch anschließende Vertiefungsseminare ergänzt.

Im Vorfeld der Kommunalwahl war das Angebot der SGK „eine etwas andere Kommunalwahlkampagne“ vorzustellen eine prima Bereicherung. Neben diesem Grundlagen- und Vertiefungsangebot haben im Berichtszeitraum zehn Fraktionen bzw. Gliederungen von unserem Angebot Gebrauch gemacht, ihre Klausurtagung zu moderieren.

Neu und fest ins Programm aufgenommen wurden Schulungsabende für Kassiererinnen und Kassierer. Einmal im Jahr im November erhalten sie ein Angebot von uns. Insbesondere für neue Kassiererinnen und Kassierer ist es eine gute Möglichkeit einen Überblick über Systematik und Aufgaben sowie gesetzliche Grundlagen zu erhalten, aber auch alle offenen Fragen zu klären und Ansprechpartner*innen im Landesverband kennenzulernen. So konnten wir im Berichtszeitraum 35 neue Kassierer*innen schulen.

Außerdem haben wir erstmalig einen Schulungsabend für neue Ortsvereinsvorsitzende durchgeführt. Kern des Abends waren die Themen: Führung, Partei- und Organisationsstatut, Fristen, Einladungen und Vernetzung. Beim erstmalig durchgeführten Workshop konnten wir 15 Ortsvereinsvorsitzende begrüßen. An unserem Angebot zur Schulung der Schiedskommissionen haben leider nur fünf Mitglieder teilgenommen. Politisch inhaltliche Angebote haben wir durchgeführt zu den Themen: „Integration und Zuwanderung in der sozialen Demokratie“, „Zukunftslabor“, „Frauen in der Politik“, „Heimat – (k)ein linkes Konzept?!“.

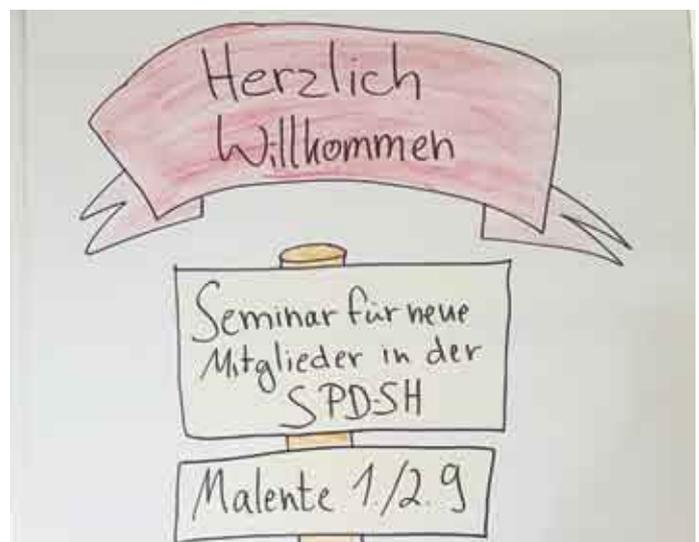
Auf Bundesebene haben wir die Vernetzung und die Zusammenarbeit mit den anderen Bildungsbeauftragten und der Parteischule vorangetrie-

ben und unterstützt. Eine Kooperation zwischen den Bildungsbeauftragten aus NRW, Niedersachsen, SH und der Parteischule war alle Mühe wert. Ein Ergebnis ist, dass in NRW in 2018 eine eigene Regionalakademie aufgebaut wurde. Außerdem haben wir einige Bewerbungen aus Schleswig-Holstein bei den Angeboten „Fellowship-Programm des Parteivorstandes“, „Frauen an die Macht“, „Train-the-Trainer“ und der „Kommunalakademie“ der Bundes-SGK erfolgreich untergebracht.

In der Fortbildung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter*innen haben wir dazu motiviert individuelle Angebote wahrzunehmen aber auch das jährliche Angebot „Parteischulwoche“ mit jeweils 3-5 Beschäftigten zu besuchen. Neue Beschäftigte erhalten ein begleitendes Programm zur Einarbeitung. Im Berichtszeitraum wurden drei Praktikanten betreut und für das Arbeitsfeld „Politikberatung als Beruf“ begeistert.

Unsere Angebote wurden und werden auf unserer Website www.spd-schleswig-holstein.de/fortbildung veröffentlicht. Darüber hinaus werden alle Angebote über einen zwei Mal jährlich erscheinenden Newsletter und in unserer Regionalausgabe im Vorwärts an alle Mitglieder in unserem Landesverband veröffentlicht.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an alle Trainerinnen und Trainer ohne diese unser Angebot so nicht möglich wäre. Außerdem können wir froh über die gute und intensive Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern, Vereinen und Stiftungen sein. Stellvertretend für alle ist die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte zu nennen. Hier hat unsere Bildungsarbeit ein echtes Zuhause.



ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG & LANDESDELEGIERTENKONFERENZEN

27.-29. Januar 2017 in Lübeck, MUK

Ein großer Parteitag markierte den Auftakt in das Wahljahr 2017. Drei Tage lang berieten die Delegierten und wählten einen neuen Landesvorstand, weitere Gremien und auch die Landeslisten zu den anstehenden Bundestags- und Landtagswahlen.

Der Rückenwind aus Berlin nach der Nominierung von Martin Schulz brachte zusätzlichen Schwung. Die Partei sei im „Kampfmodus“, meinten Beobachter.

Dafür sorgte auch die Rede des alten und neuen Landesvorsitzenden Ralf Stegner am Freitag. Er stimmte die Partei auf zwei Jahre mit vier Wahlkämpfen ein: 2017 Landtags- und Bundestagswahl, 2018 Kommunalwahl und 2019 Europawahl: „Mehrheiten fallen nicht vom Himmel, sie müssen hart erarbeitet werden“.

Gastrednerin Malu Dreyer traf am Sonnabend genau diese Stimmung: „Kämpft bis zum Umfallen!“. Bis zur letzten Minute müsse Selbstvertrauen gezeigt werden: „Wir sind die mit der guten Laune!“.

Ministerpräsident Torsten Albig unterstrich in seiner Rede am Sonntag die Bedeutung der Land-

Der Landesvorstand besteht aus 11 Personen und wurde vom Landesparteitag wie folgt (wieder-)gewählt:

- Dr. Ralf Stegner, Landesvorsitzender
- Bettina Hagedorn, stv. Vorsitzende
- Christiane Küchenhof, stv. Vorsitzende
- Stefan Bolln, Schatzmeister
- Beisitzer*innen: Dirk Diedrich, Enrico Kreft, Serpil Midyatli, Dr. Frank Nägele, Birte Pauls, Dr. Nina Scheer und Alexander Wagner.

tagswahl: „Wir wollen, dass dieses Land gerechter wird. Lasst uns in den nächsten fünf Jahren dafür kämpfen.“

Der damalige Regierungschef verwies auf die Erfolge der laufenden Legislaturperiode: 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze, ein Haushalt mit Überschüssen, ein Mindestlohngesetz, Ankurbelung des Wohnungsbaus, 2000 Lehrer*innen mehr. Das Bildungssystem stehe im Mittelpunkt der Landespolitik.

Die Landesliste zur Landtagswahl führte Torsten Albig an, die Landesliste zur Bundestagswahl Bettina Hagedorn.



1. AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

AM 11. NOVEMBER 2017 IN NEUMÜNSTER, HOLSTENHALLEN

Der außerordentliche Landesparteitag hatte einen umfassenden Antrag zu „Strategien für die Neuaufstellung und die neue Rolle der SPD Schleswig-Holstein“ beschlossen. Es war ein Arbeitsparteitag – acht Stunden nonstop diskutierten die Delegierten über Konsequenzen aus den Wahlergebnissen und über die bevorstehenden Kommunalwahlen.

Die Auseinandersetzung mit zwei schmerzhaften Wahlniederlagen wurde mit viel Herzblut geführt. Die Zahl der Wortmeldungen brachte den Zeitplan des Parteitags ordentlich durcheinander. Landesvorsitzender Ralf Stegner brachte den Antrag des Landesvorstands ein, der ein umfangreiches Arbeitsprogramm entwirft. „Lasst uns die Zeit dafür nehmen, unsere Lage zu analysieren, Probleme schonungslos anzusprechen, aber auch Gutes und Erfolgreiches darzustellen“, forderte der Landesvorsitzende. „Die Debatte soll heute nicht beendet werden, sondern sie fängt an.“

Das Arbeitsprogramm für die Zeit bis zum ordentlichen Landesparteitag im Frühjahr 2019 wurde schließlich mit großer Mehrheit beschlossen und das Ergebnis der Reformkommissionen liegt nun zum ordentlichen Landesparteitag vor.

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner würdigte den Bundestagsabgeordneten und langjährigen Ortsvereinsvorsitzenden der SPD Elmshorn, Ernst

Dieter Rossmann mit der höchsten Auszeichnung der Partei, der Willy-Brandt-Medaille.

Auch Franz Thönnies hatte kurz zuvor die Willy-Brandt-Medaille erhalten und wurde auf dem Parteitag ebenso als langjähriger Bundestagsabgeordneter geehrt.



*Bürgermeister*innen-Talk: Christiane Küchenhof, stv. Landesvorsitzende und Bürgermeisterin der Stadt Schenefeld interviewt Erika Koll (Kummerfeld), Andreas Koeppen (Itzehoe), Simone Lange (Flensburg) und Ulf Kämpfer (Kiel)*

Der Landesparteitag setzte im zweiten Teil des Tages kommunalpolitische Forderungen an das Land ab und damit den Startschuss für die anstehende Kommunalwahl.

„Unser Dreiklang in der Kita-Politik, wie ihn die Küstenkoalition mit unserem Ministerpräsidenten Torsten Albig praktiziert hat, muss fortgesetzt werden: Wir brauchen die Unterstützung des Landes für die Kommunen, Qualitätsmaßnahmen in den Einrichtungen und die Entlastung der Familien von den hohen Gebühren“, fasste die stellvertretende Landesvorsitzende Christiane Küchenhof zusammen.



2. AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG & LANDESDELEGIERTENKONFERENZ

AM 3. NOVEMBER 2018 IN KIEL, CASINO DER STADTWERKE

Der Landesparteitag beschloss europapolitische Grundsätze. Um die Spitzenposition für die Europawahl gab es ein spannendes Rennen: Enrico Kreft wurde im zweiten Wahlgang mit 52,9% als Spitzenkandidat für die Europawahl der SPD Schleswig-Holstein nominiert.

Parallel zur Delegiertenkonferenz beriet und beschloss der außerordentliche Landesparteitag neun europapolitische Anträge. Den Antrag des Landesvorstands brachte Landesvorsitzender Ralf Stegner mit den Worten ein: „Europa ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.“ Der Beschluss forderte unter anderem soziale und ökologische Mindeststandards und eine europaweite Energiewende. Eine Finanztransaktionssteuer soll zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.



Udo Bullmann, Vorsitzender der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, hob als Gastredner die Rolle der scheidenden Europaabgeordneten

Die Europadelegiertenkonferenz am 9. Dezember 2018 in Berlin hat folgende Listenplätze für die Europawahl auf der Bundesliste für Schleswig-Holstein gewählt:

LISTENPLATZ 5

Delara Burkhardt, Ersatz: Cornelia Östreich

LISTENPLATZ 30

Enrico Kreft, Ersatz: Marc Timmer

LISTENPLATZ 52

Niklas Willma, Ersatz: René Hendricks

LISTENPLATZ 59

Lisa Kühn, Ersatz: Silke Schielberg

Ulrike Rodust in der Fischereipolitik hervor. Weiter betonte Udo Bullmann, dass die Sozialdemokratie die Partei sei, die den Sozialstaat gebaut habe. „Das ist die Partei Europas, und so gehen wir in die Auseinandersetzung“, gab Bullmann die Linie für den Wahlkampf vor.

Neben der Beratung zu Europa-Themen hatte der Landesparteitag ein Paket weiterer Anträge zu bearbeiten, darunter ein Antrag der Jusos, der einen außerordentlichen Bundesparteitag forderte zur Fortsetzung der GroKo. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Weitere Themen waren u.a. Bildung und Tariftreue.



BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AfA)



Zu Beginn des Berichtszeitraums setzte sich der AfA-Landesvorstand im SPD-Landesverband aus

folgenden Genoss*innen zusammen:

- Frank Hornschu, AfA-Landesvorsitzender
- Inke Marie Jaschinski und Lena Lehmann, stellvertretende AfA-Landesvorsitzende
- Beisitzer*innen: Sezai Elmali, KV Plön, Bernd Losch, KV Lübeck, Kirsten Jöhnck, KV RD-Eck., Gabriele Wegner, KV Steinburg, Tobias Marx, KV Kiel, Gunnar Reichwaldt, KV Neumünster, Peter Casper, KVSL-FL, und Dirk Stock, KV Segeberg.

Als Delegierte zu den Landesparteitagen wurden Lena Lehmann und Tobias Marx sowie Gabriele Wegner und Gunnar Reichwaldt als Ersatzdelegierte gewählt.

Als Vertretung zu den Sitzungen des Landespartei-rats wurden Inke Marie Jaschinski als Mitglied und Frank Hornschu als Stellvertreter gewählt.

Für den AfA-Bundesausschuss wurden Frank Hornschu als Mitglied und Lena Lehmann als Stellvertreterin gewählt.

Für die AfA-Bundeskonzferenz wurden als Delegierte Frank Hornschu, Wolfgang Mädler, Sezai Elmali, Bernd Losch, Gabriele Wegner, Peter Casper, Inke Marie Jaschinski und Ingrid Schröder, und als Ersatzdelegierte Helmut Ulbrand, Jürgen Müller, Gunnar Reichwaldt, Jürgen Heesch, Gerd Finke, Dirk Stock, Nils Düster und Gabriele Heidelmann gewählt.

Der AfA-Landesvorstand in der Nord SPD tagte im Berichtszeitraum monatlich. In jeder Sitzung wurde jeweils die aktuelle politische Lage in Land und Bund erörtert. Aus den Gremien wurden kontinuierlich die Berichte ausgetauscht.

Folgende politische Themen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wurden u. a. im Landesvorstand behandelt:

- Paritätische Krankenkassenbeiträge
- Schreiben an S. Gabriel zum Gesetzesentwurf AN-Überlassung und Werkverträgen
- Rechenschaftsbericht an die AfA-Bundeskonzferenz
- Schreiben an MP zum Erhalt der Kompetenz in der

Infrastruktur der Länder

- Sitzungsleitung der Konferenz der AfA-Hamburg
- Vorschläge zum Wahl- und Regierungsprogramm zur LT-Wahl 2017
- Zahlreiche Gespräche mit der Programmkommission zur LT-Wahl 2017
- Vorbereitung, Organisation und Durchführung der AfA-Nordkonferenz in Lübeck
- Vorschläge zu Gute Arbeit, Gute Bildung und zur Armutsbekämpfung
- zum Kurswechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung
- zur EEG-Umlage
- ungleiche Verteilung von Vermögen gefährdet Wohlstand
- mehrere Treffen und intensive Gespräche zur Gründung einer Pflegekammer in SH
- Vorbereitungen zur AfA-Landesdelegiertenkonferenz im Herbst 2017
- zum Erhalt der maritimen Kompetenz
- zur JAV an der UKSH-Akademie
- zur Beitragsfreiheit von der Kita bis zu Hochschule
- Schreiben an S. Gabriel zur Gleisanbindung und zum LNG-Terminal im Chemiepark Brunsbüttel
- Gespräche zum Tariftreue- und Vergaberecht im ÖPNV/ÖPSV im WiMi SH
- Schreiben an S. Gabriel zu den Änderungen im Seeschiffrechtsrecht
- Schreiben an den MP zur Mitbestimmung der Jugendlichen an der UKSH-Akademie
- EVG und AfA zu Ausschreibungen bei der Bahn
- Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz SH
- die gesetzliche Rente muss zum Leben reichen
- Rechenschaftsbericht zum Landesparteitag
- zur Logistikproblematik an der dänischen Grenze
- die Daseinsvorsorge muss raus aus der Schuldenbremse
- Infrastruktur und Straßenverkehr
- Steuerflucht beenden
- div. Anträge, die separat dargestellt werden
- Resolution zum Gerechtigkeitskongress in Berlin
- Weiterentwicklung des Tariftreue- und Vergaberechts
- Landesprogramm Arbeit
- offener Brief zum Ausgang der LT-Wahl 2017
- Gespräche zum Wahl- und Regierungsprogramm zur BT-Wahl 2017
- Rente muss auch in Zukunft reichen
- Aufwertung von sozialen Dienstleistungen
- Gute Pflege braucht ausreichendes Personal

- Stärkung der AfA in der SPD
- Für Stabilität und Sicherheit in der Arbeitswelt
- Geltendes Arbeitszeitrecht ist flexibel genug
- Zu Jamaika auf Bundesebene
- Brief an Martin Schulz zur Wahl des neuen Parteivorstands
- Aufgaben der Sozialdemokratie
- Zu Koalitionsverhandlungen von Union und SPD
- Landesmindestlohn muss in SH erhalten bleiben
- Produktivität ist in SH gegeben
- Zum Erhalt der Kriterien in der EFRE-Förderung
- 10-Punkte-Papier zur digitalen Transformation
- Ungleichheit und Unsicherheit bremst Gemeinwohl
- Sicher und Sozial – der Sozialstaat im Wandel
- Tariftreue muss bei öffentlicher Vergabe gelten
- Semester- und Auszubildenden-Ticket für SH
- Mitwirkung in der Kommission I der Nord SPD
- Vorbereitung, Organisation und Durchführung der AfA-Nordkonferenz in Elmshorn
- Finanzausgleich in der EU herstellen
- Für ein Europa der ArbeitnehmerInnen
- Statt bedingungsloses Grundeinkommen den Sozialstaat stärken
- AfA BarCamp in Rendsburg
- Eckpunkte zur Nachjustierung in der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- Vorbereitungen zur AfA-Delegiertenversammlung in der Nord SPD im Herbst 2019

Der AfA-Landesvorstand hat an allen

- Landesparteitagen;
 - Landesparteiratssitzungen;
 - Betriebs- und Personalräterunden der SPD Bundestagsfraktion;
 - Gewerkschaftsratssitzungen;
 - AfA-Bundesausschusssitzungen;
 - AfA-Bundeskonferenzen;
 - Arbeitnehmerempfangen der Landesregierung und des Landesverbandes;
 - div. Konferenzen und Kongressen im Willy-Brandt-Haus;
- teilgenommen.

Im Berichtszeitraum organisierte und führte der AfA-Landesvorstand auch die Veranstaltung zum politischen Aschermittwoch in Marne fort. In 2017 nahm Torsten Albig (MP SH), in 2018 nahmen die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen und Dr. Ralf Stegner sowie in 2019 Enrico Kreft, Spitzenkandidat der Nord SPD zur Wahl des Europäischen Parlaments, teil.

Im Zuge der Wahlkämpfe hat es diverse Veranstaltungen mit dem AfA-Landesvorstand und regiona-

len Mitgliedern des Landtages, des Bundestages, Ministern und mit Martin Schulz sowie diversen SPD- und AfA-Kreisverbänden gegeben. Die Mitglieder des AfA-Landesvorstandes waren zudem in vielen Aktionen des Wahlkampfes eingebunden.

Neuer AfA-Landesvorstand

Auf der regulären AfA-Landeskonferenz im Oktober 2017 wurde u. a. auch ein neuer Landesvorstand gewählt. Der neue Landesvorstand setzt sich aus folgenden Genoss*innen zusammen:

Frank Hornschu (KV Kiel), AfA-Landesvorsitzender Gabi Wegner (KV Steinburg) und Lena Lehmann (KV Kiel), stellvertretende AfA-Landesvorsitzende Beisitzer*innen: Sezai Elmali (KV Plön), Kirsten Jöhnck (KV RD-Eck.), Gabriele Wegner (KV Steinburg), Tobias Marx (KV Kiel), Peter Casper (KV SL-FL), Dirk Stock (KV Segeberg), Bernd Friedrich (KV Ostholstein), Daniela Jobke-Westhöfer (KV Segeberg), Rico Kroll, (KV Neumünster), Kay-Uwe Dohrn (KV Pinneberg), Yannic Hinz (KV RD-Eck.), Nils Düster (KV Lübeck), Nicole Petersen (KV RD-Eck.) und Katharina Mahrt (KV Kiel).

Die Konferenz hatte verabredet in den Erneuerungsprozess der SPD aktiv einzugreifen. Die AfA werde dazu entsprechende Konferenzen anbieten und inhaltliche Vorschläge unterbreiten.

Frank Hornschu, Landesvorsitzender
E-Mail: frank.hornschu@dgb.de
Homepage: www.afa.spd-net-sh.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)



Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung SH arbeitet aktiv für chancengleiche und zukunftsfähige Bildungs-

politik. Von der KiTa und Schule sowie Ausbildung bzw. Studium bis in den Beruf reichen unsere Themen.

Unser Landesvorstand trifft sich regelmäßig am 2. Mittwoch eines Monats. Neben der inhaltlichen und organisatorischen Arbeit haben wir diese Treffen auch für Fachgespräche und zum Aufbau bzw. zur Stärkung von Kontakten zu Personen und Organisationen genutzt.

Wir haben unsere Positionen entwickelt und arbeiten laufend auch in Arbeitskreisen (bspw. AK Inklusion) zusammen. Wir verfassen Preetexte, Stellungnahmen (Lehrkräftebildungsgesetz), Positionspapiere und sind in sozialen Medien präsent.

Auf Parteitagen leisten wir durch eigene Ideen und Anträge einen Beitrag. So wurde der Bildungsteil im Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2017 von uns mitgeschrieben. Wir bringen unsere Meinung und Standpunkte im SPD-Landesvorstand, in der Fraktion sowie den AfB-Bundeskonferenzen (bspw. Anträge zu den Themen Ausbildung Sozialpädagogischer Assistent*innen, BAföG und soziale Infrastruktur der Hochschulen) und Bundesausschüssen (bspw. Analyse der letzten drei Parteiprogramme hinsichtlich der bildungspolitischen Grundsätze der SPD für den AfB-Bundesverband) ein und haben als Vertreter*Innen der Arbeitsgemeinschaften aktiv in der Kommission 1 zur Parteierneuerung mitgearbeitet. Als strukturfördernde Maßnahme haben wir das Format Konferenz der Kreisverbände eingeführt. Wir freuen uns über die sehr positive Resonanz und Teilnahmezahl und wollen die Konferenz nun halbjährlich zwischen den Vollversammlungen durchführen.

Veranstaltungen und Beratungen fanden statt zu den Themen:

- Forcierung der Digitalisierung in der Schule
- Stärkung der Gemeinschaftsschulen & Chancengleichheit
- Schulsozialarbeit
- Lehrkräfteausbildung & -gewinnung
- Stärkung des Ganztags
- Reform der Oberstufe
- Inklusion
- Grundschule

Wir sind auf Gremiensitzungen und Parteitagen gut vertreten und stehen für die Partei, Abgeordneten und Verantwortlichen in Land und Kommunen für den fachlichen Austausch sowie auf Veranstaltungen als Diskussionspartner*innen zur Verfügung.

Auf der vergangenen AfB Vollversammlung am 07.10.2017 zum Schwerpunktthema Digitalisierung in der Schule, wurde turnusgemäß ein neuer Landesvorstand gewählt. Bildung erfordert, vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen, eine ständige Aufmerksamkeit und Entwicklung im Sinne einer gerechten Politik für alle! Die Digitalisierung ist ein Querschnittsthema und muss offensiv und beschleunigt in der Schule etabliert werden. Digitale Ausbildungsreife und digitale Lernmittelfreiheit sind hierbei zwei korrespondierende Teile. Die digitale Unterstützung des Unterrichts und des Schulalltags ist ein wichtiges Werkzeug zur Förderung von Inklusion und Chancengleichheit. Dies wollen wir sozialdemokratisch gestalten.

Mit einem deutlichen Ergebnis wurde Dr. Elke Krüger-Krapoth als neue Landesvorsitzende gewählt. Nach der Bildungskonferenz mit der Landtagsfraktion vom 22.09.2018 entwickeln wir derzeit eine weitere Bildungskonferenz zu den Themen Digitalisierung, Bildungsfinanzierung & Chancengleichheit sowie Inklusion am 16. Februar 2019.



V.l.n.r.: Sophia Schiebe, Thomas Löwenbrück (ausgeschieden), Claudia Fiege, Philipp Reimers, Dr. Elke Krüger-Krapoth (Vorsitzende), Dirk Diedrich, Fabian Reichardt, Johannes Kahlke (ausgeschieden), nicht auf dem Foto: Henning Evers (nachgewählt)

Dr. Elke Krüger-Krapoth
E-Mail: mail@afb-sh.de
Homepage: www.afb-sh.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60PLUS



Alle AG-Mitglieder werden über den Infolyer, der „Neues vom Landesvorstand der AG 60plus“ heißt, per Mail informiert.

Zu unserer Klausursitzung im Dezember 2017 in Bad Malente hatten wir Gesche Peters, ehemaliges Mitglied des Bundesvorstandes der AG60plus, eingeladen. Mit ihr wurden Ansätze zur demographischen Entwicklung und zu einem würdevollen Älterwerden in den eigenen vier Wänden diskutiert. Dabei wurde ein Vergleich zu der Entwicklung in den skandinavischen Ländern gezogen. Weitere Schwerpunktthemen waren die Rentenpolitik, der soziale, behindertengerechte und barrierefreie Wohnraum und unsere Organisation im Vorstand.

Wir kombinieren 2x jährlich eine Regionalkonferenz vor Ort mit einer Vorstandssitzung und interessanten Themen und Gästen, z. B. in Kiel mit OB Ulf Kämpfer, in Bad Schwartau mit den MdBs Bettina Hagedorn, Gabi Hiller-Ohm und Nina Scheer.

Birte Pauls als MdL und zuständiges Mitglied im SPD-Landesvorstand wurde immer eingeladen.

Andreas Hering war zum Thema Bürgerversicherung und Ralf Stegner zu allgemeinen Fragen der demographischen Entwicklung und der Notwendigkeit von Arbeitsgemeinschaften ebenso zu Gast.

Wir hatten mit dem „Arbeitskreis Soziales“ der Landtagsfraktion ein konstruktives Gespräch und konnten deutlich machen, dass wir eine Vielzahl von Themen haben, die die Zeitspanne der nachberuflichen Phase betrifft. Es geht u. a. um nachberufliche Weiterbildung, ehrenamtliches Engagement und um Mentoringmodelle im politischen Kontext. Ältere Menschen sind agil, aktiv und wollen vor allem ernst genommen und respektiert werden.

Mit Kathrin Wagner-Bockey (MdL) und Andreas Kropius (GdP) haben wir über mehr Präsenz der Polizei im ländlichen Raum diskutiert und unseren Antrag ergänzt.

Im Bundesausschuss wurden die Bundeskonferenz vorbereitet und Schwerpunkte erörtert. Die Bundeskonferenz der AG 60plus in Wolfsburg war ein voller Erfolg für uns, da unsere Anträge auf große Resonanz stießen und beschlossen wurden. Auch im Altenparlament waren wir erfolgreich. An den Neumitgliederkonventen in Rendsburg und in Neumünster haben wir aktiv mitgewirkt.

Die SPD will sich derzeit „reformieren“, andere sagen auch „erneuern“, und viele verstehen darunter „verjüngen“. Hier müssen wir Lebenserfahrenen uns stärker einbringen, denn nur ein gemeinsames Handeln von Jungen und Alten, Frauen und Männern, HandwerkerInnen und AkademikerInnen macht eine sozialdemokratische Politik aus, so wie wir sie im Landesvorstand der AG 60plus verstehen, gestalten und leben.

Kirsten Jordt hat durch die regelmäßige und konstruktive Teilnahme aktiv in der Kommission II für die AG 60plus am Reformationsdiskurs mitgewirkt.

Auf den Landesparteierratssitzungen sowie auf den Landesparteitage waren wir immer vertreten und haben unsere Anträge, wie z.B. bezahlbarer, barrierefreier und behindertengerechter Wohnraum, erfolgreich eingebracht.

Wir haben unsere Sitzungszeiten sowohl für die Vorstandssitzungen als auch für die Regionalkonferenzen auch am Samstagvormittag eingeplant, tagen aber überwiegend am dritten Dienstag im Monat vormittags.

Auf unserer Landeskonferenz am 31.10.2018 wurde

der Vorstand vergrößert, so dass die Aufgaben auf mehr Schultern verteilt werden können. Als Vorsitzende wurde Gerlinde Böttcher-Naudiet bestätigt.



V.l.n.r.: Hans-Peter Iversen, Kirsten Jordt, Heide Harris, Walter Günther, Uwe Tewes, Aletta Thies, Bernd Müller, Jürgen Asmussen, Ursula Bockskopf, Rolf Naumann, Gerd Brüning, Gerlinde Böttcher-Naudiet, Karl-Heinz Engkusen. Es fehlt Peter Westendorf.

Gerlinde Böttcher-Naudiet, Landesvorsitzende
E-Mail: gerlinde.naudiet@sw-nett.de
Homepage: www.spd-net-sh.de/ag60/

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT



Die Amtszeit des Ende 2016 neu gewählten Landesvorstandes unter dem Vorsitz von Özlem Ünsal stand

stark unter dem Einfluss der drei intensiven Wahlkämpfe: der Landtagswahl im Mai 2017, der Bundestagswahl im September 2017 und der Kommunalwahl im Mai 2018. Viele LAG-Mitglieder vor Ort waren stark in die Wahlkämpfe eingebunden und an unterschiedlichen Aktionen, Initiativen und Veranstaltungen beteiligt. Hier ist hervorzuheben, dass bei der Landtagswahl neben Serpil Midyatli auch die damalige LAG-Vorsitzende Özlem Ünsal in den Landtag gewählt wurde.

Zur Kommunalwahl haben wir Kandidierende mit Migrationsbiografie zu einem Vernetzungstreffen ins Landeshaus eingeladen und auf unserer Facebook-Seite vorgestellt. Es ist erfreulich, dass viele dieser Kandidaturen von Erfolg gekrönt waren. Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass Menschen mit Migrationsbiografie in den Parlamenten immer noch unterrepräsentiert sind. Wir wollen mithelfen, dass sich das ändert und eine bessere Vernetzung der bereits kommunalpolitisch Aktiven erreichen und die Vernetzungstreffen in geeigneter Form weiterführen.

In Rahmen der Vorstandsarbeit erfolgte ein Austausch mit verschiedenen Organisationen und Mandatsträger*innen wie Ralf Stegner, MdL, und Gabi Hiller-Ohm, MdB. Die AG nahm auch an zahlreichen Gremiensitzungen auf Landesebene teil und war im Rahmen des Erneuerungsprozesses der Landespartei in der Kommission III „Mitgliedentwicklung und Talentförderung“ vertreten. Im Berichtszeitraum fand zudem die Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt am 9./10. Juni 2017 in Berlin statt, auf der unser Vorstandsmitglied Christopher Keiichi Schmidt wieder in den Bundesvorstand gewählt wurde.

Neben den Wahlkämpfen hat sich die LAG inhaltlich vor allem mit den Themen Interkulturelle Öffnung, Anti-Rassismus, Geflüchteten- und Asylpolitik und Fragen wie der des zukünftigen Einwanderungs- und Diversitätsgesetzes beschäftigt.

Am 19. Dezember 2018 fand in Kiel die ordentliche Mitgliederversammlung der AG statt, auf der ein neuer Vorstand gewählt wurde. Özlem Ünsal hat hier den Staffelstab an Tarek Saad übergeben. Wir danken ihr und den anderen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit in den letzten Jahren.



Der neue AG-Vorstand hat beschlossen, Serpil Midyatlis Kandidatur als Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein zu unterstützen. Auf einer Klausurtagung Ende Februar 2019 hat der AG-Vorstand u.a. über folgende Punkte beraten:

- Vielfalt als zentrales Thema der AG, u.a. auch bessere Repräsentation von Menschen mit Migrationsbiografie in der Partei
- Zusammenarbeit in den Parteigremien und Präsenz auf Parteitag

- Öffentlichkeitsarbeit, auch in Zusammenarbeit mit der Fachsprecherin
- Vernetzung mit Gruppen außerhalb der SPD

Auch die Mitgliedergewinnung zählt weiterhin zu unseren Schwerpunkten.

Daher freuen wir uns über Kontakt von allen, die Interesse an unserer Arbeit haben, unter
E-Mail: migration.und.vielfalt@gmail.com

Tarek Saad, Landesvorsitzender
Facebook: facebook.com/muv.sh/
Instagram: instagram.com/MuV.sh/

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTSTÄNDIGE (AGS)



Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS) mit bundesweit mehr als 30.000 Mitgliedern ist die

älteste Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Ihre Mitglieder engagieren sich seit über 100 Jahren, um die politischen Rahmenbedingungen für Selbstständige zu verbessern.

Die AGS Schleswig-Holstein bringt auch unpopuläre Denkansätze zur Diskussion und hat sich die kompetente Behandlung von zielgruppenspezifischen Themen zur Aufgabe gemacht, wie z.B. die „Initiative für eine Reform der politischen Strukturen“, die bundesweit in den Ortsvereinen und im Bundesparteivorstand für angeregte Diskussionen sorgt.

Wir setzen Impulse

Steter Tropfen höhlt den Stein. Mit unseren Anträgen und Impulsen setzen wir frühzeitig Themen auf die Tagesordnung im Land, im Bund und in Europa. Ideen haben so durch unsere Anträge auf Parteitag oder durch Gespräche mit unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu Erfolgen geführt. Dies führte in diesem Berichtszeitraum u.a. zum

- GKV-Entlastungsgesetz
- Unternehmertum in der Schulbildung
- Gesetzentwurf Soloselbstständige

Weiterhin haben wir uns Schwerpunkte gesetzt wie:

- Ausbau sozialer Dienstleistungen
- Wirtschaft in den Schulen
- Industrie 4.0
- Masterplan Handwerk

- Exzellente Designwirtschaft – gerechte Honorare
- Straße, Schiene, Wasserwege
- Kreativität fördern
- Zukunftsinvestition Forschung

Weiterhin setzen wir uns ein für:

- starke Nachhaltigkeit der politischen Entscheidungen
- dass Subventionen abgebaut und zeitlich begrenzt werden
- Selbstständigkeit und Unternehmertum sollen wertgeschätzt werden

Auf der ordentlichen Vollversammlung am 17. November 2017 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Dem Landesvorstand gehören an: Guenther Hansen (Vors.), Peter Gottschalk und Kai-Olaf von Wolff (stellvertr. Vors.), Marco Freitag, Sven Kaerkes, Rosemarie Krüzfeld, Torsten Meyer-Bogya, Ralph Müller-Beck, Markus Ropilles, Christian Schröder, Regina Selke (Beisitzerin/Beisitzer).

Der Landesvorstand tagt im 6-wöchentlichen Rhythmus und ging zweimal in Klausur. Im AGS-Bundesvorstand werden wir von Kai-Olaf von Wolff vertreten.

An den Bundeskonferenzen, Bundesausschüssen, dem Landesparteirat und Landesparteitagen nahmen wir regelmäßig teil und haben uns mit vielen Anträgen, nicht nur zu wirtschaftspolitischen Themen, an der Gestaltung der Landes- und Bundespolitik beteiligt.

Mit der AGS Lübeck und AGS Lauenburg wurden zwei weitere AGS auf Kreisebene gegründet, damit ist in Lübeck und im Herzogtum Lauenburg der weiße Fleck getilgt.

Die AGS-Denkfabrik öffnet ihre Tore: „Räume zum Denken, Aufbruch, Entwicklung und Lernen“ haben wir uns für 2019 auf die Fahnen geschrieben.

Wer an der Architektur von Gesellschaft, Wirtschaft und Partei feilen, neue Strategien erarbeiten und nachhaltige Entwicklungsprozesse anstoßen möchte, ist herzlich eingeladen, sich an der Denkfabrik der AGS zu beteiligen.

Jeder, Jede kann mitmachen: Unternehmerinnen, Unternehmer, Managerin, Manager, Führungskräfte, Wissenschaft und Studierende. Es geht um die Gestaltung eines stabilen wirtschaftlichen Fundaments als Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein Fundament, das für Wohlstand und Chancengleichheit sorgt und für Menschen auf

vielfältige Weise Möglichkeiten schafft, füreinander einzustehen.

Guenther Hansen, Landesvorsitzender
E-Mail: presse@AGS-Schleswig-Holstein.de
Homepage: www.ags-schleswig-holstein.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)



Zu ihrer Landeskonferenz am 8. September 2018 in Schönberg, Kreis Plön, hatte die ASF Schleswig-Holstein

auf das Vollversammlungsprinzip umgestellt, um auch interessierten Genossinnen ohne eigene Kreis-ASF eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen.

Der ASF-Landesvorstand wurde neu gewählt und besteht aus:

Vorsitzende Dr. Cornelia Östreich (HL), Stellvertreterinnen: Layma Balyk (PLÖ), Gerlinde Böttcher-Naudiet (STEI), Silke Brandt (SE), Anja Bull (RD-Eck), Franka Dannheiser (NMS), Susanne Kalweit (KI).

Die Vorstandssitzungen finden möglichst monatlich statt und sind - bis auf Klausursitzungen - offen für Genoss*Innen und Gäste (Termine s. Website, <http://asf.spd-schleswig-holstein.de>).

Auch frühere Vorstandsfrauen, wie Annette Schlichter-Schenck (OH) und Christiane Buhl (RD-ECK), bringen sich weiterhin in die ASF-Arbeit ein – was wir sehr schätzen!



Neu gewählter ASF-Vorstand mit Gästen

Die ASF Schleswig-Holstein hat sich frühzeitig und deutlich gegen die Neuauflage einer Großen Koalition positioniert und steht zu diesem Beschluss! Andere Anträge, die noch der Zustimmung durch die Gesamtpartei harren, sind (in Auswahl): Abschaffung des Ehegattensplittings, verbindliche Regelungen zur Entgeltgleichheit zwischen Frauen

und Männern, Trennung von Kirche und Staat, freiwillige „Doppelspitze“ in allen Parteigliederungen, geschlechterparitätisches Urwahlverfahren für Parteivorsitz und Spitzenkandidaturen, « Parité »-Gesetz (mindestens nach Brandenburger Vorbild).

Erfolgreich waren wir unter der vorigen SPD-Landesregierung z.B. mit der Reform des Gleichstellungsgesetzes, der paritätischen Besetzung von Aufsichtsräten und kommunalpolitischen Spitzengremien und mit Forderungen zum Schutz geflüchteter Frauen und Mädchen.

In den drei Kommissionen zur Erneuerung der SPD im Norden nehmen ASF-Vertreterinnen aktiv teil und haben viele zukunftsweisende Vorschläge vorgelegt, um deren Unterstützung wir euch auf diesem Parteitag bitten!

2019 steht im Zeichen der Europawahl. Zu den programmatischen Leitlinien der SPD Schleswig-Holstein für den 26. Mai hat die ASF zahlreiche Forderungen beigetragen: von Gleichstellungspolitik und Minderheitenschutz bis zu Frieden und Abrüstung. Außerdem stützten wir die Kandidatur einer Frau – was nun mit Listenplatz 5 für Delara Burkhardt Wirklichkeit geworden ist. Als ASF freut uns auch der Listenplatz 3 für unsere Bundesvorsitzende Maria Noichl, Platz 15 für die langjährige Bundesstellvertreterin Evelyne Gebhardt sowie die „Huckepackkandidatur“ auf Platz 5 für unsere Landesvorsitzende Cornelia.

An „100 Jahre Frauenwahlrecht“ erinnerte die ASF Schleswig-Holstein mit einem Plakat (siehe rechts), das bundesweit Anklang fand und nach wie vor im SPD-Shop abrufbar ist, mehreren Pressemitteilungen und der Mitwirkung an zahlreichen Veranstaltungen – zuletzt dem Fest des SPD-Landesverbandes am 16. November 2018 in Kiel.

2019 geht es mit dem Erinnern weiter: dann an die erste Wahlbeteiligung von Frauen in Deutschland.

Weitere Funktionen der ASF-Landesvorstandsmitglieder (in Auswahl):

- Cornelia ist eine der vier stellvertretenden Vorsitzenden der Bundes-ASF (s.o.)
- Gerlinde ist Landesvorsitzende der AG 60plus und Vorstandsmitglied im schleswig-holsteinischen Landkreistag.
- Silke ist aktiv in Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der SPD Segeberg.
- Franka ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Neumünsteraner Rat.
- Susanne ist Sprecherin des AK Geschichte der SPD

Kiel.

- Layma ist Beisitzerin im Kreisvorstand der SPD Plön und Kreisvorsitzende der AsF Kreis Plön.
- Anja ist stellvertretende Bürgervorsteherin und ASF-Vorsitzende in Kronshagen.



Cornelia Östreich, ASF-Landesvorsitzende
E-Mail: c-t.oestreich@kabelmail.de
Homepage: <http://asf.spd-schleswig-holstein.de/>

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATEN/INNEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)



In der ASG Schleswig-Holstein engagieren sich Genossinnen und Genossen aus den Bereichen Medizin,

Pflege, Wohlfahrtsverbänden, Krankenhäuser und Krankenversicherungen. Sie nehmen gesundheitspolitische Aufgaben in der Partei und in der Öffentlichkeit wahr und tragen zur gesundheitspolitischen Meinungsbildung in der SPD und in der Gesellschaft bei.

„ASG Vor Ort!“

Der ASG-Landesvorstand versteht sich als Bindeglied zwischen unser Landespartei und den gesell-

schaftlich relevanten Verbänden und Institutionen des Gesundheitswesens. Deshalb hat der ASG-Landesvorstand unter dem Motto „ASG vor Ort!“ auch in den vergangenen zwei Jahren Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege im Land besucht und dabei wichtige Impulse für die inhaltliche Arbeit erhalten. Darüber hinaus standen auch zahlreiche regionale Aktivitäten und Diskussionsveranstaltungen der ASG zum Thema Bürgerversicherung in den Kreisverbänden im Mittelpunkt.

„Bauer sucht Arzt!“

Die im Jahr 2017 gestartete Veranstaltungsreihe der ASG zur Zukunft der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum wurde auch in den letzten zwei Jahren fortgesetzt, um neue Wege und innovative Ideen bei der Nachwuchssicherung für die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu finden. Immer mehr Hausärzte gehen in den kommenden Jahren in den wohlverdienten Ruhestand. Und Nachwuchs ist kaum in Sicht. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, sind neue Wege gefragt, um die zukünftige medizinische Versorgung vor allem im ländlichen Raum sicherzustellen.

„Unser Ziel: Die Bürgerversicherung!“

Die ASG wurde 1913 auf Initiative sozialdemokratischer Ärztinnen und Ärzte mit dem Ziel einer Gesundheitsversorgung ohne Klassenschranken gegründet. Dieses Leitmotiv ist auch heute noch Ansporn für die Arbeit der ASG Schleswig-Holstein. Wir kämpfen deshalb weiter für die Einführung der Bürgerversicherung!

ASG-Landesvorsitzender: Andreas Hering

Telefon: (04321) 400912

E-Mail: andreas-hering@online.de

Homepage: www.asg.spd.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT SPDqueer



Die SPDqueer - Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung - vertritt die Interessen der LSBTIQ*-Community außer- und innerhalb der SPD in Schleswig-Holstein.

Die SPDqueer SH kämpft:

- für die vollständige Gleichstellung von Paaren gleichen und unterschiedlichen Geschlechts
- gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie
- für den Abbau von Vorurteilen und für die Beseitigung jedweder Diskriminierung insbesondere aufgrund der sexuellen Orientierung.

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft in Schleswig-Holstein, die von Respekt geprägt ist und in der jeder Mensch willkommen ist.

Themenschwerpunkte der SPDqueer SH im Berichtszeitraum:

- Ehe für Alle (Einführung zum 1. Oktober 2017)
- Vollständige Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 nach § 175 StGB verurteilten
- Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden
- Bündnis gegen Homophobie
- 17. Mai – Internationaler Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie

Aktivitäten im Berichtszeitraum:

- 5 Vorstandssitzungen in 2017 & 2018
- 1 Vollversammlung mit Vorstandswahlen (Februar 2018)
- Unterzeichnung der „Lübecker Erklärung für Akzeptanz und Respekt“ als Partner im „Bündnis gegen Homophobie Schleswig-Holstein“
- 2 Nordkonferenzen mit Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen in Hannover und Hamburg (2018 & 2019)
- Bundesausschuss in Krefeld (April 2018)
- Bundeskonferenz in Saarbrücken (Oktober 2018)
- Präsenz auf den CSD-Empfängen der Landeshauptstadt Kiel und dem erstmaligen CSD-Empfang des Landtagspräsidenten im Landeshaus
- Teilnahme an Veranstaltungen am 17. Mai – Internationaler Tag gegen Homophobie in Flensburg sowie in Rendsburg
- Gespräche mit den Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Flensburg und der des Kreises Rendsburg-Eckernförde
- Gespräche mit Vereinen und Verbänden der LSBTIQ*-Community z.B. der Haki e.V.

Wiederkehrende Aktivitäten:

- regelmäßige Teilnahme am „Runden Tisch- Echte Vielfalt“ in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes SH und den verschiedensten Vereinen und Verbänden in der LSBTIQ* - Community
- Teilnahme und Kranzniederlegung bei der Gedenkveranstaltung für die verfolgten Homosexuellen im Nationalsozialismus in Lübeck
- Infostand beim CSD in Kiel und Begleitung der Demonstration mit einer Fußgruppe
- Präsenz am Infostand der SPD Lübeck anlässlich des Christopher-Street-Day in Lübeck bei dem wir uns auch in diesem Jahr zum 6. Mal in Folge mit einem Truck an der Demonstrationstour beteiligen werden



Planung für 2019 und 2020

- Lebensbedingungen für LSBTIQ*s im Alter
- Verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Landesarbeitsgemeinschaften in SH

Im Namen der SPDqueer SH bedanke ich mich bei allen Genoss*innen für die Unterstützung in allen Angelegenheiten. Besonderen Dank gilt meinen Stellvertretern sowie dem Vorstandsteam.

Maik Grill, Landesvorsitzender der SPDqueer
Kontakt: info@SPDqueerSH.de oder
www.facebook.com/spdqueer.sh

ARBEITSKREIS DIGITALE GESELLSCHAFT

Der Arbeitskreis Digitale Gesellschaft hat sich im Berichtszeitraum unter anderem mit den Themen „Digitale Bildung“ und „Digitale Parteilarbeit“ beschäftigt. Außerdem wurde die Veranstaltungsreihe in der Starterkitchen fortgesetzt.

Auf der Jahreshauptversammlung 2017 wurde das neue Sprecher*Innen-Team gewählt. Nachdem Sven Thomsen aus beruflichen Gründen sein Amt als Sprecher niedergelegt hatte, wurde die bisherige stellvertretende Sprecherin Anke Johanßon zur neuen Sprecherin gewählt. Moritz Karg und Isabell Weiß vervollständigen das Team als neue Stellvertreter*Innen. Der AK dankt Sven für seine langjährige Arbeit und vielfältige fachliche und technische Unterstützung!

Die Jahreshauptversammlung war mit einem Workshop verknüpft. Sven Thomsen stellte den Mini-Computer Calliope vor. (<https://calliope.cc/>) Ziel dieses Projektes ist es, jedem Kind ab der 3. Klasse den spielerischen Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen. Die Calliope besteht aus einer Platine mit verschiedenen Sensoren, die über eine grafische Benutzeroberfläche programmiert werden können. So können Kinder und Erwachsene einen ersten Einstieg in die Programmierung finden.

Im Februar 2018 setzen wir unsere Diskussionsreihe in die Starterkitchen fort und trafen uns zum Thema „Calliope & Co. Digitale Bildung ein reiner Wirtschaftsfaktor?!“.

Vertreten waren Simone Lange, Oberbürgermeisterin von Flensburg, Stefan Hansen-Oest, Rechtsanwalt und Datenschutzexperte sowie Ralf Hübner, stellv. Schulleiter der IT-Modellschule Gymnasium Neustadt. An diesem Abend haben wir das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Wie sieht eine digitale Schule aus? Ralf Hübner aus Neustadt i.H. hat uns hier interessante Einblicke gegeben. Simone Lange als Vertreterin der Schulträger berichtete über die Möglichkeiten zur Ausstattung und Finanzierung von digitalen Schulen. Stefan Hansen-Oest erläuterte die Anforderungen der Wirtschaft an junge Schulabgänger.

Auf der Jahreshauptversammlung im Juni 2018 und weiteren Sitzungen hat sich der AK mit dem

Digitalisierungsprogramm der Landesregierung auseinandergesetzt.

Im August 2018 hatten wir Sebastian Jahntz aus HH-Altona und einige Mitstreiter zu Gast. Sie haben in Hamburg den digitalen Ortsverein „Dockland“ (<https://dockland.spd-hamburg.de>) gegründet. Sie wollten damit allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, ohne physische Präsenz ihr Mitgliederrechte wahrzunehmen. Vorausgegangen war der Neugründung die Überlegung, dass sich die OV-Arbeit in den letzten Jahren stark gewandelt hat. Die verschiedenen Anforderungen wie Mitgliederbetreuung, politische Arbeit, Parteiarbeit und anderes ließen sich nicht mehr mit den Engagementgewohnheiten und Ansprüchen der Mitglieder vereinbaren. Der digitale Ortsverein sollte eine Art ständige Mitgliederversammlung sein.

**Weitere Termine und Neuigkeiten gibt es unter <https://akdigitalesgesellschaft.de>
Das Sprecher*innen-Team Anke Johanßon, Isabell Weiß und Moritz Karg**

ARBEITSKREIS SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN



1. Selbstverständnis

Wir wollen den Dialog zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften

und der Politik fruchtbar machen. Deshalb führen wir das Gespräch mit Kirchen, kirchlichen Verbänden und Gruppen. An zentralen Ereignissen, wie z.B. Katholiken- und Kirchentagen, nehmen wir teil und stellen uns der Diskussion. Eine Parteizugehörigkeit ist keine Voraussetzung für die Teilnahme. Der AK tagte regelmäßig im Gebäude des Katholischen Büros Kiel und des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (Kiel); wir bedanken uns ganz herzlich für die Gastfreundschaft!

2. Aktivitäten

- Die Vorsitzende des Bundes-AK „Christen in der SPD“, MdB Kerstin Griese, Berlin, war Gast auf der Vollversammlung des Arbeitskreises „SPD und Kirchen“ zu Beginn 2018. Sie sprach sich u.a. für die Erarbeitung eines neuen Grundsatzensprogramms der SPD aus, um den aktuellen

Herausforderungen gerecht zu werden. So sei die Digitalisierung mit ihren Konsequenzen nicht im Hamburger Programm berücksichtigt, habe aber erhebliche ethische und soziale Auswirkungen.

- Als neue Leitung des AK „SPD und Kirchen/ Religionsgemeinschaften“ in Schleswig-Holstein wählten die Mitglieder einstimmig Rolf Fischer und Marco Chwalek. Großer Dank ging an Bärbel Boy, die nicht wieder für die Leitung kandidiert hatte.



- Der AK forderte die Landesregierung auf, den Dialog mit den jüdischen Gemeinden in SH zu intensivieren. In diesem Zusammenhang begrüßt es der AK, dass mit beiden jüdischen Gemeinden mittlerweile neue Staatsverträge abgeschlossen wurden. Damit ist eine zentrale Forderung, die wir seit geraumer Zeit gestellt haben, erfüllt.

- Ein wichtiges Ereignis in 2018 war unser Besuch der Synagoge in Bad Segeberg. Sowohl beim Rundgang als auch in einem intensiven Gespräch diskutierten wir die aktuelle Situation der jüdischen Bürger*Innen in Schleswig-Holstein und in Deutschland mit Vertreter*Innen der Gemeinde. Einigkeit bestand darin, dass dem aufkommen- den Antisemitismus energisch widersprochen werden muss, Dabei zeigen die Erfahrungen, dass es antisemitische Aktivitäten nicht nur in rechtsradikalen Kreisen, sondern auch in Teilen des Islam und der extremen Linken gibt.

- Der AK hat noch einmal seine Haltung zum Islamunterricht deutlich gemacht: Das Angebot eines eigenen Islamunterrichts in den staatlichen Schulen ist in diesem Zusammenhang wichtig. Dieser Unterricht müsse aber auf Deutsch und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften durchgeführt werden. Das sei eine unverzicht-

bare Bedingung. Auch müsse die Ausbildung der Lehrkräfte an deutschen Hochschulen erfolgen. Hier könne Schleswig-Holstein durch die Einrichtung eines Islam-Lehrstuhls wichtige Vorarbeiten leisten.

- Es kam zum regelmäßigen Austausch des AK mit der Beauftragten für Landespolitik der evangelischen Kirche in Norddeutschland und der Leiterin des Erzbischöflichen Amtes.

- Der AK hat sich in mehreren „Brainstorming-Runden“ mit den Reformbemühungen innerhalb der beiden großen christlichen Kirchen auseinandergesetzt und plant eine Informationsveranstaltung in 2019 durchzuführen.

- Im Oktober 2018 hat Rolf Fischer einen sehr gut besuchten Vortrag zu „Die Kirchen und die Revolution von 1918“ in der Lukas-Kirche in Kiel gehalten. An der Veranstaltung nahmen auch etliche Mitglieder des AK teil.

3. Perspektiven

Der AK war wieder vertreten auf der Berliner Vollversammlung des Arbeitskreises Christen in der SPD.

Leider nur sehr wenige Kontakte unseres Sprecher*innenkreises gab es im Berichtszeitraum zu den entsprechenden AK in M/V und HH; Ziel bleibt ein gemeinsames Treffen.

Der AK wird Anfang 2019 die Planungen für seine weiteren Aktivitäten vornehmen.

Marco Chwalek - Rolf Fischer

EUROPAFORUM



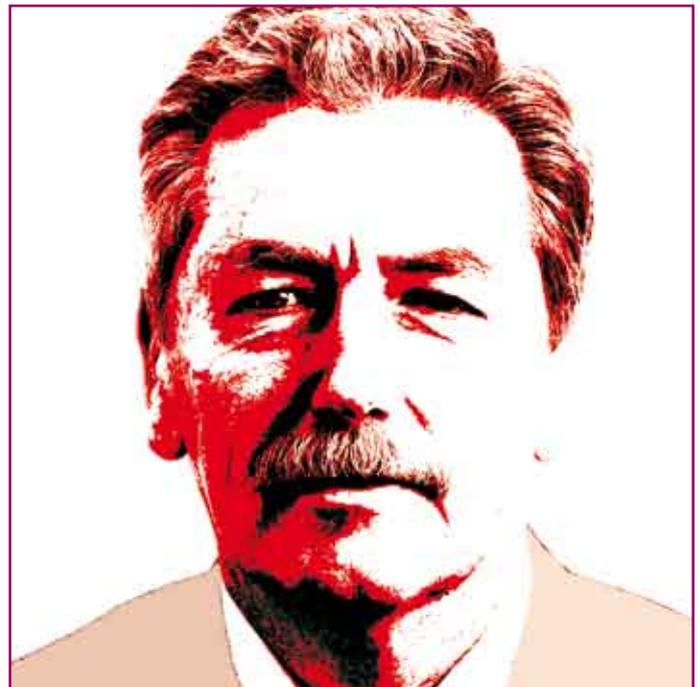
Der Vorstand des EuropaForums hat sich ein klares Selbstverständnis geschrieben und Schwerpunktthemen für die politische Arbeit entwickelt:

Innerhalb der Sozialdemokratie wollen wir präsent sein, um der SPD ein Europa-Gesicht zu geben. Dazu wollen wir uns in der Partei vernetzen und inhaltliche Positionen vertreten sowie Auseinandersetzungen im Sinne eines sozialen und demokratischen Europas führen. Außerhalb der Sozialdemokratie wollen wir mit unseren europäischen Themen solch eine Wirkung erzielen, dass wir Teil einer europäischen Öffentlichkeit werden. Eine europäische Demokratie braucht eine europäische

Öffentlichkeit. Sie braucht eine europäische Bürgerschaft. Das geht nur mit europäischen Bürgern, die sich um solch eine Öffentlichkeit kümmern. Die SPD muss sich insgesamt mehr um europäische Politik kümmern. Die Forderung ist daher so alt wie sie richtig bleibt: Europäische Politik gehört nicht nur zu Europawahlkampfzeiten auf die politische Agenda. Sie ist nicht nur Aufgabe und Steckenpferd einiger „Europäer*Innen“, sondern muss Thema der gesamten Partei sein. Das EuropaForum sieht sich als Motor für diese Aufgabe. Wir wollen die inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung voranbringen.

Willi Piecyk Preis

Zum vierten Mal verliehen der SPD Landesverband Schleswig-Holstein und das EuropaForum 2018 den Willi-Piecyk-Preis. Willi Piecyk war ein ganz besonderer Mensch und Sozialdemokrat, der sich von 1992 bis zu seinem Tod 2008 in besonderem Maße für die europäische Idee eingesetzt hat.



Mit diesem Preis möchten wir ihn und seine Verdienste würdigen und andere unterstützen, die sich in seinem Sinne engagieren.

In diesem Jahr würdigte der Preis unter dem Motto „Vorwärts, Europa!“ Ideen, die Europa kreativ und innovativ vermitteln, die sich aber auch kritisch und konstruktiv mit der EU beschäftigen. Europa kann Spaß machen, bereichert das Leben, gibt Einblick in die Vielfalt anderer Kulturen. Bewerben konnten sich Europaschulen, Ausbildungsbetriebe, Start-ups sowie alle, die sich angesprochen fühlen und die dazu beigetragen haben, für die Idee des gemeinsamen europäischen Zusammenwirkens geworben oder dieses mit Leben erfüllt haben.

Über die Preisvergabe hat eine unabhängige Jury entschieden. Ihr gehörten dieses Mal an:

- Wolfgang Baasch, MdL
- Harm Brandt (Campus Business Box e.V.)
- Lisa Kühn (Europäische Bewegung SH)
- Enrico Kreft (Sprecher EuropaForum SH und Mitglied des Landesvorstands)
- Silke Langmaack (Sprecherin Pulse of Europe Lübeck)
- Ulrike Rodust (MdEP)
- sowie die Kinder von Willi Piecyk: Bente Kirschenstein und Malte Piecyk

Die Jury war von der Vielfalt, den innovativen Ideen und dem großen Engagement beeindruckt. Jede der 10 Bewerbungen hat große Anerkennung verdient.

Der Preis in Höhe von insgesamt 2.000 Euro wurde gleich an drei Preisträger*Innen verliehen. Besonders möchte die Jury Projekte mit Beteiligung Jugendlicher würdigen.

Weitere Infos unter: www.spd-schleswig-holstein.de/2018/08/24/drei-ausgezeichnete-europaprojekte/

Über uns

Wir treffen uns mindestens einmal im Quartal. Der Sprecher nimmt zudem regelmäßig an den Sitzungen des Landesparteirats und den Sitzungen der Europapolitischen Kommission in Berlin teil und steht im Austausch mit anderen Sprecher*Innen im Bundesgebiet.

Das Sprecher*innenteam des EuropaForums besteht aus Enrico Kreft, Gesa Grube und René Hendricks. Den Blog findet ihr hier: europaforum.spd-schleswig-holstein.de.

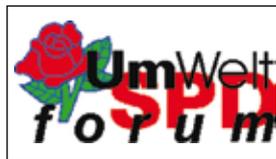
Kontakt: Enrico Kreft

E-Mail: contact@enrico-kreft.eu,

Blog des EuropaForums:

europaforum.spd-schleswig-holstein.de.

UMWELTFORUM



Für das Umweltforum (UfO) sind als Sprecher*innen im Berichtsjahr Sandra Redmann und Wolfgang Vogel

tätig gewesen. Die Geschäftsführung erfolgt seit 1996 durch Eckart Kuhlwein.

Folgende Arbeitskreise sind im Rahmen des Umweltforums tätig:

-Landwirtschaft: Vertreterin Kirsten Eickhoff-Weber,

-Energie: Thomas Hölck, Nina Scheer,

-Naturschutz: Sandra Redmann, Stefan Rathgeber.

Sie haben im Berichtsjahr ergänzend zu den Sitzungen der Lenkungsgruppe wie folgt getagt:

-AK Energie: Sitzung am 26.3., 17.00 Uhr in Neumünster

-AK Naturschutz: Sitzung am 25.4. in Kiel.

-AK Landwirtschaft: keine gesonderte Sitzung wegen der Beratung der Themen in der Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe des UfO hat im Berichtsjahr vier Sitzungen mit einer Beteiligung von 15 bis 25 Mitgliedern durchgeführt.

Bei den Sitzungen wurden mit den Vertreterinnen und Vertretern des AK Umwelt, Energie und Landwirtschaft der SPD-Landtagsfraktion die aktuellen Aspekte der verschiedenen Politik-Bereiche erörtert. Folgende Schwerpunkt- Themen wurden erörtert:

-Landesentwicklungsplan, Regionalplanung

-Gemeinsame Agrarpolitik EU -GAP 2020-

-Auswirkungen der Sommerdürre auf die Landwirtschaft

-Glyphosat

-Landesdüngemittelverordnung

-CRISPR/CAS

-Dauergrünlanderhaltungsgesetzes

-Kastration von Ferkeln ohne Betäubung

-Tierwohllabel

-Wolf

-Landesregulierungsbehörde

-Stickoxide

-Atomstrom

-Energiebeirat

-Novelle Landeswaldgesetz

-Kunststoffverpackungen von Lebensmitteln

-Neonikotinoide

-Schaf- und Ziegenhalter*Innen

- Lebensmittelverschwendung
- Haltungskennzeichnung
- Tariftreue- und Vergabegesetz
- Freigegebene Abfälle aus den AKW
- Plastik-Verpackungen
- 10 Thesen von Ralf Stegner zur sozialen Gerechtigkeit.

Anträge zum Landesparteitag am 3. November 2018

- Dieselkraftstoff stärker besteuern
- Aufnahme der Umweltpolitiker*innen in die Liste der Arbeitsgemeinschaften

Eckart Kuhlwein, Geschäftsführer
E-Mail: kuhlwein@naturfreunde.de
Homepage: www.spd-net-sh.de/ufo

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK e.V. (SGK)

Die SGK ist ein eingetragener Verein, in dem sich sozialdemokratische Kommunalpolitiker*Innen zum Austausch von Informationen und Meinungen, zum Zwecke der Weiterbildung sowie der Optimierung ihrer kommunalpolitischen Aktivitäten organisiert haben.

Nach den Beschlüssen der Bundes-SPD „Starke Kommunalpolitik nur mit der SGK“, haben auch in Schleswig-Holstein die Landesvorstände von SPD und SGK in einem Grundsatzbeschluss ihre Zusammenarbeit vereinbart. Die SPD hat sich darin verpflichtet, alle kommunalpolitisch tätigen Mitglieder zur Mitgliedschaft in der SPD aufzufordern. Zudem gibt die Vereinbarung allen SPD-Mitgliedern die Möglichkeit, sich bei der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben von der SGK beraten und begleiten zu lassen.

Im Oktober 2017 wurde in Neumünster der neue SGK-Landesvorstand gewählt. Als Vorsitzender wurde Dr. Andreas Koeppen wiedergewählt, Stellvertreterinnen sind Dörte Köhne-Seiffert, Simone Lange und Beate Raudies.

Die Seminarreihe „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ wurde weitergeführt. Die Seminare in 2019 sind bereits ausgebucht. Folgeseminare sind in Planung. Mit der „Etwas anderen Kommunalwahlkampagne“ hat die SGK vor der letzten Kommunalwahl den Ortsvereinen ein neues

Wahlkampfkonzept angeboten. Diese Kampagne lief in vielen Ortsvereinen des Landes sehr erfolgreich, weil es viele Parteimitglieder motivierte, mit neuen Elementen den Wahlkampf zu gestalten.

Auf der SGK-Mitgliederversammlung im September 2018 hat uns der ehemalige Finanzminister Hans Eichel mit einer trefflichen Analyse und prägnanten Thesen von Wegen aus der derzeitigen Krise der SPD überzeugt.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2018 in Kassel wurde Thies Thiessen erneut in den Bundesvorstand gewählt.

Besonders erfolgreich waren die Ergebnisse bei den von der SGK betreuten Bürgermeister*Innenwahlen. So wurde Peter A. Kokocinski mit nur vier Stimmen Vorsprung zum neuen Bürgermeister von Schönberg gewählt. Auch Julia Samtleben zog mit nur 19 Stimmen Vorsprung ins Rathaus von Stockelsdorf ein. Oliver Schmidt-Gutzat löste in der Stichwahl mit über 57 % den Amtsinhaber der Kreisstadt Heide ab. Und in Bad Bramstedt war Verena Jeske gegen den langjährigen Amtsinhaber mit 58 % erfolgreich.

Kontakt:
SGK-Schleswig-Holstein, Tel. 04621-27110,
Geschäftsführer: Thies Thiessen & Gerhard Schulz
E-Mail: SGK-Landesverband-SH@spd.de
Homepage: sgk.spd-schleswig-holstein.de



DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

*Von Birgit Herdejürgen,
parlamentarische Geschäftsführerin*

Der folgende Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, die hier nicht explizit aufgeführt sind. Ihr findet Informationen zu den einzelnen Arbeitskreisen auf unserer Internetseite. Als regelmäßiger Austausch hat sich unsere „Kommunale Runde“ bewährt, zu der wir weiterhin einladen werden. Sprecht uns an, wenn bestimmte Themen aus eurer Sicht behandelt werden sollen. Darüber hinaus haben wir neben Veranstaltungen zu bestimmten aktuellen Themen Veranstaltungsformate wie z.B. den Sozialratschlag oder die Europa-Akzente, mit denen wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, die aber selbstverständlich für alle Genossinnen und Genossen offen sind.

Einmal im Quartal lädt unser Fraktionsvorsitzender zum „offenen Büro“ ein. Mit Regionalkonferenzen oder auswärtigen Fraktionssitzungen gehen wir auch in die Fläche. Auf all diese Diskussionen mit euch und mit den Menschen in Schleswig-Holstein freuen wir uns.

Besuchsreihen des Fraktionsvorsitzenden und der Fachsprecher*innen verstärken Schwerpunkte unserer Arbeit. Durch Bereisungen der Arbeitskreise und der Fraktion in andere Bundesländer intensivieren wir Kontakte, sammeln neue Ideen und koordinieren gemeinsame Initiativen bundesweit.

Nach den Plenartagungen erscheint jeweils ein Newsletter, der die wichtigsten Themen der betreffenden Tagung aufgreift und auf weiterführende Informationen verweist. Er wird vom Landesverband an alle Mitglieder mit E-Mail-Adresse verschickt.

Alle Materialien sind auf unserer Website www.spd-fraktion-sh.de eingestellt (im Download-Bereich bzw. Newsletter).

Der Geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ralf Stegner (Fraktionsvorsitzender), Serpil Midyatli (Stellvertreterin), Martin Habersaat (Stellvertreter und Vorsitzender AK Bildung), Birte Pauls (Stellvertreterin und Vorsitzende AK Soziales) und Birgit Herdejürgen (Parlamentarische Geschäftsführerin). An den Sitzungen nimmt

Kirsten Eickhoff-Weber als Landtagsvizepräsidentin beratend teil.

Dem erweiterten Fraktionsvorstand gehörten zusätzlich die Vorsitzenden der Facharbeitskreise an: Kai Dolgner (Innen und Recht), Thomas Hölck (Wirtschaft und Verkehr), Regina Poersch (Europa), Beate Raudies (Finanzen), Sandra Redmann (Umwelt und Energie).

Wir besetzen seit Anfang der Legislaturperiode mit Wolfgang Baasch (Europa), Thomas Rother (Finanzen) und Kai Vogel (Zusammenarbeit mit Hamburg) drei Ausschussvorsitze.

BILDUNG

Die Bildungspolitik, besonders die Schulpolitik, ist traditionell eines der landespolitischen Themen, die am stärksten umstritten sind. Es gibt wenige Themen, die so viele Menschen betreffen wie die Schulpolitik; deshalb wird die Diskussion darüber nicht immer rational geführt.

Zu unserer unerwarteten Wahlniederlage im Mai 2017 hat sicher auch die populistische Kampagne der CDU mit beigetragen, alle Gymnasien wieder von G8 auf G9 umzustellen, obwohl es in der Vergangenheit gerade CDU und FDP waren, die sich am lautstärksten für eine Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium auf acht Jahre eingesetzt hatten.

Bei der Regierungsbildung zwischen CDU, GRÜNEN und FDP ging das für Schulen, Hochschulen und Kultur zuständige Ministerium an die CDU. Der Koalitionsvertrag enthält sehr detaillierte Festlegungen, weil in diesem Bereich die unterschiedlichen Auffassungen zwischen CDU und FDP einerseits und GRÜNEN andererseits besonders ausgeprägt waren.

Die von der Küstenkoalition – gerade auf Drängen der GRÜNEN – eingeschlagene Politik des Dialogs wurde von der neuen Koalition sehr schnell aufgegeben. Die Schulgesetznovelle, mit der die Rückkehr der Gymnasien zu G9 umgesetzt wurde, wurde im Ausschuss lediglich formal beraten. In der Anhörung gab es erhebliche Widerstände gegen die absurd hohe Schwelle, dass eine Schulkonferenz mit Dreiviertel-Mehrheit hätte beschließen müssen, bei G8 zu bleiben, dennoch hat die Koalition sich von den zahlreichen Argumenten nicht beeindruckt lassen und ihre Absicht durchgestimmt.

Wir waren und sind der Auffassung, dass eine Arbeitsteilung zwischen Gymnasien, die nach acht Jahren zum Abitur führen, und Gemeinschaftsschulen, die dies nach neun Jahren erreichen, eine echte Wahlfreiheit bedeutet hat. Wir haben der Regierungsmehrheit eine goldene Brücke gebaut, indem wir vorgeschlagen haben, dass eine Mehrheit in der Schulkonferenz für den Verbleib bei G8 ausreichen sollte, wenn alle drei Gruppen (Lehrer, Schüler, Eltern) mehrheitlich dafür stimmen – vergebens. Wir haben aber auch gesagt, dass wir nach einer Rückkehr in die Regierungsverantwortung diese Entscheidung nicht nochmals rückgängig machen werden, weil dies unverantwortlich gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern wäre.

Ähnlich beratungsresistent hat sich die Koalitionsmehrheit bei der Neufassung des erst 2014 beschlossenen Lehrkräftebildungsgesetzes gezeigt, durch die die erfolgreiche Ausbildung von Lehrern nach Schulstufen wieder aufgegeben wurde. Die Aufgabenteilung zwischen der CAU in Kiel und der Europa-Universität Flensburg wird unterschiedliche Bedingungen an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen schaffen. Auch hier hat die Koalitionsmehrheit ihre politischen Absichten trotz erheblicher Einwände der Betroffenen durchgestimmt.

Die Landesregierung verfolgt eine Politik der Nadelstiche gegenüber den Gemeinschaftsschulen und will offensichtlich dafür sorgen, dass das Abitur am Gymnasium wieder der „Königsweg“ zur Hochschulreife ist.

Wir setzen deshalb auf eine Strategie des Dialogs mit den Verbänden und Einrichtungen in den Bereichen der Schule, der Hochschule und Wissenschaft und der Kultur. Wir versuchen dabei deutlich zu machen, dass die Regierungskoalition die bildungspolitische Uhr in Schleswig-Holstein am liebsten um 30 Jahre zurückdrehen will.

Ein wichtiger Konfliktpunkt ist die Absicht der Regierung, die Zuständigkeit für die Beruflichen Schulen vom Bildungs- ins Wirtschaftsministerium zu verlagern, sobald das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) gegründet ist, das bereits unter unserer Regierungsverantwortung auf den Weg gebracht wurde. Eine solche Spaltung der Schulen in Bildungsministeriumschulen und Wirtschaftsministeriumschulen wäre einmalig und ist nur der Ausbalancierung der Zuständigkeiten in der Koalition zu verdanken.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für

Bildung (AfB) führen wir die öffentliche Diskussion um eine Weiterentwicklung unserer schulpolitischen Positionen anhand der Eckpunkte Inklusion, Ganztags und Digitalisierung, so auf einer Bildungspolitischen Konferenz im September 2018.

UMWELT UND ENERGIE

Wir haben das Jahr 2018 für zahlreiche Initiativen in den Themenfeldern Umwelt, Energie, Landwirtschaft und ländliche Räume genutzt. Die Konflikte innerhalb der Koalition werden in diesen Bereichen zunehmend deutlich.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht für uns weiterhin ganz oben auf der Agenda. Angefangen mit einer Veranstaltung zur Zukunft der Stadt- und Gemeindewerke im Februar, auf der von vielen Seiten der Wunsch an uns herangetragen wurde, einen Energiepolitischen Fachbeirat zu gründen, haben wir uns im Verlauf des Jahres in diversen Landtagsanträgen, Reden und Pressemitteilungen zahlreich zur Energiewende in Schleswig-Holstein positioniert und dies in zwei weiteren Veranstaltungen vor Ort in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen u.a. zum Thema „grüner Wasserstoff“ fortgesetzt. Dabei haben wir uns durch den im Sommer gegründeten Fachbeirat, der im vergangenen Jahr bereits zweimal getagt hat, fachkundig beraten lassen.

Wir wollen, dass die Landesregierung im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern an den Ausbauzielen für die Erneuerbaren Energien festhält, die wir durch die Politik von Jamaika gefährdet sehen.

Unter SPD-Führung war Schleswig-Holstein das Energiewendeland Nr. 1. Jetzt würgt diese Landesregierung die Energiewende ab, indem sie die Neuaufstellung der Regionalplanung für die Windenergie an die Wand fährt. Es zeigt sich immer deutlicher, dass Daniel Günther im Wahlkampf den Menschen völlig unhaltbare Versprechungen gemacht hat. Das Ergebnis der neuen Planung war vorhersehbar: Die versprochenen größeren Siedlungsabstände gelten längst nicht überall, viele Gemeinden werden sogar stärker belastet als zuvor, Natur- und Artenschutz wurde einseitig eingeschränkt und von Einheitlichkeit kann keine Rede mehr sein, geschweige denn von Beteiligung. Und für weiteren Dialog sah Jamaika schlicht „keinen Bedarf“. Dadurch wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter blockiert und die Menschen weiter verunsichert. Wir wollen den Dialog mit den Menschen und endlich eine rechtssichere Planung.

Und wir wollen, dass sich unser Land den neuen



Foto: Michael August

Herausforderungen wie dem Ausbau der Speicherkapazität und der Sektorenkopplung stellt und Schleswig-Holstein auch weiterhin Vorreiter bei der Umsetzung der Energiewende bleibt. Ein Antrag mit einem klaren Bekenntnis zu Energiewende und Klimaschutz, der unter anderem die Einführung einer CO₂-Bepreisung mit dem Ziel der parallelen Entlastung der EEG-Umlage fordert, befindet sich im Verfahren.

Parallel dazu setzen wir uns für eine Dezentralisierung der Energiewende ein, damit unsere Kommunen und kommunalen Unternehmen stärker davon profitieren. Dazu gehört auch unsere Forderung nach dem Aufbau einer Landesbehörde zur Regulierung der Strom- und Gasnetze. Denn es gilt: Dezentrale Energiegewinnung und -versorgung verlangt dezentrales Netzmanagement! Trotz gegenteiliger Expertenmeinungen in der Anhörung hat Jamaika gegen eine Landesnetzagentur gestimmt. Wir werden uns weiter dafür stark machen.

Beschäftigt hat uns auch das Thema Artenvielfalt und Artenschwund, zu dem wir u.a. Anfang Dezember im Rahmen der Umweltwoche des SPD-Kreisverbandes Kiel eine Veranstaltung im Landeshaus durchgeführt haben. Dazu gehört auch die Positionierung zur Wiederansiedlung des Wolfes in Schleswig-Holstein. Wir haben versucht, wieder Sachlichkeit in die zum Teil sehr hitzig geführte Debatte einkehren zu lassen, indem wir eine Anhörung im Umwelt- und Agrarausschuss beantragt haben, die am 5. Dezember stattgefunden hat. Und auch das Thema Neonikotinoide haben wir in den Landtag gebracht und ein endgültiges Verbot für den Freiland Einsatz gefordert.

Im Landwirtschaftsbereich haben wir gegen alle Widerstände unsere Forderung nach einem Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat hochgehalten, eine effizientere Umsetzung der Bundes-Düngeverordnung in Schleswig-Holstein gefordert und uns dafür eingesetzt, dass die Dürrehilfen so schnell und so unbürokratisch wie möglich bei den Landwirten, die besonders betroffen sind, ankommen. Wir bleiben bei unserer Position: die Landwirtschaft muss sich neu ausrichten: ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel. Dies wollen wir mit den Landwirten erreichen. Es ist uns ein Anliegen, dass dies Wiederhall in der anstehenden Reform der Agrarpolitik der EU findet.

Positioniert haben wir uns auch zum Thema Lebensmittelverschwendung und mit unserer sehr erfolgreichen Veranstaltung im Frühjahr des Jahres dafür gesorgt, dass das Thema wieder auf die politische Tagesordnung kommt. Daraus abgeleitet haben wir einen Landtagsantrag mit konkreten Forderungen an die Landesregierung gestellt. Wir wollen, dass das Land mit allen relevanten Akteuren eine nachhaltige Strategie gegen Lebensmittelverschwendung erarbeitet und umsetzt. Da werden wir dranbleiben.

Tierschutz ist für uns auch ein wichtiges Thema. Wir fordern in unseren Anträgen u.a. den Online-Handel mit Tieren rechtlich zu regeln und die Haltung von Wildtieren in Zirkussen zu verbieten.

Befasst haben wir uns mit vielen weiteren drängenden Fragen wie dem Zustand unserer Gewässer, dem Küstenschutz sowie der Klärschlamm Entsorgung. Beschäftigt hat uns vor allem der für die Umwelt dramatische Eintrag von Plastikpartikeln

in die Schlei. Der Befund hat zu breiten Diskussion zum Thema Plastikmüll und Einträgen von Plastik in unsere Gewässer geführt. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich alles unternimmt, um den Eintrag von Plastik in unsere Umwelt zu vermeiden, was auf Landesebene möglich ist und sich auch weiter im Bund und aus EU-Ebene dafür einsetzt.

In unserem Newsletter informieren wir in regelmäßigen Abständen über unsere Initiativen in den Bereichen Umwelt, Energie und ländliche Räume.

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Wir setzen auf eine zukunftsfähige Industrie, auf Innovationen und Investitionen, um Wachstum, Wohlstand und gute Arbeitsplätze zu sichern. Für ein LNG-Terminal in Brunsbüttel hat Wirtschaftsminister Meyer erfolgreiche Vorarbeit geleistet, sein Nachfolger führt das Projekt jetzt fort. Maritime Wirtschaft und erneuerbare Energien können in Schleswig-Holstein voneinander profitieren. Die damit verbundenen Potenziale sind zu nutzen und wir erwarten, dass der Minister nach seinen wortreichen Ankündigungen auch entsprechend liefert.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und steigenden Qualifikationsanforderungen aufgrund des technischen Fortschritts, ist die Deckung des Fachkräftebedarfs eine der wichtigsten Herausforderung für die schleswig-holsteinische Wirtschaft. Die 2013 gegründete Fachkräfteinitiative und das Bündnis für Industrie.SH stärken den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig und werden von der Landesregierung weitergeführt.

Anfang 2018 haben die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion in verschiedenen Handwerksbetrieben Praktika absolviert. Die Betriebsnachfolge in den Handwerksbetrieben wird zunehmend zu einem Problem. Wir stehen für eine mittelstandsfreundliche und handwerksorientierte Wirtschaftspolitik. Dabei wollen wir wirtschaftlichen Erfolg mit guter Arbeit verknüpft wissen. Das geht unter anderem mit guter Aus- und Weiterbildung. Wir brauchen mehr Meisterinnen und Meister, deshalb brauchen wir die Gebührenfreiheit der Meisterausbildung. Eine Reform des Aufstiegsfortbildungsgesetzes zur vollständigen Übernahme der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren der Meisterausbildung ist dafür notwendig. Dies wurde von Jamaika abgelehnt. Bildung muss in allen Phasen gebührenfrei sein. Von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterausbildung.

Anhaltende Probleme im Bahnverkehr nach Sylt, Diskussionen um die Ausweitung des HVV: Seit Amtsantritt dieser Landesregierung hat sich die Situation für Pendlerinnen und Pendler im Land dramatisch verschlechtert. Der öffentliche Nahverkehr geriet unter Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) auf das Abstellgleis.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach über das Thema der Ausweitung des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) gesprochen. Einestimmig wurde den Gesprächen für einen Nordtarif gemeinsam mit Hamburg und Niedersachsen zugestimmt - bislang ohne Ergebnisse. Der Jamaika Koalitionsvertrag sieht für eine Übergangslösung eine Ausweitung des HVV nach Steinburg vor. Wenn es eine Übergangslösung für einen Kreis geben soll, muss es eine Gleichbehandlung zumindest der direkt an den HVV grenzenden Kreise und der Stadt Lübeck geben. Als einen ersten Schritt könnten wir uns auch einen HVV-Beitritt von Lübeck nur für den Schienennahverkehr vorstellen, bis der Nordtarif umgesetzt wird. Die Ablehnung eines Beitritts von Lübeck zum HVV durch Verkehrsminister Bernd bedauern wir sehr, denn es hätte das Pendeln für viele Lübeckerinnen und Lübecker besser gemacht.

Die dauerhaften Ankündigungen des Verkehrsministers Bernd Buchholz und der Deutschen Bahn haben den Bahnkunden auf der Strecke der Marschbahn in ihrer aktuellen Situation nicht geholfen, da mögliche Baumaßnahmen nicht zeitnah greifen. Die Bahn hat 2018 zwar Investitionen in die Infrastruktur auf der Strecke zugesagt, die Problematik der Eingleisigkeit wird durch die angekündigten Investitionen jedoch nicht gelöst. Ein umfangreicher Ausbau ist notwendig, weshalb wir schon früh gefordert haben, die Marschbahn in den „vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.

2018 hat die Landesregierung - auch auf unseren Druck hin - die vertraglich möglichen Sanktionen gegenüber der DB wirksam gemacht und erhöht. Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, dass insbesondere die Pendlerinnen und Pendler weit über die regulären Entschädigungszahlungen hinaus entlastet werden und alle Kunden im Regionalverkehr uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten alle Züge des Fernverkehrs nutzen dürfen. Leider ohne Erfolg.

Dank der intensiven Vorarbeit der SPD-geführten Küstenkoalition ist es jetzt soweit: Der Durchbruch beim Semesterticket ist geschafft. Nun fehlt nur noch die Zustimmung der Studierenden selbst,

bevor sie quer durch Schleswig-Holstein fahren können, ohne auf ein eigenes Auto angewiesen zu sein. Das schont die Umwelt und stärkt die Mobilität. Darüber hinaus wird es für junge Menschen attraktiver in Schleswig-Holstein zu studieren. Neben den gut 50.000 Studierenden gibt es in unserem Land aber auch ebenso viele Auszubildende. Wir wollen, dass auch sie in den Genuss eines günstigen ÖPNV-Tickets kommen, denn Auszubildende und Studierende sind für uns gleich viel wert. Daher kann die Einführung des Semestertickets nur ein erster Schritt sein. Wir haben CDU, FDP und Grüne dazu aufgefordert, das neue Angebot auch auf alle Auszubildende auszuweiten.

Fortschritte bei wichtigen Verkehrsprojekten wie der Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals, den Ersatzbauten für die Fehmarnsundquerung und die Rader Hochbrücke, dem Ausbau der A7 und dem Weiter- und Neubau der A20 – um nur einige zu nennen – bleiben unser Ziel.

Im November kündigte die Landesregierung – entgegen des Wahlversprechens der CDU- an, das die A20 frühestens 2030 fertig sein wird. Aufgrund von weiter steigenden Verkehrsfrequenzen im Süden unseres Landes bleibt die A20 eine wichtige Chance, eine notwendige Entlastung des Hamburger Raumes von Verkehr zu schaffen. Für uns gilt bei der Planung nach wie vor das Prinzip Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Dabei kann der Erfolg des Projektes nur durch Einhaltung der naturschutzfachlichen Belange und dem engen Dialog mit den Naturschutzverbänden und den Menschen vor Ort gewährleistet werden.

Die Planfeststellung zur Festen-Fehmarnbelt-Querung verzögerte sich 2018 unter dem Ankündigungsminister Bernd Buchholz weiter. Dabei hatten gerade CDU und FDP die Vorgänger-Koalition aus SPD, Grünen und SSW in Bezug auf den Fehmarnbelt-Tunnel immer kritisiert. Wir verstehen wir uns weiterhin als „Anwälte der Region“, um zufriedenstellende Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger zu kommen. So haben wir einen besseren Verkehrsanschluss für den Fährhafen Puttgarden gefordert und von der Landesregierung verlangt, eine gleichberechtigte Anbindung zu schaffen.

Um die Umweltbilanz insbesondere in Städten und Gemeinden zu verbessern, muss die Elektromobilität und die Nutzung von regenerativen Energieträgern stärker zielorientiert ausgebaut und gefördert werden. Für eine stärkere Förderung des emissionsfreien, straßengebundenen ÖPNV haben wir uns gegen die Stimmen von FDP, CDU und Grünen bei

den diesjährigen Haushaltsberatungen eingesetzt und werden es weiterhin tun. Besonders wichtig ist auch, gleichzeitig den Fahrradverkehr zu fördern. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss aus unserer Sicht insgesamt deutlich attraktiver gestaltet werden.

TOURISMUS

An den Erfolg unserer Tourismusstrategie als Wachstumsstrategie knüpft die Landesregierung an und will sie weitgehend weiterführen. Der „echte Norden“ ist ein voller Erfolg! Das sehen auch diejenigen ein, die ihn erst ausgelacht haben und ihn nun feiern. Wir setzen uns dafür ein, den Grenzen des quantitativen Wachstums eine werteorientierte und qualitätsorientierte Tourismusentwicklung gegenüberzustellen. Gute Arbeit in der Gastronomie bleibt unser zentrales Anliegen.

Die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Tourismusgemeinden wollen wir stärken, die Kurabgabe gerechter gestalten. Dafür haben wir mit einem Gesetzentwurf die Forderung der Insel- und Halligkonferenz aufgegriffen, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, die Erhebung der Kurabgabe von Tagesgästen denjenigen Verkehrsträgern aufzuerlegen, die geschäftsmäßig Tagesgäste zu den Inseln und Halligen befördern.

ARBEIT

2013 hat die Küstenkoalition aus SPD, Grünen und SSW für Schleswig-Holstein ein zukunftsweises Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg gebracht. Jamaika hat dieses Gesetz massiv ausgehöhlt und soziale, ökologische und Nachhaltigkeitskriterien fließen nur noch als optionale Kriterien in ein neues Vergabegesetz. Die Überwachung von Ausschreibungskriterien wird von CDU, Grünen und FDP als bürokratischer Aufwand abgetan. Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist ein Schlag gegen alles, was man „gute Arbeit“ nennt und schwächt den globalen Kampf für die Einhaltung von Menschenrechten.

Der Gipfel der Ungerechtigkeit ist dabei der Verzicht auf die umfassende Kopplung der Vergabe an die Tariftreue. Wir standen Verbesserungen im Tariftreue- und Vergaberecht offen gegenüber und haben mit unserem abgelehnten Gesetzentwurf den Erhalt des Tariftreue- und Vergabegesetzes sowie eine Tarifbindung für ÖPNV, SPNV und zusätzlich für die Freistellungsverkehre und Abfallwirtschaft gefordert. Zudem forderten wir für diese Branchen eine verpflichtende Personalübernahme

bei einem Anbieterwechsel. Schleswig-Holstein hat das niedrigste Lohnniveau aller westdeutschen Flächenländer. Deshalb haben wir vehement dafür gekämpft, dass die Auftragsvergabe unter anderem mit einer Tarifbindung einhergeht. Wir werden uns auch weiterhin für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und nachhaltige Entwicklung einsetzen.

DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung stellt uns in fast jedem Politikfeld vor große Herausforderungen. Wir wollen den „digitalen Wandel“ sozial und human gestalten. Dabei geht es nicht nur um den Breitbandausbau, sondern auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen und die sozialen Folgen für Beschäftigte in der digitalen Welt. In einer Veranstaltungsreihe rund um das Thema Digitalisierung beschäftigen wir uns mit unterschiedlichen Sichtweisen zur Digitalisierung in verschiedenen Arbeits- und Lebensbereichen, um daraus politische Positionen und Forderungen zu entwickeln.

LANDESPLANUNG

Dass Dialog, Transparenz und Bürgerbeteiligung für die Regierung Fremdwörter sind, zeigt sich besonders deutlich bei der Landesplanung. Jeglicher öffentliche Dialog über die zentralen Zukunftsthemen unseres Landes, den wir in der letzten Legislatur erfolgreich begonnen haben, wurde eingestellt. Anstelle mit den Menschen für die Menschen klare Leitlinien zu entwickeln, regieren CDU, Grüne und FDP lieber weiter im stillen Kämmerlein.

Die Küstenkoalition hat seit 2013 unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft die Grundlagen für die Landesentwicklungsstrategie als Leitlinie für die Zukunftsentwicklung des Landes erarbeitet. Seit dem Regierungswechsel ist nichts mehr passiert. Daran wird deutlich: Jamaika hat kein gemeinsames Ziel, wie Schleswig-Holstein in der Zukunft aussehen soll.

Das bildet sich auch im ersten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes ab. Die Flexibilisierung bei der Ausweisung von Bauland ist zwar im Grundsatz richtig, muss aber mit dem notwendigen Augenmaß erfolgen. Sonst droht Konkurrenz zwischen den Kommunen, statt Kooperation. Auch wird die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur und der Verkehrsströme durch den vorliegenden Entwurf nicht konkret genug mitgedacht. Die Aussagen der Koalition zur Reduzierung des Flächenverbrauchs sind voller Widersprüche. Ob

Jamaika diese überhaupt auflösen will, ist mehr als fraglich.

WOHNUNGSBAU

Wohnen ist eines der zentralen Gerechtigkeitsthemen unserer Zeit. Die Realität zeigt, dass bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird und sich immer mehr Menschen ihre Miete nicht mehr leisten können. Wohnen ist aber ein Grundrecht und kein Luxus. Die SPD-Landtagsfraktion und der Landesverband unterstützen deshalb die wichtige Volksinitiative des Sozialverbandes und des Mieterbundes. Ziel ist, das Recht auf angemessenen Wohnraum in der Landesverfassung zu verankern.

Jamaika hat derweil wichtige Chancen verpasst, neue, zeitgemäße Impulse für gutes und leistbares Wohnen in Schleswig-Holstein zu setzen. Die Fortsetzung des sehr erfolgreichen Förderprogramms auf finanziell hohem Niveau ist grundsätzlich zwar zu begrüßen, muss aber den aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Hierbei brauchen wir einen stärkeren Kriterienkatalog für soziale Nachhaltigkeit und eine kluge Baulandpolitik. So gibt es keine Aussage, wie die Zweckbindung des Wohnraumes langfristig gesichert werden soll und die Flächenpolitik beispielsweise im Bereich der Baulandmobilisierung erfolgen kann.

Die Kommunen werden bei der Bewältigung ihrer wohnungspolitischen Herausforderungen komplett allein gelassen. Wir wollen den Kommunen Rückenwind geben und die Kommunen finanziell dabei unterstützen, wieder eigene Wohnungsbestände aufzubauen und sie konzeptionell stärken. Hierzu gehören auch die Gründungen von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften, die als öffentliche Hand als Steuerungsinstrumente wirken können. Wir wollen auch, dass das Land selbst wieder Akteur wird. Hierzu wollen wir noch in dieser Legislaturperiode die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft prüfen und voranbringen.

Die Antwort auf die Frage, wie die Marktmacht von Miethaiern gebrochen werden und die Mieter vor dem Verfall ihrer Wohnungen aus Renditegründen geschützt werden können, bleibt die Landesregierung weiter schuldig. Stattdessen wird über Pseudo-Alternativen zur Mietpreisbremse diskutiert, um von der eigenen Zerrissenheit abzulenken. Der Bund ist inzwischen bei der Verschärfung der Regeln für Mietsteigerungen schon viel weiter vorgeschritten, als CDU und FDP in Schleswig-Holstein wahrhaben wollen.

SOZIALES

Die SPD-Landtagsfraktion hat auch in der Oppositionsarbeit ihr sozialpolitisches Profil geschärft und wichtige Forderungen umsetzen können. Mit unseren parlamentarischen Initiativen und einer guten Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen gelingt es uns, die Regierungskoalition im Bereich der Sozialpolitik vermehrt zu überzeugen. Zudem ist festzuhalten, dass die sozialpolitischen Projekte und Initiativen der Küstenkoalition weiterlaufen.

Ein gutes Beispiel für erfolgreiche Oppositionsarbeit und ein drängendes Anliegen ist die Schulgeldfreiheit der therapeutischen Gesundheitsfachberufe. Nachdem wir in der Küstenkoalition das Schulgeld für die Pflegeausbildung abgeschafft haben, verfolgen wir als nächsten Schritt eine schulgeldfreie Ausbildung in der Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und med. Bademeister. Auch in diesem Berufsbereich ist ein Fachkräftemangel deutlich zu spüren, der auf Kosten der Patientinnen und Patienten geht.

Zudem standen Schulen kurz vor der Insolvenz, da durch das Schulgeld immer weniger Auszubildende diese Berufe ergreifen. Im Januar 2018 erfolgte dazu ein Antrag von uns. Im weiteren parl. Verfahren haben wir in der schriftlichen und mündlichen Anhörung nur Zustimmung zu unseren Anliegen erhalten. In vielen Gesprächsrunden und Veranstaltungen haben wir uns mit den Therapeutinnen und Therapeuten vernetzt und so einen hohen Druck auf die Regierungskoalition erzeugen können. Am Ende des Jahres wurde mit dem Haushalt für 2019 eine Landesförderung für das Schulgeld beschlossen, so dass ab dem 1.1.2019 kein angehender Therapeut seine Ausbildung bezahlen muss. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir dies mit konsequenter und leidenschaftlicher Oppositionsarbeit innerhalb eines Jahres erreichen konnten.

Mit diesem Einsatz für die Sache konnten wir in 2018 auch für die Familienbildungsstätten sowie für die Beratungsstellen im Bereich der Wohnungslosenhilfe eine deutliche Erhöhung der Landesförderung im Rahmen des Haushaltes erwirken.

Ein wichtiges Thema, was uns in der gesamten Legislaturperiode beschäftigt, ist die Kita-Reform der Landesregierung. Nachdem wir in der Küstenkoalition den Ausbau der Kita-Plätze vorangetrieben, die Qualität verbessert und mit dem Kita-Geld den ersten Schritt in die Beitragsfreiheit begonnen haben, ist eines der wichtigsten Projekte der Jamaika-Regierung die Reform der Kitafinanzierung. Sie soll transparenter und einfacher werden. In 2018 wurden uns Zwischenschritte der Arbeitsgruppen präsentiert, die viele Fragen aufwerfen und eine

Entlastung der Eltern hin zu einer Beitragsfreiheit vermissen lassen. Diesen Reformprozess begleiten wir mit kritischen Fragen, vielen Gesprächen und Landtagsanträgen. Er wird uns vor allem in 2019 mit dem Gesetzgebungsprozess weiter beschäftigen. Unser Ziel der beitragsfreien Kita haben wir immer im Blick, betonen wir in allen Reden und beantragen wir immer wieder in unseren Haushaltsanträgen. Im Rahmen der Reform haben wir auch den Fokus auf den Fachkräftemangel und die ErzieherInnenausbildung gerichtet. Hierzu diskutieren wir in vielen Fachgesprächen Möglichkeiten der Veränderungen bis hin zu einer Ausbildungsvergütung.

Des Weiteren haben wir nach der Landtagswahl 2017 die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Schleswig-Holstein begleitet. Die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe bleibt bestehen. Die Landesregierung hatte nur ein sehr kurzes und zurückhaltendes Ausführungsgesetz vorgelegt, worin eine Beteiligung der Menschen mit Behinderung kaum gewollt war. Wir haben uns in Gesprächen und mit unserem Änderungsantrag für eine breite Beteiligung von Menschen mit Behinderung eingesetzt. Die mündliche Anhörung und unsere Hartnäckigkeit bei der Einbeziehung der Betroffenen hat Wirkung gezeigt. Im Gesetz wurde die Interessensvertretung der Menschen mit Behinderung verbessert.

Im Bereich der Gleichstellungspolitik ist die Lage der von Gewalt betroffenen Frauen weiter in den Fokus gerückt. Nachdem wir in der Küstenkoalition die Frauenhausplätze wieder aufgestockt haben, sind die Platzproblematik und der Zustand der Frauenhäuser weiter in der Diskussion. Die SPD-Landtagsfraktion konnte ihre Punkte in gemeinsamen Anträgen aller gleichstellungspolitischen Sprecherinnen durchsetzen. So werden eine Bestandsanalyse und eine Bedarfsanalyse im Bereich der Frauenhäuser durchgeführt. Die Umsetzung des Investitionsprogramms geht durch die Landesregierung sehr schleppend voran. Dies kritisieren wir deutlich. Des Weiteren besuchen wir die Frauenhäuser in Schleswig-Holstein. Neben der Frauenhausfrage konnten wir auch bei der Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt bei der Jamaika-Koalition Einfluss nehmen und unsere Forderung nach einem Landesaktionsplan in einem gemeinsamen Antrag einfließen lassen. Die Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt gegen Frauen bleibt ein wichtiges sozialdemokratisches Anliegen in dieser Legislaturperiode.

Nach dem PUA zum Friesenhof und dem Runden Tisch „Heimerziehung“, beschäftigt uns die Situation der Kinder und Jugendlichen besonders in der stationären Jugendhilfe auch in der aktuellen Legislaturperiode. Die Qualität und die Partizipation der Kinder und Jugendlichen müssen sich noch weiterentwickeln. Daran arbeiten wir. Wir haken bei öffentlich bekannten Fällen bei der Heimaufsicht der Landesregierung direkt nach und sind im stetigen Austausch mit dem Kinderschutzbund und der Beschwerdestelle des Landtages. Uns bewegt auch die Situation der ehemaligen Kinder und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den 1950er bis 1970er Jahre. Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle, Gewalt sowie Medikamentenversuche haben wir mit vorangetrieben. Wir sind im Beirat der Stiftung Anerkennung und Hilfe vertreten und das Symposium im Landtag hatte eine interfraktionelle Resolution als Ergebnis. Das Leid können wir nicht rückgängig machen, müssen es aber anerkennen, den Opfern helfen und diese Zeit aufarbeiten, damit wir Lehren für die Zukunft daraus ziehen.

Die Herausforderungen in der Pflege sind ein weiterer sozialpolitischer Schwerpunkt. Um die Rahmenbedingungen in der Pflege zu verbessern, setzen wir uns mit Anträgen für eine gesetzliche Personalbemessung in der Kranken- und der Altenpflege, eine tarifliche Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen ein. Um die Fachkräfte auch in Zukunft zu finden, begleiten wir in vielfältigen Gesprächen die Umsetzung der Pflegeberufereform in Schleswig-Holstein. Hierzu hatten wir die Einführung einer generalistischen Gesundheits- und Pflegeassistentenausbildung in Schleswig-Holstein beantragt, was von der Jamaika-Koalition abgelehnt wurde. Hier verschläft die Landesregierung eine wichtige Reform, um weitere Fachkräfte auszubilden. Des Weiteren beschäftigt uns die Qualität in den stationären Pflegeeinrichtungen in verschiedenen Diskussionen im Sozialausschuss. Der zuständige Arbeitskreis steht im Austausch mit der nun errichteten Pflegeberufekammer sowie Experten, außerdem gibt es eine Bereisung der Pflegestützpunkte.

Weitere Themen mit sozialpolitischen Initiativen sind u.a. Nichtraucherenschutz für Kinder und Jugendlichen auch in Autos, die Rahmenbedingungen in den Freiwilligendiensten sowie Ehrenamtsstruktur, das Rettungsdienstgesetz, Sicherheitsstandards bei Medizinprodukten, Situation der Geburtshilfe, die Umsetzung einer bürgerfreundlichen Sprache in der Verwaltung, Kinderrechte, Bürgerversicherung, Wohnungslosigkeit/Obdach-

losigkeit sowie die Gesundheitsversorgung besonders die Krankenhausversorgung in Ostholstein.

EUROPA

Europa steht aktuell vor vielfältigen Herausforderungen. Dies haben wir mit dem von uns eingebrachten Antrag „Für ein solidarisches Europa“ deutlich gemacht. Wir fordern darin u.a. eine humanitäre Flüchtlingspolitik und die Schaffung legaler Wege der Einwanderung.

Wir wollen rechtspopulistischen Strömungen und einer Abschottung Europas entschieden entgegen treten. Wir fordern eine Europäische Sozialunion, die soziale Mindeststandards sichert und Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet. Gerade jetzt muss das soziale Europa weiter gestärkt werden. Dafür haben wir uns eingesetzt und werden dies auch im Vorfeld der Europawahl 2019 fortführen.



Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine Stärkung der Europaschulen, wozu wir die Landesregierung aufgefordert haben. Leider hat Jamaika trotz guter Haushaltslage sowohl wiederholt unseren Haushaltsantrag als auch unseren inhaltlichen Antrag abgelehnt.

Der Brexit hat gravierende Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Großbritannien ist einer der wichtigsten Außenhandelspartner unseres Landes. Der Brexit wird viele Bereiche unseres Lebens beeinflussen. Wir fordern u.a., dass die Landesregierung einen Beauftragten benennt, an den sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und Unternehmen wenden können.

Noch bis Februar 2020 gehört unsere europapolitische Sprecherin Regina Poersch als einziges schleswig-holsteinisches Mitglied dem Europäischen Ausschuss der Regionen an und nimmt regelmäßig an dessen Gremiensitzungen in Brüssel teil. Ob Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme oder die Zukunft des Interreg-Programms: Aus

dieser Verbindung nach Brüssel entstehen wichtige Initiativen.

Schleswig-Holstein profitiert in der laufenden EU-Förderperiode von rd. 800 Mio. Euro, die aus den Förderprogrammen in unser Land kommen. Wir wollen, dass das auch in der neuen Förderperiode ab 2020 so bleibt. Die Diskussionen darüber haben bereits im letzten Jahr begonnen. Mit großer Sorge sehen wir die Absicht der Jamaika-Koalition, absehbar wegbrechende EU-Fördermittel nicht durch Landesmittel ersetzen zu wollen. Dies werden wir auch weiter kritisieren.

Schleswig-Holstein bringt sich als Land auf regionaler Ebene traditionell aktiv in die Nord- und Ostseekooperation ein. Beides ist gerade für uns als SPD-Fraktion von besonderer Bedeutung, waren wir es doch, die sich insbesondere für den Aufbau der Strukturen der Ostseekooperation und damit für eine Region des Friedens und des Wohlstandes stark gemacht. Unsere Abgeordneten nehmen jedes Jahr an den Treffen der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee teil.

Im letzten Jahr haben wie die Partnerschaft des Landtages mit der Kaliningrader Gebietsduma in den Vordergrund unserer Arbeit gerückt und das Kaliningrader Gebiet im September für eine Woche besucht. Ziel ist es, die Partnerschaft neu zu beleben und u.a. zu ihrem 20-jährigen Bestehen im Jahr 2020 das Memorandum mit der Duma zusammen zu aktualisieren. Unserer Initiative im Europaausschuss sind die anderen Fraktionen gefolgt. Aus unserer Sicht ist gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen der Kontakt auf dieser Ebene zu Russland wichtig und richtig.

Wir haben im Mai 2018 die Grenzregion bereist und die Themen Mobilität und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, die Zukunft des EU-INTERREG-Programms und die Hochschulkooperation mit Partnern auf beiden Seiten der Grenze diskutiert. Die permanenten Grenzkontrollen und aktuell den Bau eines Zauns entlang der Grenze von dänischer Seite aus zum Schutz gegen die Wildschweinpest kritisieren wir aufs Schärfste. Sie behindern die gewachsene Zusammenarbeit in der Grenzregion. Wir stehen für ein offenes Europa, für Kooperation. Der europäische Gedanke ist Verbindung, nicht Abschottung. Wichtig war und ist für uns, den Kontakt zu den dänischen Sozialdemokraten wieder zu stärken und zu verstetigen. Dabei sehen wir mit Sorge, dass die Sozialdemokraten in Dänemark sich zunehmend eher rechten Positionen annähern.

MINDERHEITEN

Birte Pauls ist als unsere minderheitenpolitische Sprecherin in allen Minderheitengremien aktiv und kontinuierlich im Gespräch mit den Minderheiten. 2018 hat sie alle Minderheiten besucht und an ihren Veranstaltungen teilgenommen. Der neue Minderheitenbeauftragte der Landesregierung nimmt seine Rolle bei weitem nicht so aktiv wahr, wie Renate Schnack dies für uns und vor allem für die Belange der Minderheiten die letzten Jahre getan hat. Dies kritisieren wir. Dagegen hat die Küstenkoalition im Bereich der Minderheitenpolitik Meilensteine gesetzt.

METROPOLREGION

Die Arbeit des gemeinsamen Ausschusses mit der Hamburger Bürgerschaft für die „Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg“ nimmt dank unseres Vorsitzenden Kai Vogel zunehmend Gestalt an. Themen der letzten Ausschüsse 2018 waren u.a. die Umsetzung des gemeinsamen Projektes zum Ausbau der erneuerbaren Energien „NEW 4.0“, die Planung der Fehmarnbelt-Querung, der Nord-Ostsee-Kanal und der grenzüberschreitende Biotopverbund.

INNERES, RECHT UND KOMMUNALES

Die Fortführung der humanitären Flüchtlingspolitik der bisher SPD-geführten Landesregierungen ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit als Opposition. Die vergangenen Monate haben gerade in diesem Bereich deutlich gezeigt, wie stark unser bisheriger Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen hier aus machtpolitischen Gründen ihre Ideale zugunsten einer von CDU und FDP vorgegebenen Haltung aufgegeben haben. Deutlich wurde dieses in der Frage einer Abschiebungshaftanstalt, in der die Jamaika-Koalition - mit Billigung der Grünen - Familien, Kinder, Kranke und Traumatisierte und Schwangere unter Bedingungen einsperren will, die nicht nur von den „üblichen Verdächtigen“ Flüchtlingshilfsorganisationen, Kirchen und humanitären Organisationen als unverhältnismäßig und inhuman kritisiert, sondern auch von Richter- und Berufsverbänden der Strafvollzugsbediensteten als rechtswidrig und nicht umsetzbar abgelehnt werden. Bei allen Vorbehalten gegenüber dem Instrument der Abschiebehaft hat die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zum Abschiebehaftvollzugsgesetz vorgelegt, der eine humane Behandlung der Betroffenen und ihre Rechte garantiert sowie die Inhaftierung von Familien, Kindern Schwangeren und allen anderen Menschen, denen in der Haft

Schaden zugefügt werden könnte, ausschließt. Wir werden zudem einen Antrag auf eine Bundsratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes stellen, mit der die Verhängung von Abschiebungshaft gegen Kindern und Jugendlichen künftig nicht mehr möglich sein soll.

Des Weiteren haben wir uns in einem Antrag für die Einführung des sog. „Spurwechsels“ im Aufenthaltsrecht eingesetzt, mit dem es qualifizierten Flüchtlingen ermöglicht werden soll, aus ihrem bisherigen Aufenthaltsstatus als Flüchtling oder Asylbewerber heraus einen Aufenthaltstitel für eine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit zu erwerben, ohne das Land vorher verlassen zu müssen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir in Zeiten des Fachkräftemangels qualifizierte Menschen, die in Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen stehen, abschieben. Das muss beendet werden.

Wir setzen uns weiter gemeinsam mit dem SSW in einer Landtagsinitiative dafür ein, dass Minderheiten und Volksgruppen in das Grundgesetz aufgenommen werden und dass der § 219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft) aufgehoben wird. Wir haben die Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung nach Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung aufgenommen und das Thema „Rechtssicherheit beim Fotografieren in der Öffentlichkeit“ in den Landtag gebracht. Bei der Anhörung zu dem Thema wurden die regierungstragenden Fraktionen eindrucksvoll von den Experten darüber belehrt, dass hier sehr wohl noch gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, was diese bestritten haben. Das dürfte vor allem den neuen Umweltminister Albrecht von den Grünen interessiert haben, denn der war als Abgeordneter im Europaparlament maßgeblich an der Entstehung dieses Murkses beteiligt.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit sind Initiativen zur Sicherung der Wohnraumversorgung und für bezahlbares Wohnen. Wir wollen, dass das Recht auf angemessenen Wohnraum in die Landesverfassung aufgenommen wird und haben hierfür einen Gesetzentwurf vorgelegt. Unser Antrag zur Einführung einer Gebührenordnung für Makler zur Begrenzung der Nebenkosten beim Erwerb oder der Vermietung von Wohnimmobilien wurde von der Jamaika-Koalition leider abgelehnt, unter anderem mit der Begründung von Dr. Andreas Tietze von den Grünen, „der Markt würde das schon selbst regulieren“. Für den Vertreter einer Partei, die ihre historischen Wurzeln auch in Schleswig-Holstein in der Hausbesetzerszene der 1980er Jahre hatte, eine interessante Aussage.

Mit großer Aufmerksamkeit begleiten wir die Landesregierung bei der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleiches, den die damaligen Oppositionsparteien CDU und FDP vor dem Landesverfassungsgericht erstritten haben. Das Gericht hatte 2017 Teile des von der Küstenkoalition beschlossenen Gesetzes zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches mit der Begründung beanstandet, die jeweiligen Bedarfe der kommunalen Gruppen seien nicht ausreichend ermittelt worden. Hierfür gibt es jedoch kein Verfahren, dass dieses auch rechtssicher ermöglichen würde. Nun haben CDU und FDP als Regierungsfractionen die Gelegenheit, bis zum 31.12.2020 zu zeigen, dass sie es besser und gerechter können als wir. Wir sind gespannt.

Im Bereich der Kommunalfinanzen haben wir durch Sach- und Berichtsanträge das Vorhaben der Jamaika-Koalition begleitet, die Wahlversprechen von CDU und FDP zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge umzusetzen. Herausgekommen ist dabei eine Regelung, durch die es reichen Kommunen ermöglicht, Ausbaubeiträge abzuschaffen und arme Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, warum sie weiter bezahlen müssen. Benachteiligt sind hiervon natürlich wieder Städte und zentrale Orte, die sich aufgrund ihrer Haushaltssituation nun aussuchen können, ob sie die Bürgerinnen und Bürger weiter zur Kasse bitten wollen, oder die kommunale Infrastruktur verrotten lassen. Die von Jamaika beschlossene Kompensation der Einnahmeausfälle aus Landesmitteln wird ihnen dabei kaum helfen, da sie viel zu niedrig ausfällt.

FINANZEN UND HAUSHALT

Die Kassen des Landes sind so gut gefüllt wie nie. Seit 2010 haben sich die Einnahmen des Landes um 4,8 Milliarden Euro verbessert. Alleine gegenüber 2018 fließen rund 600 Millionen Euro mehr in die Landeskasse. Die Zinsausgaben sind dagegen von einst einer Milliarde auf unter 500 Millionen Euro gesunken. Die Sondervermögen, insbesondere IMPULS 2030, sind prall gefüllt mit den Überschüssen aus der vergangenen Legislatur. Dies hat weitere Spielräume für Investitionen geschaffen. Eigentlich die beste Zeit, um zukunftsweisende Entscheidungen für das Land zu treffen. Doch Jamaika fehlt auch in der Haushaltspolitik eindeutig der klare Kurs.

Dies beginnt schon beim Landespersonal. Anstelle das Thema Fachkräftegewinnung offensiv anzugehen, macht die Landesregierung nur bruchstückweise Zugeständnisse. Eine klare Linie, wie der

öffentliche Dienst attraktiver werden soll, gibt es nicht.

Das zeigt sich besonders gut bei den Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld). Was die CDU einst versprochen hat, gilt auch hier längst nicht mehr. Wir stehen dagegen zu unserem Wort. Im Personalhaushalt ist genug Luft, um den ersten Schritt zur Wiedereinführung der Sonderzahlungen zu machen und alle Grundschullehrkräfte schon jetzt auf A13 zu heben, nicht erst in den kommenden Jahren.

Mehrere Bundesländer, allen voran Hamburg, haben sich aufgemacht, den Beamtinnen und Beamten den Weg in die gesetzliche Krankenversicherung zu erleichtern. Mit der Einführung der sogenannten Pauschalen Beihilfe erhalten freiwillig gesetzlich versicherte Bedienstete dort die Hälfte des GKV-Beitrages vom Land erstattet. Wir fordern daher, diese Möglichkeit auch in Schleswig-Holstein zu schaffen. Wir wollen eine echte Wahl für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte sowie eine Unterstützung für diejenigen Bediensteten, die sich bisher schon auf freiwilliger Basis in der GKV versichert haben. Doch CDU, FDP und Grüne sind sich darüber uneins und lassen die Landesbeamten weiter im Regen stehen.

Auch der derzeit laufende Prozess zur Neuordnung der Kita-Finanzierung hat die völlig falsche Richtung. Ziel muss von vorne herein die Beitragsfreiheit sein, um die alles andere aufgebaut werden muss. Die Beitragsfreiheit in der Krippe wäre als erster Schritt schon heute realisierbar! Jamaika fehlt aber jeglicher Wille, dies anzugehen. Wir zeigen dagegen, dass dies mit den Mitteln aus dem Guten-Kita-Gesetz und umgewidmeten Mitteln des Kitageldes heute schon möglich ist!

Das Land hat eine besondere Verantwortung für das UKSH als Maximalversorger. Medizinische Versorgung auf Spitzenniveau gibt es nicht zum Nulltarif. Das Land ist daher gefordert, ein starkes Signal der Unterstützung senden. Aber Jamaika verspricht auch hier nur. Passiert ist bisher rein gar nichts. Dabei macht es wenig Sinn, Schulden des USKH durch das Land zu übernehmen, gleichzeitig das Universitätsklinikum aber weiter Schulden machen zu lassen. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, endlich Farbe zu bekennen und ein klares Konzept für die Verbesserung der laufenden finanziellen Unterstützung des UKSH vorzulegen.

Wir haben im April 2018 den Beschluss des Landtages mitgetragen, die Anteile des Landes an der HSH

Nordbank an ein Konsortium privater Investoren zu verkaufen. In dem Zuge werden Lasten aus der Garantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein für die Bank schrittweise in den Landeshaushalt überführt. Dies war die nach dem Stand der uns vorliegenden Daten die für das Land günstigste Lösung. Eine Abwicklung oder ein Verkauf zu einem früheren Zeitpunkt wäre stets mit deutlich höheren Risiken für Schleswig-Holstein verbunden gewesen, auch wenn die FDP gerne etwas anderes behauptet. Leider ist vom Einsatz für die Beschäftigten am Standort Kiel, den Daniel Günther persönlich angekündigt hat, nicht viel geblieben.

In Zeiten von Haushaltsüberschüssen und angesichts von 26,4 Mrd. Euro Altschulden und den hinzukommenden Belastungen aus der HSH Nordbank wird es dringend Zeit, sich auch über ein höheres Engagement bei der Schuldentilgung Gedanken zu machen. Alle Aussagen der Finanzministerin dazu sind bisher mehr als dürftig. Gleichzeitig werden Millionen von Euro mit der Gießkanne herausgegeben, ohne dass dahinter nachhaltige Ideen stehen. Wir haben zu den Haushaltsberatungen 2019 gezeigt, dass die von Monika Heinold wie selbstverständlich verkündete Neuverschuldung nicht in Stein gemeißelt ist. Mit entsprechender Haushaltsdisziplin könnte ein klareres Signal gesetzt werden, dass der Schuldenabbau auch ernst gemeint ist.

Der Arbeitskreis Finanzen hat darüber hinaus eine ganze Reihe weiterer Initiativen auf den Weg gebracht. Dazu gehören Anträge zur Entlastung von Seniorinnen und Senioren bei der Steuererklärung, der Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen und für klare Regeln bei der Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale wie AirBnB. Damit zeigen wir auch im Bereich Finanzen aus der Opposition heraus ein klares sozialdemokratisches Profil.

SPD-Landtagsfraktion

Homepage: www.spd-fraktion-sh.de



Foto: Michael August

DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Seit der Bundestagswahl 2017 ist die SPD Schleswig-Holstein nur noch mit sechs Abgeordneten im Bundestag vertreten. Damit alle Kreis- und Ortsverbände einen SPD-Bundestagsabgeordneten als Ansprechpartner haben, betreuen die Landesgruppenmitglieder zusätzlich zu ihren eigenen Wahlkreisen die vakanten Regionen um allen Kreis- und Ortsverbänden eine/n Ansprechpartner/in auf Bundesebene zu bieten.

Im Bundestag stellen die Mitglieder unserer Landesgruppe eine Parlamentarische Staatssekretärin für Bundeshaushalt und Europa im Bundesministerium der Finanzen, einen Ausschussvorsitz, einen stellvertretenden Vorsitz sowie insgesamt zwei Arbeitsgruppensprecher/Arbeitsgruppensprecherinnen und eine stellvertretende Arbeitsgruppensprecherin. Das ist für eine kleine Landesgruppe eine sehr gute Repräsentanz.

INITIATIVEN IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Eine höhere Investition in Bildung, mehr bezahlbarer Wohnraum, mehr Mittel für Kita-Betreuung, die Stärkung von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Gericht sind nur einige der erfolgreichen Projekte aus dem Jahr 2018, die bereits umgesetzt wurden und von denen insbesondere auch die Menschen in Schleswig-Holstein profitieren.

Wir sorgen für mehr Geld im Portemonnaie

- Wir sorgen dafür, dass Lohnerhöhungen trotz Inflation im Geldbeutel der Beschäftigten ankomen.

men. Die sogenannte kalte Progression wird ausgeglichen.

- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,5%. Davon profitieren alle Beschäftigten.
- Arbeitgeber zahlen ab 2019 wieder insgesamt die Hälfte des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Krankenversicherung, also auch die Hälfte des Zusatzbeitrags.

Wir stärken Kinder und Familien

- Mit dem Gute-Kita-Gesetz investieren wir zusätzlich 5,5 Milliarden in die Teilhabe und die Qualität der Kindertagesbetreuung.
- Familien mit kleinem Einkommen erleichtert der höhere Kinderzuschlag das Leben. Ihn erhalten künftig 500.000 Kinder mehr als bisher.
- Für Familien in der Grundsicherung (Hartz IV) verbessern wir das Schulstarterpaket und machen das Essen in Schule oder Kita kostenlos.
- Das Kindergeld wurde und wird erhöht, auch der Kinderfreibetrag steigt.

Wir sorgen für mehr bezahlbare Wohnungen

- Wir investieren mit zusätzlich 2,4 Milliarden Euro bis 2021 massiv in den Bau von Sozialwohnungen. Den Mietwohnungsbau fördern wir darüber hinaus durch steuerliche Anreize.
- Außerdem werden Grundstücke des Bundes, auf denen bezahlbare Wohnungen errichtet werden sollen, verbilligt abgegeben.
- Wir haben die Mietpreismbremse verschärft. Seit Jahresbeginn müssen Vermieter offenlegen, wie



viel der Vormieter gezahlt hatte, wenn die neue Miete mehr als zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegt.

- Mieterinnen und Mieter können Mietwucher nun einfacher rügen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.

Wir sorgen für mehr Chancen und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt

- Wer lange arbeitslos ist, erhält mit dem sozialen Arbeitsmarkt eine Chance für den Wiedereinstieg. Allein dafür stellen wir in dieser Legislaturperiode vier Milliarden Euro bereit.
- Seit dem 1. Januar können Beschäftigte befristet die eigene Arbeitszeit reduzieren – egal, aus welchem Grund. Anschließend haben sie die Garantie, wieder zur alten Arbeitszeit zurückkehren zu können.
- Mit dem Qualifizierungschancengesetz haben wir einen umfassenden Zugang zu Weiterbildungsförderung geschaffen um so qualifizierte Arbeitsplätze zu sichern

Wir sorgen für stabile Rente

- Wir stoppen den Rückgang des Rentenniveaus und schreiben es bei 48 Prozent bis 2025 fest. Damit machen wir die Rentenhöhe unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Unabhängig davon gilt weiter: Wenn die Löhne steigen, erhöhen sich auch die Renten in gleichem Maße.
- Wir begrenzen den Beitragssatz auf 20 Prozent, damit die Jüngeren nicht überfordert werden.

NETZWERKPFLEGE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Landesgruppe trifft sich regelmäßig zum Gespräch mit den Interessensvertretungen und Politiker/innen aller Ebenen. Regelmäßigen Austausch gibt es mit den Vertretern/innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nord, der Leitung der Arbeitsagentur Regionaldirektion Nord, dem Vorstand der Deutschen Bahn und dem Vorstand des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein e.V., dem DGB-Nord, sowie Ministern/Ministerinnen und Staatssekretären/Staatssekretärinnen aus dem Bund und Gesprächspartner*innen aus der Fraktions- und der Parteiführung. Des Weiteren gab es Gespräche und Veranstaltungen mit Landesorganisationen wie dem UV-Nord, dem Landesjugendring, dem Bauernverband Schleswig-Holstein und der Diakonie Schleswig-Holstein.

Darüber hinaus treffen sich die Landesgruppenmitglieder zum Austausch mit Vertreter/innen der Landesregierung und der Landtagsfraktion. Hervorzuheben sind die regelmäßigen Besuche des

SPD-Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner bei den Landesgruppensitzungen und die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten an Sitzungen und Veranstaltungen der Landtagsfraktion und verschiedener Parteigremien. Hier gibt es einen sehr engen guten Austausch.

Am 13. November 2018 traf sich die Landesgruppe zu einem politischen Austausch im Raum Dithmarschen. Hier gab es Gespräche bei der SCHRAMM group zum Thema LNG und am Nord-Ostsee-Kanal wurde über den Ausbau der 5. Schleusenkammer diskutiert. Einzelne Abgeordnete haben außerdem die AWO und die FH Westküste in Heide besucht (siehe Foto unten).

Zur Information über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen und den Betreuungswahlkreisen bieten die Mitglieder der Landesgruppe Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen an zu aktuellen Themen, in der Regel in Kooperation mit den örtlichen Landtags- und Kommunalpolitikern oder anderen Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Drei bis vier Mal im Jahr veröffentlicht die Landesgruppe ihren Infobrief „Bundestag direkt“, der an alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein und weitere Interessierte per E-Mail versandt und auf der Homepage der Landesgruppe bereitgestellt wird.

Die Mitarbeiterin der Landesgruppe, Julia Wigger, ist erreichbar unter:

Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76817

E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Website:

www.landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de

„Büsch‘n Wind“:

Am 13. November 2018 traf sich die Landesgruppe zu einem politischen Austausch im Raum Dithmarschen.



EINZELBERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

BETTINA HAGEDORN



Seit fast 17 Jahren vertrete ich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Ostholstein und Nordstormarn im Bundestag, wo ich seit 2002 im mächtigen Haushaltsausschuss arbeite und dort bis Herbst 2017 den wichtigen Verkehrsetat mit 27

Mrd. Euro verantwortet habe. Im Juni 2017 erzielte ich in dieser Funktion meinen größten politischen Erfolg, als es mir mit dem Haushaltsausschuss gelang, die von Schäuble und Dobrindt geplante Autobahnprivatisierung zu stoppen und dieses im Grundgesetz festzuschreiben. Mit dieser Änderung gelang auch die – von Verdi aktiv unterstützte – Absicherung der Rechte aller ca. 11.000 Beschäftigten der Landesstraßenbauverwaltungen der Länder im Rahmen ihres möglichen (freiwilligen!) Wechsels zur Bundesautobahngesellschaft in den nächsten 2 Jahren. Diesen Erfolg für uns Sozialdemokraten hatte in den Monaten zuvor eigentlich niemand für möglich gehalten.

Nach der Bundestagswahl und der „Hängepartie“ der Regierungsbildung berief mich Olaf Scholz als designierter Finanzminister Mitte März 2018 zu seiner Parlamentarischen Staatssekretärin für die Kernbereiche Haushalt und Europa – dieser „Job“ (mein Amtsvorgänger unter Schäuble war Jens Spahn) war traditionell immer fest in „Männerhand“. Klar, dass ich „Ja“ gesagt habe, denn für den Haushalt und vor allem in der heutigen Zeit für Europa zuständig zu sein - es gibt kaum eine spannendere Aufgabe! Damit fällt das künftige Eurozonenbudget in meine Verantwortung, die in der EU hoch umstrittene EU-Finanzierung der Förderkulisse ab 2021, aber auch die Bankenregulierung mit allen Elementen, die enge Zusammenarbeit mit Frankreich in all diesen Fragen, die „Nachkontrolle“ der Hilfen für Griechenland, die Sorgen, die Italien auslöst und vor allem: der Brexit. Natürlich hat jede Medaille zwei Seiten: diese wichtige Funktion im Finanz-

ministerium erfordert es, dass ich viel öfter in Berlin (oder Brüssel) sein muss und viel weniger in meinem Wahlkreis sein kann, weswegen ich ja auch nach 16 Jahren im Landesvorstand und nach 12 Jahren als Eure stellvertretende Landesvorsitzende jetzt nicht wieder kandidieren werde.

Die Bundeshaushalte 2018 und 2019 haben Regierung und Parlament ab April 2018 monatlang „auf Trab“ gehalten – im Ergebnis mit großem Erfolg: denn in beiden Haushalten sind 100 Prozent der „Prioritären Maßnahmen“ unseres per Mitgliederentscheid angenommenen Koalitionsvertrages finanziell dargestellt und damit voll abgesichert – und das ohne neue Schulden. Insgesamt über 14 Mrd. Euro sollen – wie zugesagt – für verschiedene Maßnahmen in den nächsten Jahren im Bildungsbereich (überwiegend Schule und Kitas) vom Bund über die Länder an die Städte und Gemeinden fließen, davon allein 5 Mrd. Euro für die Digitalisierung von Schulen. Dafür (und für weitere Milliardenbeiträge für den Sozialen Wohnungsbau und Projekte beim ÖPNV) muss allerdings zuvor das Grundgesetz mit 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat geändert werden. Der Bundestag hat diese Grundgesetzänderung (Federführung für das Gesetz hat Olaf Scholz) im Dezember (mit der Unterstützung der Grünen und der FDP!) beschlossen, der Bundesrat allerdings blockiert die Gelder, die in unserem Bundeshaushalt bereit stehen und bei den Kommunen dringend erwartet werden. Ich hoffe sehr, dass der Vermittlungsausschuss einen Kompromiss als Ausweg findet, der dann allerdings nicht nur bei den Ländern – sondern auch im Bundestag! – erneut eine 2/3-Mehrheit finden muss. Zusätzlich wird es 2 Mrd. Euro Fördermittel für die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich geben während das „Gute-Kita-Gesetz“ von SPD-Familienministerin Franziska Giffey bereits beschlossen ist und bis 2021 5,5 Mrd. Euro (anstatt der im Koalitions-Vertrag vereinbarten 3,5 Mrd. Euro!) für konkrete Qualitätsverbesserungen in die Kommunen bringen wird.

Die tatsächlichen Ergebnisse der Großen Koalition sind nach nur einem Jahr im Amt deutlich

besser als ihr Ruf. Insbesondere die Projekte, für die die SPD im Koalitionsvertrag gekämpft hat, sind zu einem sehr großen Teil umgesetzt: Dazu zählt die Einführung der Parität in der Gesundheitsversicherung, die die Arbeitgeber ca. 5 Mrd. Euro pro Jahr kostet und die Arbeitnehmer entsprechend entlastet, das Familienentlastungsgesetz, das 4-Mrd.-Euro Programm für die bessere Förderung von Langzeitarbeitslosen und vor allem das „Rentenpaket“, das der jüngeren Generation einerseits garantiert, dass der Rentenbeitrag bis 2025 nicht „explodiert“ und damit den Nettolohn entlastet und andererseits der künftigen Rentnergeneration dennoch ein stabiles Rentenniveau garantiert wird. Außerdem wurden massive Verbesserungen für diejenigen beschlossen, die eine Erwerbsminderungsrente beantragen müssen, und die Mütterrente ausgebaut – all dies wird das Leben der Menschen im Alltag spürbar verbessern!

**Wahlkreisbüro: Tel. 04521-71611,
E-Mail: bettina.hagedorn@wk.bundestag.de
Bundestag: Tel. 030-22773832,
E-Mail: bettina.hagedorn@bundestag.de
Homepage: www.bettina-hagedorn.de**

GABRIELE HILLER-OHM



Seit 2002 vertrete ich die Hansestadt Lübeck und 27 Gemeinden in den Ämtern Berkenthin und Sandesneben. In dieser Wahlperiode betreue ich zudem die Stadt Neumünster für die SPD-Fraktion mit.

Seit 2017 habe ich 12 Bundestagsreden gehalten, mehr als 20 Veranstaltungen in Schleswig-Holstein durchgeführt, rund 180 Pressemitteilungen veröffentlicht und fand mehr als 300 Mal Erwähnung in der Presse. Bei Facebook informiere ich über meine Arbeit, rund 5.600 Personen verfolgen dort meine Aktivitäten.

Als tourismuspolitische Sprecherin koordiniere ich seit 2014 die tourismuspolitischen Vorhaben der SPD-Fraktion und bin im ständigen Austausch mit allen Akteuren aus Tourismuswirts-

schaft, Gewerkschaften und Politik. Im Rahmen der Arbeitsgruppe habe ich mehrere hochrangige Fachgespräche mit der Branche, Vereinen sowie Gewerkschaften durchgeführt, v. a. zu guter Arbeit und Ausbildung im Tourismus, der Stärkung des Tourismus im ländlichen Raum sowie Wassertourismus – Themen, die auch für das Urlaubsland Schleswig-Holstein wichtig sind. Politisch eingesetzt habe ich mich für den Erhalt der Traditionsegler in unseren Küstenorten, was mit der moderaten Änderung der entsprechenden Sicherheitsrichtlinie 2018 gelungen ist. Aktuell habe ich für die SPD-Fraktion ein Positionspapier für eine nationale Tourismusstrategie erarbeitet, die auch den Tourismus im Norden weiter voranbringen soll.

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales habe ich als Berichterstatterin 2018 intensiv für die politische Umsetzung der Brückenteilzeit gearbeitet, um den bereits bestehenden Rechtsanspruch auf Teilzeit um ein Rückkehrrecht in Vollzeit bzw. zur vorherigen Arbeitszeit zu ergänzen. Seit Anfang 2019 können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Brückenteilzeit in Anspruch nehmen. 2017 habe ich mit dafür gesorgt, dass das Entgelttransparenzgesetz in Kraft getreten ist, mit dem mehr als 14 Millionen Beschäftigte das Recht erhalten haben, zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. Hier sind jedoch noch weitere Regelungen nötig, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Im Ausschuss haben wir 2018 zentrale SPD-Projekte wie das Teilhabechancengesetz durchgesetzt, das durch die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts Langzeitarbeitslosen den Weg zurück in reguläre, sozialversicherungspflichtige Jobs ebnet. Mit dem Rentenpaket haben wir die Stabilisierung des Rentenniveaus, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sowie die stärkere Anerkennung von Erziehungszeiten für Eltern beschlossen. Als Berichterstatterin habe ich dabei die Umsetzung der Entlastung von Beschäftigten mit geringem Einkommen bei den Rentenbeiträgen begleitet.

Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft bin ich stellvertretendes Mitglied. Weiterhin bin ich stellvertretende Sprecherin der Landesgruppe Schleswig-Holstein sowie der Küstengruppe, in der wir die maritime Politik für Norddeutschland vorantreiben. Innerhalb der Fraktion gehöre ich der Parlamentarischen Linken an und bin Mitglied

der Obleute-Runde, in der sich alle fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher austauschen. Zudem bin ich Mitglied der deutsch-nordischen, der deutsch-west- und ostafrikanischen Parlamentariergruppen des Bundestages.

**Bundestagsbüro: Tel.: 030/227-73514,
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Tel. 0451/3846895,
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de
Homepage: www.hiller-ohm.de
www.facebook.com/GabiHillerOhm
Instagram: hillerohm_spd**

SÖNKE RIX



Seit 2005 vertrete ich den Wahlkreis 4 (Rendsburg-Eckernförde) im Bundestag. Meinen Schwerpunkten Familie, Senioren, Frauen und Jugend bin ich auch in dieser Legislaturperiode treu geblieben: Seit 2014 bin ich familienpo-

litischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Weiterhin bin ich stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss, im Rechtsausschuss und im Verteidigungsausschuss.

Seit dem letzten Jahr bin ich zudem Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein. Daneben engagiere ich mich im Vorstand der „Parlamentarischen Linken“ und im Vorstand der „Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion“. Zudem hat mich die SPD-Bundestagsfraktion wieder als Mitglied in die Gremien für Minderheiten des Bundestages und des Landtages in Schleswig-Holstein entsandt.

UNSER ANTEIL AN DER GROSSEN KOALITION KANN SICH SEHEN LASSEN.

Ich finde, dass wir durchaus ordentliche Erfolge vorzuweisen haben.

Wir haben mit dem sozialen Arbeitsmarkt für viele tausend Langzeitarbeitslose eine neue Perspektive geschaffen. Wir haben die Rechte von Millionen Mieterinnen und Mietern gestärkt. Wir haben die finanzielle Situation von Familien

verbessert. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kosten für die Krankenversicherung wieder gerecht zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern geteilt werden. Wir haben das Absinken des Rentenniveaus gestoppt und dafür gesorgt, dass die Renten wieder genauso steigen wie die Löhne. Das ist unser Verdienst.

Auch in „meinem“ Fachbereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben wir mit unserer Ministerin Franziska Giffey im vergangenen Jahr vieles erreicht.

FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

„Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Familien zu stärken und zu entlasten ist deshalb ein wichtiges Ziel“ – so steht es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU. Die SPD-Fraktion verfolgt dieses Ziel mit einem Dreiklang aus Infrastruktur, Zeit und Geld: Infrastruktur bedeutet beispielsweise, die Betreuung in Kitas zu verbessern, die Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler auszubauen und in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Um mehr Zeit für die Familie zu haben, können Eltern das neue Recht auf befristete Teilzeit in Anspruch nehmen. Darüber hinaus werden Familien mit dem Gute-Kita-Gesetz und dem Familienentlastungsgesetz ab 2019 aber auch finanziell gestärkt.

MEHR KINDERGELD

Das Kindergeld steigt zum 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat. Der Kinderfreibetrag wird entsprechend angehoben, 2019 und 2020 um jeweils 192 Euro. Eine weitere Kindergelderhöhung um 15 Euro pro Monat und eine zusätzliche Erhöhung des Kinderfreibetrags sind für 2021 geplant.

ENTLASTUNG VON KITA-GEBÜHREN

Mit dem Gute-KiTa-Gesetz wird der Bund die Länder erstmals dabei unterstützen können, in die Qualität der Kindertagesbetreuung zu investieren und die Eltern von den Gebühren zu entlasten oder zu befreien. Das Gesetz sieht die Abschaffung von Kitagebühren für Eltern mit kleinem Einkommen vor: Familien, die etwa Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, sollen nicht mehr für einen Kitaplatz zahlen müssen.

Natürlich konnten und können wir mit der Union nicht unser komplettes SPD-Regierungsprogramm umsetzen. Für mich ist klar: Es wird der

Zeitpunkt kommen, an dem das Trennende in dieser Großen Koalition schärfer in den Blick genommen werden muss. Wenn SPD und Union im Herbst feststellen, dass die Gemeinsamkeiten aufgebraucht sind, hätte ich nichts dagegen, diese Koalition schon vorher zu beenden. Bis dahin erwarte ich allerdings, dass CDU und CSU vertragstreu sind und wir gemeinsam die verbleibenden Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen.

Neben der Arbeit in meinem Wahlkreis, dem flächengrößten Kreis in Schleswig-Holstein, habe ich die Betreuung von Schleswig-Flensburg und Nordfriesland übernommen. Natürlich sind mir dabei enge Grenzen gesetzt und ich kann die Ortsvereine nicht in dem Maße besuchen, wie es wünschenswert und notwendig wäre, aber ich bin bemüht, die Kreisvorstände und die Genossinnen und Genossen nach Kräften zu informieren und zu unterstützen.

Wahlkreisbüro: Tel: 04331-86 85 765
E-Mail: soenke.rix@wk.bundestag.de
Bundestag: Tel: 030-227-77270
E-Mail: soenke.rix@bundestag.de
Homepage: www.soenke-rix.de

DR. ERNST DIETER ROSSMANN



Seit 1998 vertrete ich meinen Heimat-Kreis Pinneberg (Wahlkreis 7) im Deutschen Bundestag und seit 2018 betreue ich darüber hinaus erneut den Wahlkreis 3 (Steinburg-Dithmarschen Süd) unter Einschluss von Dithmarschen-Nord. Seit

Anfang 2018 bin ich Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TA) und Leiter der ständigen Berichterstatterrunde für die TA. Diese neue Aufgabe ist eine schöne Anerkennung für die bisherige Arbeit und zugleich eine Herausforderung in den internationalen Kontakten, Besuchen, Reisen, in der Repräsentation des Ausschusses und der Mitwirkung auf vielen Fachforen und Tagungen. Sie bietet viele Einflussmöglichkeiten im Agenda Setting und im Streiten für gute Bildung, für freie Wissenschaft und für zukunftsorientierte Forschung. Ich kann damit meiner politischen

Lebensmission treu bleiben.

Durch meine Mitwirkung als beratendes Mitglied in der SPD-Grundwertekommission kann ich den Erneuerungsprozess unserer Partei aus einer grundsätzlichen Perspektive auch in Berlin begleiten. Hierzu gehörten in den vergangenen zwei Jahren natürlich auch die vielen Diskussionen und die intensive Arbeit in den Ortsvereinen und den Gremien der SPD Schleswig-Holstein. In der Fraktion bin ich weiterhin Mitglied der Parlamentarischen Linken, deren Sprecher ich bis 2014 war. Mein Leitbild für die Verbindung zwischen Wahlkreisinteressen und Bundespolitik, zwischen Fachpolitik und der Praxis vor Ort bleibt: basisnah, pragmatisch, zukunftsorientiert, links und frei! Ich melde mich deutlich zu Wort und stehe zu solidarischer Kritik mit offenem Visier. Lästern und sich auf Kosten der SPD-profilieren per Presse-Interview oder in den Sozialen Medien ist nicht meine Sache.

Das großartige Ehrenamt des Vorsitzenden des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) werde ich im Frühsommer 2019 aufgrund einer Amtszeitbeschränkung nach 12 Jahren aufgeben müssen. Ehrenamtlich engagiert bin ich weiter im SPD-Ortsvorstand Elmshorn, im Beirat der Juso-Hochschulgruppen, im Kuratorium der Körber-Stiftung und als Mitglied im Hochschulrat der Europa-Universität Flensburg.

Nach meinen mehr als 15 Jahren als Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein hat dieses schöne Amt in der aktuellen Wahlperiode Sönke Rix übernommen. Ich bringe in unseren Einsatz für die Interessen Schleswig-Holsteins natürlich alle Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbelange mit ein, vom Digitalpakt, der Ganztagschule und den Schulinvestitionen über die Förderung der Hochschulen und der Forschungsexzellenz bis zum Aufbau einer Allianz für Meeresforschung. Gemeinsam arbeiten wir für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (A23 und A20; die Schiene mit den Engpässen und die Ertüchtigung und der Ausbau des Nordostsee-Kanals). Diese Projekte und die sektorenübergreifende Nutzung der Energieressourcen sind von zentraler Bedeutung für meine Betreuungsregion Westküste von Hamburg bis zur Eider. Wann immer es möglich ist, beteilige ich mich deshalb an der SPD-Küstengang der norddeutschen Abgeordneten.

Der Regierungsbildungsprozess und der Eintritt in eine erneute Große Koalition waren langwierig und umstritten. Ich bin froh, dass sich die Mitglieder der SPD mit einem klaren Mehrheitsvotum für die Übernahme von Regierungsverantwortung entschieden haben. Ich konnte als Mitglied in der SPD Verhandlungsgruppe für Bildung und Forschung den Koalitionsvertrag in diesem zentralen Bereich nachhaltig mitprägen.

Durch meine neue Rolle als Ausschussvorsitzender haben sich meine inhaltlichen Zuständigkeiten in der AG Bildung und Forschung verändert. Der Schutz für die freie Wissenschaft und die europäische Bildungs- und Forschungspolitik sind meine Themen, die nicht nur in diesem Europawahljahr 2019 und angesichts von drohenden Verwerfungen durch den Brexit besonders wichtig sind. Ich sehe hier große Zukunftsperspektiven für das Europa der Zukunft als Bildungsunion und als Gemeinschaft von freier Wissenschaft und starker Forschung.

Ein neues Thema, das mich als Bildungs- und Forschungspolitiker beschäftigt, ist die Wissenschaftskommunikation und die Bürgerwissenschaft. Zu häufig bleiben Wissenschaft und Forschung unter sich und versäumen es, Ergebnisse und Errungenschaften auch einem breiten Publikum verständlich zu machen. Hier arbeite ich dafür, Strukturen für eine bessere Wissenschaftskommunikation aufzubauen, die Bürgerwissenschaft zu stärken und das Interesse und Verständnis für Wissenschaft in breiten Bevölkerungskreisen zu fördern.

Berlin

Tel.: 030/227-73447, Fax: 030/227-76318

**E-Mail: ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
Wahlkreis**

Tel.: 04101/200639, Fax: 04101/553665

E-Mail: ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de

Homepage

www.ernst-dieter-rossmann.de

DR. NINA SCHEER



Foto: Benno Kraehan

Seit 2013 vertrete ich den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd (Wahlkreis 10) im Deutschen Bundestag. Nachdem sich die Landesgruppe 2017 von zuvor neun auf nun sechs SPD-Abgeordnete verkleinerte, habe ich es gerne übernommen, Stormarn-Mitte (Teil von Wahlkreis 8) zu betreuen.

Als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt in der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, sowie stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung sind meine Schwerpunkte in der Energie- und Klimapolitik sowie dem Umgang mit Atommüll. Im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz betreue ich die Themengebiete Bioethik, Biopatentrecht, Marken-, Patentrecht, Verbraucherpolitik (allg. Fragen), Verbraucherinformation, Verbraucherschutzforschung, Verbraucherbildung und Wettbewerbsrecht. Hierzu zählt etwa auch der Umgang mit Geschäftsgeheimnissen im Verhältnis zur Pressefreiheit und zu Arbeitnehmerrechten. Letzteres darf im Zuge einer aktuell umzusetzenden EU-Richtlinie nicht ausgehöhlt werden.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion bin ich Mitglied des Leitungskreises der Parlamentarischen Linken, der SPD-Küstengang, im Vorstand der Denkfabrik und Mitglied der Tarifgemeinschaft der SPD-Abgeordneten.

Die Energiewende hat neben Umweltaspekten eine sozialpolitische Dimension und ist nicht zuletzt eine friedenspolitische Aufgabe. Auch mit Blick auf den Kohleausstieg und den damit verbundenen Strukturwandel, kommt es auf eine starke energiewende- und chancenorientierte sozialdemokratische Stimme an. Der ‚Sozialdemokratische Energiewende-Appell‘, den ich Ende 2018 als Online-Plattform initiierte, soll hier einen Beitrag leisten, vgl. www.energiewende-appell.de. Bundesweit wurde er inzwischen von ca. 1.450 Unterstützerinnen und Unterstützern unterzeichnet.

Im Diesel-Konflikt erarbeitete ich einen Entschließungsantrag für Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Hersteller, kombiniert mit mehr Anstrengungen für eine Verkehrswende. Es müssen endlich die auch politischen Weichen gestellt werden, Erneuerbare Energien sektorübergreifend, also auch in der Mobilität und im Wärmebereich, einsetzen zu können.

Im Zuge der Regierungsbildung stritt und stimmte ich gegen die Fortsetzung des schwarz-roten Regierungsbündnisses, da ich darin eine Begünstigung für einen fortschreitenden Profilverlust beider großer Volkspartei-Pole, auch mit Blick auf einen wachsenden rechten Rand und verloren gehendes Vertrauen in die Demokratie erkannte. Dem entgegengewirkt hätte ein Kooperationsmodell mit wechselnde Mehrheiten in allen nicht „kooperativ“ vereinbarten Themenfeldern, um hierbei die Entscheidungsfindung enger mit der realen parlamentarischen Repräsentation zu verzahnen.

Meine beiden Wahlkreisbüros (Geesthacht, Ahrensburg) teile ich mir mit den örtlichen Ortsvereinen und Landtagsabgeordneten. Hier finden regelmäßig meine Bürgersprechstunden statt. Der Austausch mit Bürger*innen sowie Genoss*innen vor Ort ist mir ein besonderes Anliegen – Politik lebt von Kommunikation. Neben der Reihe der SPD-Bundestagsfraktion ‚Fraktion vor Ort‘ lade ich daher auch regelmäßig zu eigenen Veranstaltungsformaten ein.

Wahlkreisbüro Ahrensburg Tel.: 04102-6916011
Wahlkreisbüro Geesthacht Tel.: 04152-8054740
Berliner Büro Tel.: 030-22773537
E-Mail: nina.scheer@bundestag.de
Homepage: www.nina-scheer.de
facebook.com/ninascheer.spd

Die Jusos Stormarn zu Besuch bei Nina Scheer im Bundestag



MATHIAS STEIN



Foto: Olaf Bathke

Am 24. September habe ich als neuer Kandidat den Wahlkreis Kiel, Altenholz, Kronshagen gegen die CDU verteidigt und bin seitdem der einzige direkt gewählte Bundestagsabgeordnete der SPD in Schleswig-Holstein. Ich habe mir einen Platz im heiß umkämpften Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur gesichert und bin stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.

Im Verkehrsausschuss vertreten zu sein, ist für Schleswig-Holstein mit seinen zahlreichen überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten (u.a. NOK, Fehmarnbeltquerung und A 20) immens wichtig. Und auch meine Berichterstattungsthemen passen gut zu unserem Energiewende-Bundesland Nr. 1: Als Berichterstatter der SPD für Elektromobilität und alternative Kraftstoffe sowie für Radverkehr bin ich im Verkehrsausschuss für die Verkehrswende zuständig. Als Berichterstatter für die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) und die Binnenschifffahrt bringe ich meine Erfahrung als langjähriger Wasserbauer, Bautechniker und Personalratsvorsitzender ein. Darüber hinaus betreue ich die Themen Planungsbeschleunigung, Bürgerbeteiligung und ÖPP.

Mein Engagement in den überfraktionellen Arbeitsgremien ist eng an meine Berichterstattungsthemen geknüpft. So bin ich Koordinator der Parlamentsgruppe Binnenschifffahrt, Vorstandsmitglied der Parlamentsgruppe Radverkehr und Mitglied der Parlamentsgruppe Elektromobilität. Darüber hinaus bin ich stellvertretender Vorsitzender der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe und innerhalb der Fraktion Mitglied der Parlamentarischen Linken.

Wenn der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein tagt, ist die schwarz-rote Koalition gerade mal ein Jahr an der Regierung. Aber so umstritten dieses Vernunftsbündnis auch ist – in meinen Arbeitsbereichen haben wir als SPD gute Fortschritte und Erfolge erzielt. Im November haben wir z.B. das Planungsbeschleunigungsgesetz verabschiedet, mit dem wir den ersten Grundstein dafür legen, dass Infrastrukturprojekte künftig schneller realisiert werden können. Bei den Beratungen des Haushalts 2019 konnten wir für die WSV mit vereinten

Kräften 113 zusätzliche Stellen schaffen. Und ich konnte Arbeitsplätze bei der WSV sichern: Weil die Befahrensabgabe abgeschafft wurde, hatte das BMVI kurz vor Weihnachten an mehreren Standorten Angestellten abrupt gekündigt. Ich habe dafür gesorgt, dass das CSU-Ministerium diese verantwortungslose Entscheidung zurücknimmt. Die Kolleg*innen können jetzt andere Arbeiten in der Behörde übernehmen und bleiben so der WSV erhalten, die ohnehin seit Jahren auf der Suche nach Fachkräften ist.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat im vergangenen Jahr eine gesetzliche Regelung vorgelegt, mit der wir die private Nutzung von dienstlichen Elektrofahrzeugen steuerlich besserstellen. Damit wollen wir die Flottenerneuerung im Firmenwagenbereich ankurbeln, die Fahrzeuge stehen dann in ein paar Jahren dem Gebrauchtwagenmarkt zur Verfügung. Ich habe mich gemeinsam mit den zuständigen Fachkollegen erfolgreich dafür eingesetzt, dass wir in das Gesetz auch eine Steuerbefreiung für die private Nutzung von Dienstfahrrädern aller Art hineinbekommen. Ein weiterer Erfolg: Auf meine Initiative stehen im BMVI-Etat dieses Jahr zusätzlich 20 Millionen Euro für den Radverkehr zur Verfügung, die für Modellprojekte in Kommunen vorgesehen sind.

Verbesserungen für den Radverkehr waren auch ein wichtiger Schwerpunkt meiner Arbeit im Wahlkreis. Gemeinsam mit der Ratsfraktion Kiel habe ich die gleichnamige Initiative radverkehr-verbessern.de ins Leben gerufen und dabei mehr als 100 Vorschläge aus dem Wahlkreis bekommen, die wir jetzt – teils in Kiel, teils in Berlin – aufgreifen. Eine gute Basis für die Novelle der StVO, die in diesem Jahr zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Radfahrer*innen ansteht. Darüber hinaus bin ich für die Bürger*innen in meinem Wahlkreis häufig und unkompliziert ansprechbar: bei Sprechstunden im Bürgerbüro in Gaarden oder in Stadtteilcafés, beim politischen Lauftreff oder beim politischen Spaziergang, bei unseren zahlreichen Tür-zu-Tür-Aktionen oder auf Wunsch auch mal im Wohnzimmer.

Bürgerbüro Kiel „Dock 1863“: 0431/70542410, mathias.stein.wk@bundestag.de
Bundestagsbüro Berlin: 030/227-78121; mathias.stein@bundestag.de
Im Internet: mathias-stein.de
Bei Facebook: facebook.com/mathias.stein.spd/
Bei Twitter: twitter.com/stonie_kiel
Bei Instagram: instagram.com/stein.mathias

DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Von Ulrike Rodust, MdEP

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

dies wird mein letzter Bericht für den Landesparteitag sein, denn mit dem Ende der Wahlperiode im Juni dieses Jahres scheidet mich aus dem Europäischen Parlament aus.

Mehr als zehn Jahre durfte ich die schleswig-holsteinische SPD im Europäischen Parlament vertreten. Begeisterte Europäerin – das war ich schon lange bevor ich Europaabgeordnete wurde: Als Vertreterin Schleswig-Holsteins im Ausschuss der Regionen, als Vorsitzende des Europaausschusses des schleswig-holsteinischen Landtags, vor allem aber weil ich das Glück hatte, in einer Zeit leben zu dürfen, in der es so schien, als würde dieser Kontinent endlich zu einem

dauerhaften Frieden und zu sozialer Gerechtigkeit finden.

Meine Begeisterung für das Europäische Projekt und für das Europäische Parlament hat in diesen zehn Jahren nie nachgelassen. Die vielen Sprachen, die man im Parlamentsgebäude hört, die vielen Kulturen, die hier zusammentreffen, diese vielen Menschen mit ihren so unterschiedlichen Erfahrungen, die es doch immer wieder schaffen, sich zu verständigen und etwas zu bewegen. Und das kann man im Europäischen Parlament: etwas bewegen und über Gesetzgebung entscheiden, die das Leben von so vielen Menschen beeinflusst.

In der Fischereipolitik ist uns in meiner ersten vollen Legislaturperiode eine Reform gelungen und dass ich eine Menge dazu beitragen durfte, ist sicher mein schönster politischer Erfolg. Auf Seiten des Europäischen Parlaments war ich federführend für die Fischereireform zuständig und meinen Mitstreiter*innen und mir ist es gelungen, eine satte Mehrheit für eine echte – sprich nachhaltige – Reform der Fischereipolitik zu mobilisieren.

Nach dem Ostseemanagementplan, der als Blaupause für weitere Managementpläne gilt, war ich in der vergangenen Legislaturperiode federführend tätig beim Nordseemanagementplan. Darüber hinaus war ich Berichterstatterin für die Bewirtschaftung der Fischereiflotten in den Gebieten in äußerster Randlage. Aktuell bin ich Berichterstatterin für den EMFF, also den Europäischen Meeres- und Fischereifonds für die Förderperiode ab 2021 bis 2027.

Sowohl während des Reformprozesses als auch in den letzten Jahren, als es dann um die konkrete Umsetzung ging, standen unendliche Gespräche mit allen Beteiligten an: den Fischern, den Forschern, den Umweltschützern. 2017 und 2018 habe ich auch in Schleswig-Holstein zahlreiche Termine mit Fischereibezug wahrgenommen: So bin ich jährlich Gast bei den Jahreshauptversammlungen der verschiedenen Fischereiverbände gewesen, jedes Jahr habe ich das so wichtige „Aalutsetten in de Schlie“ unterstützt.

Die inhaltliche Arbeit in der Fischereipolitik braucht Zeit, ebenso wie die vielen Sitzungstage, die wir haben, seit das Europäische Parlament dank des Lissabon-Vertrages inzwischen so viel mitzubestimmen hat. Trotzdem habe ich in den vergangenen Jahren so viel Präsenz in Schleswig-Holstein gezeigt, wie nur irgend möglich war. Denn Europa muss mehr denn je erklärt werden!

Sehr viele Gespräche mit Schüler*innen habe ich an (Europa-)Schulen, aber auch bei den vielen Simulationsprojekten mit den jungen Menschen geführt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Europa Union Schleswig-Holstein danken, es war immer eine erstklassige Zusammenarbeit!

Besonders gefreut haben mich die guten Kontakte zur Europa Universität in Flensburg. Anfang



Foto: Stefan Perrine

des Jahres fand die Ausstellung „European Values“ der EUF im Europäischen Parlament in Brüssel statt.

Jährlich habe ich es etwa 100 Schleswig-Holsteiner*innen ermöglicht, das Europäische Parlament in Straßburg zu besuchen und sich dort einen Einblick in die Arbeit der 751 Europaabgeordneten zu verschaffen.

Die mir zur Verfügung stehenden Mittel für Öffentlichkeit habe ich unter anderem für Veranstaltungen genutzt. Im August 2018 konnte ich beispielsweise mit meinem Kollegen Jakob von Weizsäcker und Prof. Dr. Matthias Lücke vom Institut für Weltwirtschaft über mögliche Wege aus der Krise mit dem Fokus auf EU-Wirtschafts- und Migrationspolitik diskutieren.

Mit der ausliegenden Broschüre „Ein Tag in Europa“ habe ich anhand einer schleswig-holsteinischen Familie verdeutlicht, wie die EU unseren Alltag gestaltet.

Im vergangenen Jahr habe ich Matthäus Weiß vom Landesverband der Sinti und Roma für den Europäischen Bürgerpreis vorgeschlagen, der ihm im Oktober in Brüssel verliehen wurde. Den unermüdlichen Einsatz des Landesverbandes für die Integration der Sinti und Roma finde ich besonders beeindruckend.

In den zurückliegenden Jahren habe ich immer wieder über das Abdriften nach rechts gesprochen und davor gewarnt, dass wir das zulassen. Doch dass wir tatsächlich an diesem Punkt

ankommen mussten, trifft mich sehr und macht mich fassungslos: Etliche EU-Mitgliedstaaten wie Polen und Ungarn verabschiedeten sich vom Ideal der liberalen Demokratie; immer mehr Länder schotteten sich ab; die Briten stimmten tatsächlich für den Brexit und steuerten auf einen ungeordneten Austritt zu. Die Werte der Europäischen Union sind Freiheit und Solidarität, aber wofür die EU noch 2012 den Friedensnobelpreis erhielt, davon kann heute keine Rede mehr sein. Egoismus und Nationalismus sind die Leitlinien, nach denen heute gewählt und nach denen heute Politik gemacht wird. Unsere Koordinaten verschieben sich Stück für Stück nach rechts und was gestern undenkbar zu sagen gewesen wäre, ist heute normal.

Abschottung in der Politik und als Haltung der Menschen zerstört die europäische Idee! Das macht mir Angst, aber gleichzeitig erlebe ich viele Menschen, die jetzt erst recht für Freiheit, Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit aufstehen und endlich aufwachen. Die Europäische Einigung ist ein so kostbares Gut. Ich hoffe, dass wir das alle noch rechtzeitig begreifen.

Ich setze auf uns Sozialdemokrat*innen, dass wir in den kommenden Wochen bis zur Europawahl alles geben, um die Werte Europas zu verteidigen und unsere beiden starken Kandidaten Delara Burkhardt und Enrico Kreft mit aller Kraft zu unterstützen.

Es bleibt mir ein herzlicher Dank an Euch alle, die Ihr mich in den vergangenen Jahren begleitet und unterstützt habt.

Ulrike Rodust
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
Tel. 0431 – 9060622
info@ulrike-rodust.eu
www.ulrike-rodust.eu

*Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im Juli 2018, mit Evelyne Gebhardt, Bernd Lange und Jens Geier
Foto: Europäisches Parlament*





Du möchtest auch mal hier stehen? Mors hoch und SPD-Mitglied werden!

Einfach hier entlang: www.spd.de

SPD

STARK IM NORDEN.

#morshoch! Eintreten oder spenden auf www.spd.de/unterstuetzen/



KLIMA- NEUTRALES DRUCKEN FÜR UNSERE UMWELT FÜR DIE ZUKUNFT

MACHEN SIE MIT!

Im Monat Juni drucken wir sämtliche Druckaufträge klimaneutral! Alle Aufträge, die im Juni bestellt werden, werden CO² kompensiert. Das heißt, wir er rechnen zunächst den CO² Verbrauch für jedes Printprodukt und beteiligen uns in dieser Höhe an dem Klimaschutzprojekt Harz. Jeder Kunde erhält eine Urkunde und braucht keinen Cent mehr zahlen!

Die Kosten tragen wir voll!

